

IMIS-BEITRÄGE

Heft 12/1999

Herausgegeben vom Vorstand
des Instituts für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
der Universität Osnabrück

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
Universität Osnabrück
D – 49069 Osnabrück
Tel.: (+49) 0541/969-4384
Fax: (+49) 0541/969-4380
e-mail: imis@uni-osnabrueck.de
internet: <http://www.imis.uni-osnabrueck.de>

September 1999
Druckvorbereitung und Satz: Sigrid Pusch, Jutta Tiemeyer
Umschlag: Birgit Götting
Layout: Universitätsverlag Rasch, Osnabrück
Druck: Rasch Druckerei und Verlag GmbH, Bramsche
ISSN 0949-4723

THEMENHEFT

Eingliederung und Ausgrenzung
Beiträge aus der Historischen Migrationsforschung

Herausgegeben von
Jochen Oltmer

Vorwort

Mit Heft 12 bieten die IMIS-Beiträge ein zweites, hier der Historischen Migrationsforschung gewidmetes Themenheft. Die Reihe der Themenhefte in den IMIS-Beiträgen wird auch mit den beiden folgenden Ausgaben fortgesetzt, die zum Jahreswechsel 1999/2000 erscheinen werden.

Die Historische Migrationsforschung gehört zu den Arbeitsschwerpunkten des Instituts, die von Beginn an besonders intensiv gepflegt wurden. Das von Dr. Jochen Oltmer (Neueste Geschichte/IMIS) herausgegebene Themenheft umfaßt sechs historische Beiträge, die aus Vorträgen am Institut hervorgegangen oder als Manuskripte angeboten worden sind. Sie beschäftigen sich mit historischen Problemen der Integration von Zuwanderern sowie der Ausgrenzung und Vertreibung von Bevölkerungsgruppen in internationaler Perspektive.

Dem Heft beigegeben wurde eine Dokumentation der feierlichen Eröffnung des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft am IMIS eingerichteten zweiten Graduiertenkollegs ›Migration im modernen Europa‹ am 6. Mai 1999. Der Sprecher des IMIS-Graduiertenkollegs, Priv.Do. Dr. Michael Bommes (Soziologie/IMIS), berichtet über die Arbeit des 1998 abgeschlossenen ersten sowie die inhaltlichen Schwerpunkte des 1999 begonnenen zweiten IMIS-Graduiertenkollegs. Den Festvortrag zur feierlichen Eröffnung hielt Prof. Dr. Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (Universität Zürich). Er verweist in seinem hier dokumentierten Vortrag auf aktuelle Entwicklungen und Probleme in der Migrationsforschung und plädiert für eine verstärkte Theorieorientierung in diesem Forschungsfeld.

Wir danken Dr. Oltmer als Herausgeber für die redaktionelle Betreuung der Manuskripte in Abstimmung mit der Autorin und den Autoren. Die Druckvorbereitung des Themenheftes lag in den bewährten Händen von Sigrid Pusch und Jutta Tiemeyer im IMIS-Sekretariat.

Der Vorstand: Klaus J. Bade
Michael Bommes
Hans-Joachim Wenzel

Inhalt

<i>Jochen Oltmer</i> Einführung	7
<i>Magnus Mörner</i> Seventeenth-Century Immigration in Sweden.....	23
<i>Walter D. Kamphoefner</i> Deutsch-Amerikaner: Musterknaben der Einwanderung?	37
<i>Steve Hochstadt</i> Vertreibung aus Deutschland und Überleben in Shanghai: jüdische NS-Vertriebene in China.....	51
<i>Hans-Åke Persson</i> Settling the Peace, the Cold War, and the Ethnic Cleansing of the Germans from Central and Eastern Europe	69
<i>Arūnė Liucija Arbušauskaitė</i> The Soviet Policy Towards the ›Kaliningrad Germans‹ 1945–1951.....	93
<i>Henk L. Wesseling</i> Migration and Decolonization: the Case of the Netherlands.....	115
 Das IMIS-Graduiertenkolleg ›Migration im modernen Europa‹	
<i>Michael Bommers</i> Zweites DFG-Graduiertenkolleg ›Migration im modernen Europa‹ am IMIS eröffnet	127
<i>Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny</i> Aspekte der internationalen Migration	141
Die Autoren.....	149

Jochen Oltmer

Einführung

Der ungarische Wirtschaftswissenschaftler Imre Ferenczi unternahm 1930 den Versuch, historische Wanderungsbewegungen nach »Wanderungstypen« zu ordnen.¹ Der aufmerksame Beobachter europäischer Wanderungsbewegungen und Wanderungspolitik² im Auftrag des dem Völkerbund zugeordneten Genfer Internationalen Arbeitsamtes glaubte dabei »sehr charakteristische Züge und Formen«³ gefunden zu haben. Bis in die Frühe Neuzeit hinein hätten »Volkswanderungen und ›gerufene‹ Wanderungen« dominiert. Dann sei eine Phase der »Zwangswanderungen von Flüchtlingen« gefolgt, die das 17. Jahrhundert geprägt habe. Im 18. Jahrhundert hingegen dominierten »monarchische Anwerbungen im Auslande zu Siedlungszwecken«.⁴ Solche Migrationstypen, wie sie Ferenczi für die europäische Migrationsgeschichte suchte, können – trotz begrenzter Aussagefähigkeit im Detail – wichtige erkenntnisleitende Orientierungshilfen bieten.

Magnus Mörner, Professor für Geschichte an der Universität Göteborg mit Forschungsschwerpunkten in der lateinamerikanischen Geschichte und Historischen Migrationsforschung in internationaler Perspektive, macht am Beispiel Schwedens im 17. Jahrhundert deutlich, daß Ferenczis Periodisierungsmuster bei den frühneuzeitlichen Wanderungsbewegungen zu sehr von einigen, scheinbar dominierenden, letztlich aber den Blick auf das gesamte parallele Wanderungsgeschehen verstellenden Einzelbewegungen beherrscht wurde: die spätmittelalterliche Ostsiedlungsbewegung, die Flucht und Vertreibung der Hugenotten und der Salzburger Protestanten, die davon zum Teil profitierende Politik von Binnenkolonisation und Gewerbeförde-

1 Imre Ferenczi, *Kontinentale Wanderungen und die Annäherung der Völker*. Ein geschichtlicher Überblick (Kieler Vorträge, H. 32), Jena 1930.

2 Ferenczi war maßgeblich beteiligt an dem auch für die Historische Migrationsforschung noch heute als Standardwerk geltenden Kompendium ›International Migrations‹, das den Versuch unternahm, historische und aktuelle statistische Unterlagen zum internationalen Wanderungsgeschehen zusammenzutragen und zu gewichten: Imre Ferenczi/Walter F. Willcox (Hg.), *International Migrations*, Bd. 1: *Statistics* (Demographic Monographs, Bd. 7), New York 1929; Bd. 2: *Interpretations* (Demographic Monographs, Bd. 8), New York 1931.

3 Ferenczi, *Kontinentale Wanderungen und die Annäherung der Völker*, S. 6.

4 Ebd.

rung Friedrich II. von Preußen, aber auch ähnlich gelagerte Strategien von Peuplierung und Impopulation in den habsburgischen Besitzungen auf dem Balkan sowie im Rußland Katharinas II. Mörner kann hingegen für Schweden aufzeigen, wie sehr solche von Ferenczi auseinandergelassenen ›Wanderungstypen‹ miteinander verbunden waren und zeitgleich nebeneinander existierten: Flucht und Vertreibung religiöser Gruppen, Gewerbe- und Siedlungsförderung durch Zuwanderung, Spezialisten-, Ausbildungs- und Elitenwanderung.⁵

Schweden, im 17. Jahrhundert neben Frankreich eine der beiden europäischen Großmächte, hatte seine Hegemonie in Nordeuropa als Militärstaat erringen können, trotz einer im europäischen Vergleich schwachen demographischen Basis: Das schwedische Kernland zählte 1620 nur rund 1,1 Millionen Einwohner, im Jahrhundert der schwedischen Großmachtstellung wuchs es bis 1720 um ca. ein Viertel auf 1,4 Millionen. Die schwedische Kapitale Stockholm blieb im Europa des 17. Jahrhunderts mit rund 40.000 Einwohnern eine Stadt mittlerer Größe.⁶ Um so wichtiger war nach Mörner der schwedischen Politik die Peuplierung und eine Kontrolle von Zu-, vor allem aber Auswanderungen, die 1620 verboten wurden – ein Verbot, das im gesamten 17. Jahrhundert galt. Einwanderer hingegen wurden in Schweden dringend benötigt, um die begrenzten demographischen, ökonomischen und militärischen Ressourcen einer Großmacht mit einem aus diesem Grunde »etwas künstlichen Charakter«⁷ erweitern zu können. Das galt nicht zuletzt für den schwedischen Adel, der aufgrund neuer Aufgaben in Verwaltung und vor allem im Militär stark anwuchs und sich dabei zu einem erheblichen Teil aus anderen Territorien und aus den eroberten Gebieten in Nordeuropa rekrutierte. Eine solche Ergänzung des Adels aus dem Ausland erschien aber auch notwendig angesichts der Flucht vieler Adelsfamilien in den politischen Wirren von Reformation, Rekatholisierung und endgültiger Durchsetzung der protestantischen Landesherrschaft um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert.

Doch nicht nur Adelige kamen in großer Zahl nach Schweden, auch das städtische Bürgertum zählte im 17. Jahrhundert viele Zuwanderer, die zu einem erheblichen Teil aus dem deutschsprachigen Raum kamen oder gerufen wurden, wie Mörner feststellt. Viele Zuwanderer brachten neue Berufe mit,

5 Hierzu s. auch: Gerhard Jaritz/Albert Müller, *Migrationsgeschichte. Zur Rekonzeptionalisierung historischer Traditionen für neue sozialgeschichtliche Fragestellungen*, in: dies. (Hg.), *Migration in der Feudalgesellschaft* (Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft: Studien zur Historischen Sozialwissenschaft, Bd. 8), Frankfurt a.M./New York 1988, S. 9–20.

6 Ilja Mieck, *Europäische Geschichte der Frühen Neuzeit*, 4. Aufl. Stuttgart/Berlin/Köln 1989, S. 268.

7 Ebd.

wie etwa Ärzte, Apotheker und Ingenieure, sie bereicherten zudem das kulturelle Leben als Musiker, Architekten oder Maler. Zuwanderer brachten über die städtischen Zentren hinaus vor allem im Bereich von Bergbau und Metallverarbeitung wesentliche Kenntnisse ins Land. 1695 befanden sich 31% aller metallverarbeitenden Betriebe in der Hand von Zuwanderern der Ersten oder Zweiten Generation, die 41% der gesamten schwedischen Produktion erzeugten.

Trotz zahlreicher Einwanderer gab es wegen der großen Bedeutung der Zuwanderung in dieser expansiven Phase nach Mörner nur selten Konflikte zwischen zugewanderter und einheimischer Bevölkerung. Von einigen Gruppen, wie z.B. den rund 12.000 in den Wäldern Westschwedens angesiedelten finnischen Bauern abgesehen, verlief die Integration spannungsarm und rasch.

Zutreffender erscheint das Periodisierungsschema Ferenczi im Blick auf dominierende Bewegungsmuster des 19. Jahrhunderts. Zwischen dem Ende der Frühen Neuzeit mit der Französischen Revolution und den napoleonischen Kriegen einerseits sowie dem Beginn des Ersten Weltkriegs andererseits lag für Ferenczi eine lange Phase ungebundener »proletarischer Massenwanderungen«⁸, also »freier«, von staatlich-administrativer Seite kaum behinderter und nur selten gelenkter transnationaler Migration. Sie führte über 50 Millionen Europäer nach Übersee, mit rund 40 Millionen weitaus überwiegend in die Vereinigten Staaten.⁹ Darunter befanden sich zwischen 1815 und 1914 etwa 5,5 Millionen Deutsche, die damit die stärkste einzelne Gruppe unter den europäischen USA-Einwanderern bildeten: Zwischen den 1830er und den 1880er Jahren erreichte die deutsche Einwanderung in den USA niemals weniger als ein Viertel der Gesamteinwanderung, in den 1850er und 1860er Jahren lag sie bei über einem Drittel aller Einwanderer. Die USA waren mit rund 90% dabei das Hauptziel aller überseeischen Auswanderer aus Deutschland.¹⁰

Walter D. Kamphoefner, Professor für Geschichte an der Texas A&M University (College Station) und im akademischen Jahr 1998/99 Fulbright-Gastprofessor am IMIS, stellte bei einer Durchsicht der Literatur fest, wie sehr die Auffassung dominiert, die deutschen Einwanderer in den USA hät-

8 Ferenczi, *Kontinentale Wanderungen und die Annäherung der Völker*, S. 6.

9 Ferenczi/Willcox (Hg.), *International Migrations*, Bd. 1, S. 82.

10 Hierzu s. Klaus J. Bade, *Die deutsche überseeische Massenauswanderung im 19. und frühen 20. Jahrhundert: Bestimmungsfaktoren und Entwicklungsbedingungen*, in: ders. (Hg.), *Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, 2. Aufl. Ostfildern 1985, Bd. 1, S. 259–299; Walter Nugent, *Crossings. The Great Transatlantic Migrations, 1870–1914*, Bloomington 1992, S. 63–72.

ten trotz ihrer Größe als jene Gruppe zu gelten, die sich sehr rasch vollständig assimilierte und deshalb in der US-amerikanischen Gesellschaft kaum sichtbar wurde. Kamphoefner überprüft diese These von den Deutschen als »Musterknaben der Einwanderung« und kommt zu Ergebnissen, die dem Bild von der schnellen Assimilation klar widersprechen. Schon die Vorstellung von dem hohen Grad der ländlichen Siedlungswanderung unter den Deutschen ist falsch. Zwar stammte der Großteil der deutschen Einwanderer aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung, in den USA aber lebten prozentual weitaus mehr Deutsche in Städten als in Deutschland selbst. Deutsche zählten zu den Einwanderergruppen, die im US-amerikanischen Vergleich am stärksten urbanisiert waren. Deutsche bildeten aber nicht nur die größte Einzelgruppe in der städtischen Bevölkerung der USA, allein aufgrund ihrer Größe waren sie zugleich die stärkste Einwanderergruppe in der Landwirtschaft. Auch hier nimmt Kamphoefner Vorurteile in den Blick: Musterfarmer, die Anbaumethoden und Pflügetechniken intensiver Landwirtschaft aus Deutschland importierten, waren die Deutschen nicht. Sie unterschieden sich in dieser Beziehung nicht von ihren Nachbarfarmern anderer Herkunft. Nur ihre bäuerliche Besitzmentalität importierten sie offensichtlich, wie Kamphoefner feststellt – mit der Folge stärkerer Bindungen an den Landbesitz, die dazu beitrugen, daß der Anteil deutsch-amerikanischer Farmer immer weiter wuchs.

Kamphoefner betont, daß die Integration der deutschen Einwanderer in die amerikanische Gesellschaft spannungs- und konfliktreich verlief. Die dominierende protestantische angloamerikanische Bevölkerung störte sich nicht nur daran, daß die Katholiken die größte Einzelkonfession unter den deutschen Einwanderern stellten. Vor allem das Freizeitverhalten galt in hohem Grade als anstößig und bekämpfenswert – bis hin zum ›Lagerbierkrieg‹ in Chicago 1855, bei dem mehrere Kompanien Militär eingesetzt wurden.

Hauptstützen deutsch-amerikanischer Kultur und Identität waren das Zeitungswesen und die Schulen. Die deutschen Einwanderer wurden mit deutschsprachigen Zeitungen besser versorgt als sie es in ihrer Heimat gewesen waren. Obwohl das deutsche Zeitungs- und Schulwesen im antideutschen Kreuzzug während des Ersten Weltkriegs schwere Schäden erlitt, blieb die deutsche Sprache noch weithin erhalten. Dabei waren es vor allem ländliche Gebiete, in denen der Spracherhalt besonders ausgeprägt war.

Kamphoefner kommt zu dem Ergebnis, daß mehrere wesentliche Punkte zu einem falschen Bild von den Deutschen als »Musterknaben der Einwanderung« führten. Seit dem späten 19. Jahrhundert zielte die scharfe nativistische Kritik vor allem auf die ›New Immigration‹ aus Ost-, Südost- und Südeuropa, die schon Anfang der 1890er Jahre wesentlich abgeschlossene deutsche Einwanderung hingegen erschien demgegenüber in einem zunehmend positiveren Licht. Die Gruppe unter den deutschen Einwanderern,

die sich dabei am wenigsten der amerikanischen Umwelt angepaßt hatte, war zugleich auch am wenigsten in der Öffentlichkeit sichtbar: die deutsch-amerikanischen Farmer im Mittelwesten. Als die ›Amerikanisierung‹ mit dem Kriegseintritt der USA in den Ersten Weltkrieg unter erheblichem Druck gefordert wurde, waren die Deutsch-Amerikaner angesichts des schon zwei Jahrzehnte zurückliegenden Endes der deutschen Massenzuwanderung bereits so weit assimiliert, daß es ihnen relativ leicht fiel, dem Druck nachzugeben.

Der Auffassung Ferenczis, die Epoche nach dem Ersten Weltkrieg sei durch »sozialpolitisch geregelte und zwischenstaatlich geordnete« Wanderungen gekennzeichnet gewesen¹¹, widersprachen scharf Alexander und Eugen Kulischer, die 1932 in ihrer Weltgeschichte der Migration zu einem ganz anderen Ergebnis bei einer Typologie der Migrationsverhältnisse nach 1918 kamen: Nicht sozialpolitische Regelung und zwischenstaatliche Ordnung habe vorherrschend das Wanderungsgeschehen Europas geprägt, sondern vielmehr – und hier zitierten sie Madeleine de Bryas – »les populations entières, qui se déplacent, poussées par la guerre, la révolution, la famine, de véritables hordes de fuyards, d'affamés« [...] z.T. in Verbindung mit der schönen Sozialpolitik der gewaltsamen ›zwischenstaatlich‹ verpflanzten Volksmassen: ein Wiederaufleben der alten Formen der bewaffneten Landnahme und kriegerischen Vertreibung der Bevölkerung. Man kann eine vernünftige internationale Regelung der Wandererbewegungen befürworten, es ist aber schädliche Schönfärberei zu glauben, daß bis jetzt auch nur die leiseste Annäherung zu verspüren wäre.«¹²

Die hier zum Ausdruck kommende unterschiedliche Interpretation der Entwicklung der Migrationsverhältnisse nach dem Ende des Zeitalters der ungebundenen »proletarischen Massenwanderungen« verweist auf zwei verschiedene Formen von Migration, die zunächst von ganz unterschiedlichen Voraussetzungen auszugehen scheinen: ›freiwillige‹ Migration und Zwangsmigration. Wie Jan und Leo Lucassen belegen, finden sich selten Studien oder Ansätze in der (Historischen) Migrationsforschung, die sich mit diesen beiden Erscheinungen zugleich auseinandersetzen, obwohl es unübersehbare Verbindungslinien zwischen ihnen gibt und sie als historische Phänomene häufig nebeneinander aufgetreten sind: Das gilt für den transatlantischen Sklavenhandel, der sowohl in Süd-, Mittel- als auch Nordamerika viele Ursache-Folge-Bezüge zwischen dem Ende des Sklavenhandels und der Förderung europäischer Einwanderung kannte, das gilt für koloniale Migrationen,

11 Ferenczi, Kontinentale Wanderungen und die Annäherung der Völker, S. 6.

12 Eugen Kulischer/Alexander Kulischer, Kriegs- und Wanderzüge. Weltgeschichte als Völkerbewegung, Berlin/Leipzig 1932, S. 218, Anm. 274; Zitat: Madeleine de Bryas, Les Peuples en marche: Les Migrations politiques et économiques en Europe depuis la guerre mondiale, Paris 1926, S. 1f.

das gilt aber etwa auch für die europäische Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte im Ersten Weltkrieg (vor allem in Deutschland und Frankreich) oder in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkriegs.

Die Migrationsforschung hat dabei nicht nur häufig die Verbindungslinien zwischen den beiden Elementen übersehen, sie hat in Empirie und Theoriebildung historische Formen von Zwangswanderungen im Vergleich zu ›freien‹ Wanderungen nachrangig behandelt, nicht selten unbeachtet gelassen oder Migration gar nur als ›freie‹ Wanderung definiert.¹³ ›Freiwillige‹ Migration resultiert zumeist aus ökonomischen Beweggründen, die auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation im Zielgebiet oder – nach erfolgter Rückwanderung – in der Herkunftsgesellschaft ausgerichtet sind. Zwangsmigration hingegen ist mit einer Nötigung zur Abwanderung verbunden. Sie kann sich zum einen aus der Flucht vor Gewalt ergeben, die Leben und Freiheit direkt oder sicher erwartbar bedroht, zumeist aus politischen, ›rassischen‹ oder religiösen Begründungen; eine realistische Handlungsalternative neben der Flucht ergibt sich in einem solchen Fall nicht. Zwangsmigration kann zum andern gewaltsame Vertreibung bedeuten, die sich oft auf ganze Bevölkerungsgruppen erstreckt und vielfach unmittelbare Kriegs- oder Bürgerkriegsfolge ist. Nicht selten ist Zwangsmigration darüber hinaus auch unmittelbar mit Deportation zur Zwangsarbeit verbunden.¹⁴

Steve Hochstadt, Professor für moderne europäische Geschichte am Bates College (Lewiston/Maine), behandelt mit der Vertreibung der Juden aus dem nationalsozialistischen Deutschland ein zentrales Kapitel in der Geschichte der Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert und fragt zugleich nach Integration bzw. Ausgrenzung der aus Deutschland und Österreich vertriebenen Juden in die Gesellschaft von Shanghai, einem Fluchttort, der die letzte

13 Hierzu s. das Plädoyer der Einbeziehung von Zwangsmigration als eine historisch wesentliche Migrationsform von Jan Lucassen/Leo Lucassen, *Migration, Migration History, History: Old Paradigms and New Perspectives*, in: dies. (Hg.), *Migration, Migration History, History: Old Paradigms and New Perspectives*, Bern 1997, S. 9–38, hier S. 11; eine ähnliche Beobachtung für die politik- bzw. sozialwissenschaftliche Migrationsforschung findet sich auch bei Bernhard Santel, *Migration in und nach Europa. Erfahrungen, Strukturen, Politik*, Opladen 1995, S. 25f.

14 ›Zwangsarbeit‹ kann dabei im Sinne des von den Mitgliedern der dem Völkerbund zugeordneten ›International Labour Organisation (ILO)‹ unterzeichneten ›Übereinkommens über Zwangs- und Pflichtarbeit‹ vom 29. Juni 1930 verstanden werden als »jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendwelcher Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat« (Art. 2, Abs. 1); abgedruckt in: Bruno Simma/Ulrich Fastenrath (Hg.), *Menschenrechte – Ihr internationaler Schutz*, 3. Aufl. München 1992, S. 122–132 (Zitat S. 123); einführend: Tom Brass/Marcel van der Linden/Jan Lucassen, *Free and Unfree Labour*, Amsterdam 1993; Lucassen/Lucassen, *Migration, Migration History, History*, S. 11.

Rettung für diejenigen bedeutete, die erst spät das nationalsozialistische Mitteleuropa verließen und keine Aufnahme in anderen Ländern fanden. Das Interesse Hochstadts an dieser Thematik entspringt wesentlich seiner eigenen Familiengeschichte: Seine Großeltern flüchteten nach Shanghai, während es seinem Vater noch gelang, in die USA zu kommen.

Die Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland war schubweise verlaufen. Die erste Emigrationswelle hatte 1933 mit der Machtübernahme Hitlers und den ersten Maßnahmen zur Bekämpfung der innenpolitischen Gegner sowie den ersten antisemitischen Gesetzen beobachtet werden können. Den rassistischen ›Nürnberger Gesetzen‹ von 1935 war eine nächste Emigrationswelle gefolgt. Der letzte große Emigrationsschub hatte mit der offenen Gewalt gegen Juden in der ›Reichspogromnacht‹ von 1938 eingesetzt und endete mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, der die Emigrationsmöglichkeiten stark beschnitt, bis mit dem Auswanderungsverbot 1941 der Völkermord an den deutschen und europäischen Juden begann. Die Zahl der NS-Emigranten ist dabei unbekannt. Die weitaus größte Gruppe stellten die Juden, von denen wohl etwa 280–330.000 das Reich verließen; nimmt man die jüdische Emigration aus Österreich nach dem ›Anschluß‹ an das Reich 1938 (150.000) und aus der Tschechoslowakei nach dem Münchner Abkommen im gleichen Jahr hinzu (33.000), beläuft sich allein die jüdische Emigration aus dem deutsch beherrschten Mitteleuropa insgesamt auf 450–600.000. Mehr als 80 Staaten weltweit nahmen NS-Flüchtlinge auf. Ziele waren für die meisten zunächst die europäischen Nachbarstaaten Deutschlands in der Hoffnung auf den baldigen Zusammenbruch des Regimes. Die Hälfte aller jüdischen Flüchtlinge aber wanderte weiter, dabei wuchs zunehmend die Bedeutung der Vereinigten Staaten als letztes Exilland. Die Zahl der Emigranten in den USA wurde 1941 auf insgesamt 100.000 geschätzt, Argentinien folgte mit 55.000 vor Großbritannien mit 40.000. Während des Zweiten Weltkriegs verschob sich das Gewicht noch weiter zugunsten der USA, die letztlich etwa die Hälfte aller Emigranten aufnahmen.¹⁵ Etwa 18–20.000 Menschen aus dem nationalsozialistischen Machtbereich, denen es nicht möglich war, in diese Exilländer auszureisen, gelangten nach Shanghai.¹⁶

15 Hierzu s. im Überblick: Werner Röder, Die Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland, in: Klaus J. Bade (Hg.), Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992, S. 345–353; s. auch: Evelyn Lacina, Emigration 1933–1945. Sozialhistorische Darstellung der deutschsprachigen Emigration und einiger ihrer Asylländer aufgrund ausgewählter zeitgenössischer Selbstzeugnisse, Stuttgart 1982; Wolfgang Benz (Hg.), Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrungen deutscher Juden in der Emigration, München 1991.

16 Patrik von zur Mühlen, Ostasien, in: Claus-Dieter Krohn u.a. (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Darmstadt 1998, Sp. 336–349, hier Sp. 339.

Quellengrundlage für die Studie Hochstadts bilden wesentlich Interviews mit ehemaligen ›Shanghaiern‹. Shanghai war keinem von ihnen vor der Flucht als ein attraktives Ziel erschienen, aber es war der einzige Ort weltweit, der – wegen des besonderen internationalen Status als dreigeteilte Stadt mit zwei exterritorialen Zonen unter französischer bzw. internationaler Verwaltung – ohne Visum erreichbar war. Notwendig war ›nur‹ eine Schiffspassage, zumeist über italienische Häfen, oder eine Fahrkarte für die Transsibirische Eisenbahn. Diese Tickets aber waren sehr teuer und außerordentlich schwer zu erhalten, zumal die Politik der nationalsozialistischen Machthaber aufgrund von ›Arisierungen‹, Beschlagnahmungen und Repressionssteuern, aber auch einer willkürlichen Vergabep Praxis bei Ausreisepapieren, die Flucht aus Deutschland immens erschwerte.

Das Leben der NS-Vertriebenen in Shanghai erschien allen von Hochstadt Interviewten als sehr primitiv und weit unter dem aus Mitteleuropa vertrauten Niveau. Ungewohntes Klima, tropische Krankheiten und schwierige wirtschaftliche Verhältnisse kamen hinzu. Aufgrund der geringen Attraktivität des Fluchtortes Shanghai kamen die meisten Emigranten hier erst sehr spät an, vor allem nach dem ›Anschluß‹ Österreichs und der ›Reichspogromnacht‹ 1938. Zugleich war die Stadt ein Ort des ›Exils der kleinen Leute‹ (W. Benz), wobei Hochstadt deutliche soziale Unterschiede feststellt, die meist auf unterschiedliche Soziallagen vor der Vertreibung aus Deutschland und Österreich zurückzuführen waren. Dieses Faktum, so Hochstadt, macht deutlich, daß auch bei Zwangswanderern der Blick auf die soziale und ökonomische Lage im Herkunftsland notwendig ist, um das Alltagsleben im Exil verstehen zu können.

Hochstadt plädiert nachdrücklich dafür, ›freiwillige‹ Wanderungen und Zwangswanderungen nicht als voneinander getrennte Forschungsbereiche zu betrachten, sondern gerade die sie verbindenden Elemente in den Blick zu nehmen. So müsse man auch bei den jüdischen NS-Vertriebenen immer nach dem Wanderungsentschluß fragen, selbst wenn angesichts des brutalen Drucks auf die jüdische Bevölkerung in Deutschland – und nach 1938 auch in Österreich – diese Frage absurd zu sein scheine. Den meisten fiel die Entscheidung, Deutschland zu verlassen, sehr schwer, teilweise begleiteten massive innerfamiliäre Konflikte die Entscheidung zur Auswanderung.

Die Austreibung der Juden aus dem nationalsozialistischen Deutschland sowie die millionenfachen Fluchtbewegungen, Vertreibungen und Deportationen während des Zweiten Weltkriegs lassen deutlich werden, wie recht die Gebrüder Kulischer in ihrer Einschätzung der dominierenden Bewegungsmuster im Europa des ›neuen Dreißigjährigen Krieges‹ 1914–1945 (H.-U. Wehler) hatten, als sie von dem »Wiederaufleben der alten Formen der bewaffneten Landnahme und kriegerischen Vertreibung der Bevölkerung« sowie von der »schönen Sozialpolitik der gewaltsamen ›zwischen-

staatlich« verpflanzten Volksmassen« in Auseinandersetzung mit den Thesen Ferenczis sprachen. Die Biographie Alexander und Eugen Kulischers spiegelt den Charakter dieser Epoche wider: Beide hatten Rußland 1920 im Zuge der bolschewistischen Revolution verlassen müssen und gelangten wie Hunderttausende ihrer Landsleute in das Deutschland der Weimarer Republik, das zunächst Schutz bot. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme mußten sie ihre Flucht fortsetzen und fanden 1934 Aufnahme in Frankreich. Während es Eugen Kulischer 1941 gelang, die Demarkationslinie zwischen dem von deutschen Truppen besetzten Nordfrankreich und dem unbesetzten Vichy-Frankreich zu überschreiten und vor dort aus in die USA zu fliehen, verhafteten Gendarmen des Pétain-Regimes seinen Bruder Alexander beim Übergang über die Demarkationslinie. Er wurde 1942 in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager ermordet.¹⁷

Nach Berechnungen von Eugen (im US-Exil Eugene M.) Kulischer kann die Zahl der Flüchtlinge, Vertriebenen und Deportierten allein in der militärischen Expansionsphase des nationalsozialistischen Deutschland zwischen 1939 und 1943 europaweit auf 30 Millionen Menschen geschätzt werden.¹⁸ Spätestens ab 1943 schmolz das Territorium des bis dahin zusammengegrabten ›Großdeutschen Reichs‹ und seiner Satellitenstaaten zusammen. Erweitert man die Schätzung Kulischers um die zwischen 1943 und 1945 zu beobachtenden Massenzwangswanderungen, so kann für den Zweiten Weltkrieg insgesamt von 50 bis 60 Millionen Flüchtlingen, Vertriebenen und Deportierten ausgegangen werden. Das waren mehr als 10% aller Menschen in Europa.¹⁹

Motor und Zentrum der Massenzwangswanderungen vor und im Zweiten Weltkrieg war Deutschland. Neben der Rekrutierung von Millionen Arbeitskräften für die deutsche Kriegswirtschaft und die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete zielte die deutsche Besatzungspolitik in den eroberten Gebieten auf dauerhafte Herrschaftssicherung, auf die Etablierung einer streng nach rassistischen Kriterien ausgerichteten, Bevölkerungsgruppen und Nationalitäten hierarchisierenden deutschen Ordnung. Wesentliche Elemente der Herstellung dieser rassistischen Weltordnung waren Planung und weitreichende Umsetzung von Umsiedlungen, Vertreibungen

17 Art. ›Eugen(e) M. Kulischer‹, in: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 2, München 1983, S. 673; Eugene M. Kulischer, *Europe on the Move. War and Population Changes, 1917–47*, New York 1948, S. vi.

18 Kulischer, *Europe on the Move*, S. 264; Michael R. Marrus, *The Unwanted. European Refugees in the Twentieth Century*, New York/Oxford 1985, S. 209–239.

19 Wolfram Fischer, *Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in Europa 1914–1980*, in: ders. (Hg.), *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 6: *Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1987, S. 10–221, hier S. 44f.

und Deportationen ganzer Bevölkerungen zugunsten eines vorgeblichen ›Volkes ohne Raum‹. Etwa 9 Millionen Menschen waren davon betroffen. Zwischen 1939 und 1944 wurden eine Million Menschen deutscher Herkunft aus ihren außerhalb der Reichsgrenzen gelegenen Siedlungsgebieten in Südost-, Ostmittel- und Osteuropa ›Heim ins Reich‹ geholt, vor allem, um sie in den annektierten polnischen und tschechoslowakischen Gebieten anzusiedeln, die dem Reich unmittelbar angegliedert worden waren.²⁰

Voraussetzung für die Ansiedlung dieser ›Volksdeutschen‹ war immer die Deportation der ansässigen polnischen, tschechischen und jüdischen Bevölkerung, die 1939/40 in großem Maßstab eingeleitet worden war und im Völkermord endete. Das sollte aber nur der Anfang sein, die Gesamtplanung für dieses Gebiet lag bereits vor; denn von den mehr als 10 Millionen Menschen, die in diesem Gebiet lebten, galten nur 1,7 Millionen als ›eindeutschungsfähig‹, 7,8 Millionen Polen und 700.000 Juden sollten vertrieben werden. Der 1942 von der SS aufgestellte ›Generalplan Ost‹ zielte darauf, die für Polen schon zum Teil umgesetzte Politik millionenfacher brutaler Umsiedlungen zugunsten deutscher Siedler auf Osteuropa insgesamt bis zum Ural auszudehnen.²¹ Er ging dabei von der Umsiedlung von 45 Millionen Menschen aus. Das deutsche ›Volk ohne Raum‹ sollte sich auf diese Weise Platz verschaffen, die eingessene Bevölkerung vertrieben oder ermordet werden, bleiben durften nur die, die als Arbeitssklaven für die deutschen Herren noch nützlich erschienen.

Die letzten Umsiedlungen ›Heim ins Reich‹ von 250.000 ›Volksdeutschen‹ aus Wolhynien, Galizien und Siebenbürgen 1944 hatten schon deutlich den Charakter einer Fluchtbewegung vor der Roten Armee, die im August 1944 in Ostpreußen die Grenze des Deutschen Reiches erreichte und sie im Oktober des Jahres erstmals überschritt. In den Ostprovinzen des Reiches und in den deutschen Siedlungsgebieten jenseits der Grenzen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa lebten rund 18 Millionen Reichsdeutsche und ›Volksdeutsche‹. Etwa 14 Millionen von ihnen, der weitaus überwiegende

20 Wolfgang Benz, *Fremde in der Heimat: Flucht – Vertreibung – Integration*, in: Bade (Hg.), *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland*, S. 374–386, hier S. 376f.; Hellmuth Hecker, *Die Umsiedlungsverträge des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkrieges*, Hamburg 1971.

21 Wolfgang Benz, *Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939–1945*, in: ders. (Hg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Frankfurt a.M. 1995, S. 45–57; Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.), *Der ›Generalplan Ost‹. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993; s. hierzu insgesamt auch: Rolf-Dieter Müller, *Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik: Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS*, Frankfurt a.M. 1991.

Teil also, flüchtete in der Endphase des Krieges in Richtung Westen oder wurde nach Kriegsende vertrieben bzw. deportiert.²²

Im April 1945 lag die deutsche Bevölkerung in den nunmehr von sowjetischen und polnischen Truppen eroberten Ostgebieten des Reiches noch bei über 4 Millionen. In den folgenden drei Monaten kehrten über eine Million Flüchtlinge wieder in diese Gebiete zurück, häufig weil die Trecks von der Roten Armee überholt wurden, an ein Weiterkommen nicht zu denken war und die Rückkehr in die Ausgangsgemeinden Schutz und Überleben versprach. Mit der Absperrung von Oder und Neiße zwei Monate nach Kriegsende Anfang Juli 1945 brach diese Rückwanderungsbewegung weitgehend ab. Der Sommer 1945 war durch die ›wilden‹ Vertreibungen von noch in den neuen polnischen Westgebieten und der Tschechoslowakei lebenden Deutschen gekennzeichnet. Das betraf bis zu 800.000 Sudetendeutsche in der Tschechoslowakei und bis zu 300.000 Deutsche entlang der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße.

Die ›wilden‹ Vertreibungen des Sommers 1945 bildeten keine politischen Alleingänge der Tschechoslowakei und Polens. Die alliierten Großmächte hatten den Transfer großer Bevölkerungsteile im Osten Deutschlands längst auf den Konferenzen von Teheran 1943 und Jalta Anfang 1945 beschlossen. Minderheitenkonflikte und die politische Instrumentalisierung von deutschen Minderheiten durch das Reich wie in der Zwischenkriegszeit sollte es in Polen und der Tschechoslowakei zukünftig nicht mehr geben. Auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) legten Großbritannien, die UdSSR und die USA als Siegermächte des Zweiten Weltkriegs nochmals das Ziel einer »ordnungsgemäße[n] Überführung deutscher Bevölkerungsteile« fest. Aber in »ordnungsgemäßer und humaner Weise«, wie in Punkt XIII des Potsdamer Protokolls vom 2. August 1945 vereinbart, liefen die Vertreibungen nicht ab, Massentransporte unter katastrophalen Versorgungsbedingungen, brutaler Bewachung und ständigen Plünderungen führten zu ungezählten Opfern. Die Vertreibungen brachten 1946 weitere 2 Millionen und 1947 eine halbe Million Menschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße in die vier alliierten Besatzungszonen Deutschlands. Hinzu kamen 1946 1,2 Millionen Menschen aus der Tschechoslowakei und 170.000 aus Ungarn.

22 Zu Flucht und Vertreibung der Deutschen s. im Überblick die Beiträge in: Benz (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, sowie in: Rainer Schulze/Doris von der Brelie-Lewien/Helga Grebing (Hg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, Hildesheim 1987, bes. Teil I. und II; Benz, Fremde in der Heimat; Marrus, The Unwanted, S. 296–345.

Mit der Frage nach Akteuren und Interessen bei der Entscheidung bzw. Hin-nahme der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus dem Osten beschäftigt sich **Hans-Åke Persson**, Historiker am IMER (International Migration and Ethnic Relations) der neugegründeten schwedischen Universität Malmö. Er blickt dabei vornehmlich auf die politische Rolle Großbritanniens. Persson stellt heraus, daß die britische Regierung bereits Ende 1944 angesichts der geplanten Westverschiebung Polens millionenfache Bevölkerungsverschiebungen von Deutschen und Polen für unvermeidlich hielt. Für die Briten war damit der Bevölkerungstransfer nur mehr ein technisches, nicht aber ein prinzipielles Problem. Bei der Konferenz von Jalta im Februar 1945 betonte der britische Premierminister Churchill, daß dabei die Transportmöglichkeiten Polens und die Aufnahmefähigkeit Rest-Deutschlands leitend sein sollten. Den Verantwortlichen war klar, wie Persson zeigt, daß die Bevölkerungsverschiebungen einen um so größeren Umfang annehmen mußten, je weiter die polnische Grenze nach Westen verschoben würde. Deshalb akzeptierte die britische Seite zunächst auch nicht die von den Sowjets geforderte Oder-Neiße-Linie. Dennoch nahm sie aus Rücksicht auf die Kriegsallianz gegenüber der sowjetischen Regierung in der Grenzfrage und der Frage der Vertreibung der deutschen Bevölkerung keine klare Gegenposition ein, als im Verlauf der letzten beiden Kriegsmonate die Rote Armee die Gebiete östlich von Oder und Neiße in polnische Verwaltung übergab und die Vertreibungen ohne Genehmigung der Westalliierten forcierte.

Persson zeigt, daß vornehmlich die hohen Kosten der Besatzungsherrschaft in der eigenen Zone, die sich durch die Aufnahme weiterer Hunderttausender von Menschen aus den geräumten Gebieten jenseits von Oder und Neiße nach der Potsdamer Konferenz noch wesentlich erhöhten, die britische Regierung im Sommer 1946 zu einer zunehmend kritischeren Haltung gegenüber den organisierten Vertreibungen bewogen. Sie führte aber erst im Sommer 1947 zur Aufkündigung des Abkommens über die Aufnahme von Vertriebenen aus Polen, die die organisierten Vertreibungen im Rahmen der ›Operation Swallow‹ beendete.

Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostmittel- und Südosteuropa führten zu millionenfachen Folgewanderungen in die Vertreibungsgebiete. In der Tschechoslowakei etwa siedelten sich innerhalb sehr kurzer Zeit 1,8 Millionen Tschechen und Slowaken im Sudetenland an, dessen deutsche Bevölkerung gerade vertrieben worden war. Auch in Polen wurde das konfiszierte Land der geflüchteten und vertriebenen Deutschen rasch neu besiedelt. In den neuen polnischen Gebieten lag die Bevölkerungszahl im August 1947 bereits wieder bei über 5 Millionen, 3 Millionen Menschen kamen aus Zentralpolen in die eroberten Landstriche, eine weitere Million aus den an die UdSSR abgetretenen polnischen Ostgebieten, eine Million Polen hatten hier

schon vor 1945 gelebt.²³ Nach den immensen Bevölkerungsverschiebungen während des Zweiten Weltkriegs und aufgrund von Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung trugen solche Folgewanderungsketten letztendlich mit bei zu einer völligen Umgestaltung der Nationalitätenkarte im Osten Europas²⁴, wie sie etwa am regionalen Beispiel im nördlichen Teil Ostpreußens mit dem Zentrum Königsberg, der mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in sowjetischen Besitz übergang, zu beobachten ist.

Arūnė Liucija Arbušauskaitė, Professorin für Soziologie an der Universität Klaipėda/Litauen, hat bislang verschlossenes Archivmaterial für die Untersuchung der Nachkriegssituation in Königsberg (seit Juli 1946 Kaliningrad) nutzen können. Auf der Basis dieser wertvollen Materialien beschäftigt sie sich quellenorientiert mit Fragen nach der Entwicklung von Zahl und Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung im nördlichen Ostpreußen seit der Eroberung durch die Rote Armee, nach Entschluß und Durchführung der Deportation der nicht im Zuge des Vormarsches der Roten Armee geflohenen Deutschen in die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland sowie nach der Lenkung der Zuwanderung sowjetischer Bürger in das eroberte Territorium des ehemaligen nördlichen Ostpreußens. Im April 1945 lebten noch rund 100.000 Deutsche in der nach der Eroberung durch die Rote Armee weithin zerstörten ›Festung‹ Königsberg. In kürzester Zeit überzogen Sicherungstruppen des sowjetischen Innenministeriums die zum Sperrgebiet erklärte Region Königsberg mit Posten und Garnisonen, Lagern und Gefängnissen, so Arbušauskaitė. Eine Verhaftungswelle führte zur Internierung von 14.000 Menschen im Mai 1945. Bereits 1945 begann die gelenkte Zuwanderung sowjetischer Arbeitskräfte nach Ostpreußen. Bis zum 1. Juni 1946 war ihre Zahl auf über 46.000 gestiegen bei einer verbliebenen deutschen Bevölkerung von 116.000, darunter vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen.

Die Lebensverhältnisse im seit Juli 1946 Kaliningrad genannten Gebiet waren katastrophal, wie Arbušauskaitė ermittelte, das galt vor allem für die deutsche Bevölkerung, deren Lebensmittelzuteilungen minimal waren, aber auch für die sowjetischen Arbeitskräfte, die in das eroberte Gebiet geschickt worden waren. Auch hier wirkte sich die jahrzehntelange von der sowjeti-

23 Kulischer, *Europe on the Move*, S. 286–292; John J. Kulczycki, *Rural Transformation in Poland after 1945: The Polonization of the ›Recovered Lands‹*, in: Shingo Minami-zuka (Hg.), *The Transformation of the Systems of East-Central Europe. Rural Societies before and after 1989*, Kecskemét 1996, S. 83–93; Philipp Ther, *Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 127), Göttingen 1998, S. 50–87.

24 Hans Lemberg, »Ethnische Säuberung«: Ein Mittel zur Lösung von Nationalitätenproblemen?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 1992, Nr. 46, S. 27–38.

schen Regierung verschwiegene Nachkriegshungersnot 1946–1948 verheerend aus, unter der wahrscheinlich 100 Millionen Menschen litten und die 2 Millionen Opfer forderte aufgrund von Kriegszerstörungen und als langfristige Folge der forcierten Zwangskollektivierung in den 1930er Jahren.²⁵ Auch für Kaliningrad waren die Kriegszerstörungen, der Mangel an Arbeitskräften ursächlich, aber auch willkürliche Zerstörungen in der Nachkriegszeit und Mißwirtschaft, wie Arbušauskaitė zeigt.

1946 begann die strikten Planungen unterliegende massive Neubesiedlung der Region Kaliningrad, die bis 1948 über 70.000 Menschen aus den verschiedensten Gebieten der UdSSR in die westlichste Region der Sowjetunion brachte. Sie sollten vor allem die Landwirtschaft wieder aufbauen, so Arbušauskaitė. Im Oktober 1947 setzte zugleich die Deportation der deutschen Bevölkerung in großen Massentransporten in die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland ein, innerhalb eines Jahres wurden über 100.000 Menschen deportiert. Rund 4.000 Deutsche, die in der Nachkriegszeit die Grenze nach Litauen überschritten hatten, um den katastrophalen Lebensverhältnissen in Ostpreußen zu entgehen, folgten zudem 1951.

Die »schöne Sozialpolitik der gewaltsamen ›zwischenstaatlich‹ verpflanzten Volksmassen«, von der die Gebrüder Kulischer 1932 sprachen, die faktisch weithin als ›ethnische Säuberungen‹ wirkenden Umsiedlungen, Deportationen, Fluchtbewegungen und Vertreibungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg schienen mit der Blockbildung in Ost und West nur mehr gelegentlich noch auf, wenn es um »ethnisch privilegierte Migration«²⁶ über den ›Eisernen Vorhang‹ hinweg ging. Neben der Zuwanderung von Aussiedlern, die zwischen 1950 und 1987 insgesamt 1,4 Millionen Menschen vornehmlich aus Polen, Rumänien und der UdSSR in die Bundesrepublik Deutschland brachte²⁷, ging es dabei vor allem um die ›Pontos-Griechen‹ und um Sowjetbürger mit laut Paßeintrag ›jüdischer Nationalität‹, die in erster Linie nach Israel und in die USA auswanderten.²⁸

25 Hierzu s. Elena Zubkova, Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg. Lage und Stimmung der Bevölkerung 1945/46, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 47. 1999, H. 3, S. 363–383, hier S. 380–383.

26 Rainer Münz/Rainer Ohliger, Deutsche Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa, Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse ethnisch privilegierter Migration (Demographie aktuell. Vorträge – Aufsätze – Forschungsberichte, Nr. 9), Berlin 1997.

27 Klaus J. Bade/Jochen Oltmer, Einführung: Aussiedlerzuwanderung und Aussiedlerintegration. Historische Entwicklung und aktuelle Probleme, in: dies. (Hg.), Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa (IMIS-Schriften, Bd. 8), Osnabrück 1999, S. 9–51.

28 Ebd., S. 31f.; sowie die Beiträge in: Hans H. Reich (Hg.), ›Rückwanderung‹ und Eingliederung: Die Konzepte Israels, Griechenlands und Deutschlands (Beiträge der Akademie für Migration und Integration, H. 2), Bonn 1999.

Solche ›ethnisch privilegierten Migrationen‹ bildeten nur einen der wesentlichen Migrationstypen im Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Bis zum Ende der 1980er Jahre beschränkte er sich ganz wesentlich auf die Ost-West-Migrationen und war dabei beinahe die einzige Wanderungsbewegung, die zwischen den beiden Blöcken überhaupt existierte. Zugleich blieb transnationale Migration innerhalb der Länder des ›Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe‹ von peripherer Bedeutung. In Westeuropa hingegen erreichten transnationale Migrationen im Zuge der Prosperitätsphase bis in die späten 1960er und frühen 1970er Jahre bis dahin nicht gekannte Dimensionen. Neben der ›Gastarbeiterzuwanderung‹ vom Süden in den Norden Europas ging es dabei vor allem um Migrationen als Begleiterscheinungen und Folgen der das Staatensystem der Welt grundlegend verändernden Dekolonisation, wie sie vor allem in Frankreich, Großbritannien, Portugal und den Niederlanden deutlich wurden.

Daß das Phänomen Migration im Kontext von europäischer kolonialer Expansion und Dekolonisation erst spät, verstärkt erst in den 1980er Jahren, zum Gegenstand historischer Forschung wurde, betont in seiner Studie **Henk Wesseling**, Historiker an der Universität Leiden und Rektor des Netherlands Institute for Advanced Study (NIAS) in Wassenaar bei Den Haag. Das gilt auch für die Niederlande und die Beschäftigung mit den Wanderungsbewegungen in die und aus den ost- und westindischen Kolonien, die Thema seiner Untersuchung sind.

Zwischen 1945 und 1990 kamen rund 530.000 Menschen aus den ehemaligen niederländischen Kolonien in die Niederlande, so Wesseling, darunter mehr als die Hälfte aus dem Gebiet der vormaligen indonesischen Besitzungen, ein weiteres Drittel aus Surinam. Nur bei einem relativ kleinen Teil handelte es dabei um echte koloniale Rückwanderer, die als Verwaltungsbeamte, Siedler oder Geschäftsleute im Prozeß der Erlangung der Unabhängigkeit der Kolonien diese wieder verließen. In vielen Fällen handelte es sich dem Paß nach um Niederländer, die aber das ›Mutterland‹ nie gesehen hatten. Hinzu kamen Einzelpersonen oder Bevölkerungsgruppen, die der kolonialen Obrigkeit besonders verbunden waren, darunter etwa aus dem indonesischen Bereich die Molukker, von denen nach der Unabhängigkeit Indonesiens 1950/51 über 12.000 in die Niederlande kamen. Eine letzte Gruppe bildeten jene Bewohner der Kolonien, die aufgrund privilegierter Einreisemöglichkeiten für die Überseeterritorien ins Land kamen. Vor allem gilt das für Surinam, das 1975 unabhängig wurde, und die Niederländischen Antillen, die auch weiterhin einen Überseebesitz der Niederlande bilden.

Wesseling zeigt, wie konfliktreich die verschiedenen Phasen der Integration von Zuwanderern aus den Kolonien verliefen, wobei die Anschläge molukkischer Terroristen Mitte der 1970er Jahre nur einen publicity-trächtigen

gen Höhepunkt bildeten. Im kollektiven Bewußtsein der Niederländer bleibt die koloniale Vergangenheit aufgrund der großen Zahl der kolonialen Zuwanderer – rund 800.000 einschließlich ihrer Nachkommen bei einer Gesamtbevölkerung von 15 Millionen –, aber ebenso angesichts der auch heute noch bestehenden Integrationsprobleme, die sich nicht zuletzt am Arbeitsmarkt manifestieren, ständig präsent.

Die Phase der europäischen kolonialen Rückwanderung und Einwanderung war, ebenso wie die Zuwanderung der ›Gastarbeiter‹, in den 1970er Jahren wesentlich abgeschlossen, auch wenn die Integrationsprobleme bis heute fortwirken. Seither, und vor allem nach dem Zerfall des ›Ostblocks‹ in den späten 1980er Jahren, haben sich vielfältige neue Wanderungstraditionen entwickelt, wurden alte Wanderungstraditionen wieder aufgenommen und vornehmlich im Zuge der europäischen Integration neue Migrationsregime etabliert. Sie kommen letztlich in der Tat den »sozialpolitisch geregelten und zwischenstaatlich geordneten« Migrationen sehr viel näher, die Ferenczi 1930 schon für die Zwischenkriegszeit postulieren zu können glaubte.

Magnus Mörner

Seventeenth-Century Immigration in Sweden

Since the Second World War, Sweden has clearly been a *country of immigration* and of *multiethnicity*. Muslims have become our second largest religious group. Immigration always existed, of course, but in the nineteenth century it was completely insignificant compared to the emigration flow. We do know that the late Middle Ages, as elsewhere in the non-German Baltic region witnessed an inflow of Germans of great importance from every point of view, but we ignore the quantitative aspects of the phenomenon. The seventeenth century is then, most strikingly, the leading period of immigration prior to our own, even though in that case also, the quantitative dimension remains far from clear.¹

Migration has normally been preceded by an individual decision. It has been taken with the intention of establishing a lasting settlement elsewhere. However, we also have to include as ›migrants‹ those who may not have had such an intention to begin with, but simply stayed at the place of destination. There is usually no way of making a clear-cut distinction between the two categories in existing sources. In either case, however, migration has to be distinguished from forced movements, like the slave traffic or people's flight from direct mortal danger whatever. Also, the *push* or *pull* factors are normally mixed. With the emergence of clearly defined states, that is in Sweden's case at least from King Gustavus Vasa (1523–1560) onwards, we are

1 Ingvar Svanberg/Mattias Tydén, *Tusen år av invandring*. En svensk kulturhistoria, Stockholm 1992, is an excellent survey from which many data and examples have been taken. For the various ethnic groups see also Ingvar Svanberg/Harald Runblom (eds.), *Det mångkulturella Sverige. En handbok om etniska grupper och minoriteter*, 2nd ed. Stockholm 1990. See also the brilliant essay by Eli F. Heckscher, *Svenskt och utländskt under Sveriges storhetstid*, in: *Festskrift till Verner Söderberg*, Stockholm 1932, p. 1; Nils Erik Villstrand, *Statsmakt och migration under svensk storhetstid*, in: *Historisk tidskrift för Finland*, 74. 1989, pp. 1–29, is especially important with respect to the legal framework of migration. See also the yearbook *Fataburen*, *Nordiska museet*, Stockholm 1981, with a number of short, concise but now partly dated articles by Sten Carlsson (German immigrants), Richard Broberg (Finns), Bernt Douhan (Walloons), Ralph Scander (Dutch in Gothenberg), and Jonas Berg (Scots). On the latter see also Jonas Berg/Bo Lagercrantz, *Scots in Sweden*, Stockholm 1962.

also obliged to distinguish between *external* and *internal migration*. If for some reason the immigrant returns home, it is the case of re-emigration.²

Finally, as far as ethnicity is concerned, the use of that term easily turns anachronistic, because ethnic awareness has varied greatly in the course of history. In whatever case, I still find Max Weber's the best one of that concept. Ethnic groups are, he states, »those that entertain a subjective belief in their common descent based on similarities of physical type or of customs or both, or because of memories of colonization and migration; this belief must be important for the propagation of group formation; conversely, it does not matter whether or not an objective blood relationship exists.« Ethnic criteria include language, religion and phenotype. Within the borders of a national state, the crucial divider is, unavoidably, that between the majority and perhaps various minority groups. These terms refer, of course, to sociological groups, not necessarily to the demographic majorities or minorities. In the social reality of the seventeenth century, however, *social closure* on part of the elites was above all directed against lower estate members of their own ethnic group. But that type of closure also made it even more difficult for non-elite members of other ethnic groups to attain the social upward mobility they were striving for.³

Around 1600, Sweden under the kings Charles IX and Gustavus Adolphus II was not what we call a »national state« even though Swedes were vigorously rejecting the attempt of establishing a personal union with Poland. The basis of the Swedish State was the Monarch and the Lutheran faith as defined by the Church Meeting at Upsala in 1593. The Swedish Diet (»Riksdag«) was divided into four Estates – nobles, priests, burghers and peasant freeholders from Sweden/Finland. The population of the realm was scarce, about 1.5 million by 1600. There were only some 2–300,000 more by 1700. In 1600, a third lived in the eastern part, Finland. One hundred years later, the Finnish share had been reduced to a fifth. This was so because meanwhile, Sweden had conquered Scania and other Danish provinces in the south, the island of Gotland in the Baltic and three Norwegian provinces to the west. In Finland most inhabitants spoke Finnish, as did some people in some provinces in Sweden in the narrow sense. In the north, there were small and scattered Lappish (or Same) groups. In the small towns Germans had always been numerous and their languages was often heard.

In order to become a great power, the rulers of Sweden had to subject the inhabitants to very harsh regulation and exploitation. Both external and

2 On migration see e.g. Magnus Mörner, *Adventurers and Proletarians. The Story of Migrants in Latin America*, Pittsburgh/Paris 1985, pp. 124–129.

3 Magnus Mörner, *Etnicitet och social rörlighet i historiskt perspektiv*, in: *Scandia*, 54, 1988, pp. 55–70; Max Weber, *Economy and Society. An Outline of Interpretative Sociology*, ed. by Guenther Roth/Claus Wittich, Berkeley/London 1978, p. 389.

internal migration, as underlined by the Finnish historian Nils Erik Villstrand, had to depend on government policy. One had to prevent, for example, that Swedish sailors chose to serve on Dutch ships. A categorical prohibition of external outmigration was decreed in 1620. It was almost literally repeated in 1718. At the same time, immigrants, that is Lutheran ones, were received with enthusiasm by the authorities, be it skilled labour, entrepreneurs, engineers, learned professors or military officers. The Danish and Norwegian provinces conquered in 1645/58 were assimilated with considerable success, at least from 1679 onwards. Thus, external security was quickly strengthened. On the other hand, on the other side of the Baltic, where Estonia had become a Swedish possession in the 1560s and Livonia after a war with Poland in 1629, the Baltic-German nobility put up a tenacious resistance against any integration or reformist attempts on the part of the Crown. The peasant masses remained in servitude. With respect to the German possessions obtained in 1648, Pomerania, Wismar and Bremen-Verden, there was a certain migratory exchange of mostly elite individuals. This was, of course, a case of *internal* migration, a distinction seldom made in literature.⁴

When taking up the social composition of seventeenth-century immigration, we had better start doing so following the order of the four Estates. By virtue of the privileges of 1612/1617, the nobles were given a monopoly on every kind of higher positions, in the military as well as in civil administration. They also enjoyed the exemption from taxes on their main rural holdings (Säterier). By 1600 the male nobles did not total more than 450 adults. Moreover, around 1600, after a short civil war between King Sigismund, also King of Poland, and Duke Charles (later King Charles IX), quite a few aristocrats serving the former had either been beheaded or gone into exile. There was then an acute need to fill the void of nobles, either by means of ennoblement or through immigration. Between 1600 and 1650, the nobility gained some 500 new members, some 15 per cent of them from abroad. Between 1650 and 1700, no fewer than another thousand were ennobled and/or introduced into the House of Nobility. Military officials who had been poorly paid or compensated during the wars received ennoblement and donations of land as sheer compensation. During the period of peace, 1679–1700, however, there would be far less new nobles of that category. Noble families with German names such as Wachtmeister, Wrangel and Wrede, Scottish ones like Douglas, Hamilton and Ramsay, the historically very important one of De la Gardie had all of them been founded by foreign-born warriors, the latter already in the 1560s.

The great majority of the very numerous foreign officers serving the Crown abroad, in Germany, never came to Sweden at all. Of those who did,

4 Villstrand, Statsmakt.

however, some received commissions in the regular Swedish regiments, in peacetime normally stationed in the respective Swedish province or elsewhere. Three out of six colonels and commanders of the Regiment of Södermanland, 1626–1682 were German or German-Baltic. The Regiment of Uppland had, instead, three chiefs born in Scotland. Toward the end of the seventeenth century, as I just hinted at, the percentage of non-Swedish officers was drastically reduced. In 1654, 25 military officers from colonel upwards had been born abroad, in 1672, 12, but in 1699 only two. One of them was the 85-year-old German-born General and Governor J.B. v. Schönleben in Gothenburg. His advanced age notwithstanding, from 1682 to 1700 he was an excellent Governor of the Province of Gothenburg and Bohuslän. Among other things, he energetically promoted the ›Swedenization‹ of his province with the help of the church and education. Naturally, the long era of peace after 1679, did not attract new foreigners to enter Swedish military service. King Charles XI does not appear to have fully trusted those who had grown up outside his realm, even though his own favourite General, Rutger v. Ascheberg, from Courland, had in fact such a background.

Naturally enough, military officers from traditionally hostile powers entered Swedish service only by exception. The Aminoff family, however, has a forefather, a Boyar, who had to surrender Ivangorod to the Swedes in 1612 and wisely changed sides in order to avoid punishment by the Czar. It was also exceptional that Danes and Norwegians switched their loyalty. But in 1679 a Norwegian ship captain, Henning Olsen, did so, helping the Swedes to defend Malmö against the Danes. He was ennobled at once, being provided with the new name of Anckargrip and was later made a *scouthy-nacht* of the Swedish navy.⁵

Some noble families founded by Walloon, Dutch and Aachen merchants became less important than the military immigrants, among them Louis De Geer, the two De Besche brothers and the three Momma-

5 Ingvar Elmroth, *För kung och Fosterland. Studier i den svenska adelns demografi och offentliga funktioner 1600/1900*, Lund 1981, p. 37, passim; Björn Asker, *Officerarna och det svenska samhället 1650–1700*, Uppsala 1983, p. 79; James Cavallie, *De höga officerarna. Studier i den svenska militära hierarkien under 1600-talets senare hälft*, Stockholm 1981. These three works give the foreigners relatively little attention, however. On the other hand, migration is a main theme in: James Cavallie, *Rang und nationale Herkunft*, in: Göran Rystad (ed.), *Europe and Scandinavia: Aspects of the Process of Integration in the 17th Century*, Lund 1983, pp. 135–157. For an earlier period see Gunnar Artéus, *Till militärstatens förhistoria. Krig, professionalisering och social förändring under Vasasönernas regering*, Stockholm 1986, pp. 85–91. See also concrete examples in: Klaus Richard Böhme, *Officersrekryteringen vid tre landskapsregimenten 1626–1682*, in: Margareta Revera/Rolf Torstendahl (eds.), *Bördor, bönder, börd i 1600-talets Sverige*, Stockholm 1979, pp. 215–251. On Schönleben: Sören Skarbäck, *Göteborg på 1600-talet*, Göteborg 1992, p. 286f. Other examples from Gustaf Elgenstierna, *Den introducerade svenska adelns ättartavlor, I–IX*, Stockholm 1925–36.

Reenstierna brothers, all of them extraordinarily active as entrepreneurs even though the last ones ultimately failed. In the case of my own forefathers, ›Landjunker‹ from the Mark Brandenburg east of the Oder river, it so happens that two brothers Mörner came to Sweden in order to collect debts due to them from the Crown. But they were not paid, choosing, instead, to enter into Swedish service. One became a tutor of Crown Prince Gustavus Adolphus, the other a diplomat, and a cousin of theirs finally a governor of the entire northern part of Sweden. The timing had been perfect for them: so many positions left vacant by exiled aristocrats had to be filled by newcomers.⁶ Many sons of immigrated nobles (such as the Mörners) would later on help King Charles XI (around 1680) to deprive the traditional landholding, aristocratic elite of their political power. In the course of this process, some of them became barons or counts themselves. The King clearly wished to dilute the proud, old Swedish aristocracy, until then often hostile to both ennoblement practices and naturalization of foreign nobles. Also, it deserves to be mentioned that the civil servants on whom King Charles mainly relied when carrying out his various reforms almost all belonged to the lower nobility and were Swedish-born.

At the House of Nobility, in a palace built in the 1660s and still extant, German, French, or Dutch was at times spoken along with Swedish. Even nobles born in Sweden often used especially the German language when writing to each other. All of the 59 remaining letters from General Carl Gustaf Wrangel – who had a Swedish mother – to Axel Oxenstierna, for instance, were written in that language.⁷

The Estate of the Clergy, naturally enough, remained ethnically Swedish, apart from Finland where in the countryside most pastors had to preach in Finnish, a language hard for others to learn. There was in Stockholm a longstanding German congregation which in the seventeenth century served some 1,000 people. In Gothenburg there was one since 1623. There were also some industrial communities with numerous foreign workers that required German-speaking pastors, such as in Norrköping and Eskilstuna. That was only seen as a temporary arrangement, however. As soon as these immigrants had picked up Swedish, their congregations were to be ›normalized‹.⁸

6 Carl Magnus Stenbock (ed.), *Mörnerska släktboken 1468–1653*, Stockholm 1909, pp. 29–46. See also Magnus Mörner (ed.), *Material till släkterna Mörners historia*, Stockholm 1985; idem, Stellan Mörner, in: *Svenskt biografiskt lexikon*, 127, Stockholm 1987, pp. 301–304.

7 Heckscher, *Svenskt och utländskt*, pp. 2f. provides a good example from a debate at the Estate of Nobility in 1644: 42.5 percent of all the families introduced into the Swedish nobility, by far most in the seventeenth century, were of foreign origin.

8 Rainer Fagerlund/Knut Jern/Nils Erik Villstrand, *Finlands historia II*, Helsinki 1993, p. 134; Bror Erik Ohlson/Mats Selén, *On the German Congregation at Eskilstuna*, in: Magnus Mörner/Aare Mörner (eds.), *Kyrka och krona i sörmäländskt 1600-tal*, Marie-

People of other religious faiths were subject to discrimination of various degrees. Worst off, as so often, were the Roma. According to the barbarian rules of 1637, the men simply had to be killed without any trial or sentence and their families expelled. After 1642, their treatment became somewhat more humane. They would be liable to capital punishment only if found guilty of crimes, like theft, but always expelled. The Jews, too, were forbidden to enter the country. However, on some occasions, when willing to convert, they were solemnly baptized, with the King or some other exalted personality serving as a godfather. One such Jewish child, J.G. Renat (a name derived from ›renatus‹, reborn) became a military officer, who after becoming a war prisoner in Russia in 1709, made himself famous through his daring explorations in the interior of Asia.

Catholics were also, on principle, forbidden to come to Sweden but were often admitted if found useful, and discreetly attended mass at a foreign embassy. One wonders, however, if the authorities did not prefer to keep their eyes shut in the case of inoffensive specialists they really needed. There were, for example, three groups of Italian glass-blowers coming one after another to the plant of Melchior Jung in Stockholm in the course of the 1640s. The third of these groups came in 1647, staying for five years. Calvinists also, on principle, had to submit to similar rules. On the other hand, from 1626 onwards a Russian Orthodox congregation, strangely enough, enjoyed a higher degree of toleration. Perhaps Swedish clergy found them less dangerous – Russians were among other things needed to serve as interpreters. Toward the end of the seventeenth century, the rigidity of the Swedish Church was also somewhat weakened and a considerably more tolerant attitude to other believers began to prevail. According to the Church Law of 1686, all Swedes should, of course, be faithful to the Augsburg Confession, but an exception was made for such residents who lived »quietly and without causing trouble« and practised service »in their homes and lodgings within closed doors and did not try to entice anybody from his Lutheran faith«.⁹

The Estate of the Burghers continued to be enriched by immigrants, especially, as always, from Germany. Those were not only merchants and artisans but also persons holding new professions, such as medical doctors,

fred 1996, pp. 121–134; see also Björn Helmfrid, *Norrköpings tyska församling, dess genesis och tidiga historia*, Norrköping 1993; Svanberg/Tydén, *Tusen år*, pp. 139–141.

9 Svanberg/Tydén, *Tusen år*, pp. 130–137. On the Roma see Svanberg/Runblom, *Det mångkulturella Sverige*, pp. 484–490. On the glass-blowers see *ibid.*, p. 184; Gerda Cederblom, *Något om Sveriges äldsta glastillverkning*, in: *Fataburen* 1910, Stockholm 1911, pp. 140–164; O. Nordström, *Svensk glasindustri 1550–1960. Lokalisering och arbetskraft*, Lund 1966, pp. 18–23; Om Jung, *Svenskt biografiskt lexikon*, XX, Stockholm 1973/75, pp. 466f.; Kari Tarkiainen, *Rysstolkar som yrkeskår*, in: *Historisk tidskrift*, 1972, no. 4, pp. 490–522; Villstrand, *Statsmakt*, p. 11. Surprisingly, the important 1686 law is not commented upon by Svanberg/Tydén.

pharmacists and engineers. Immigrant Burghers totalled perhaps 450 persons, half of them probably from Germany. A Swedish historian, Christina Dalhede, has tried to analyse the migration of the Pemers and other merchants from the largely Protestant city of Augsburg to a number of towns in mid-Sweden. She does so within a detailed framework of South German families, religious associations, and professions. According to a survey of the technological history of Sweden, published in 1989, the engineers were often Germans who had arrived in Sweden as assistants of some compatriot already established. Their formal training was slight, but their talent and diligence considerable. Whether this generalization is correct is hard to say. In whatever case, the great engineers of the period were Swedish-born: Olof Rudbeck, Erik Dahlberg and Christoffer Polhem.¹⁰

The Swedish capital, Stockholm, witnessed a fourfold increase in population from 1620 to 1660 when it reached some 40,000 people. In 1663, according to the Governor Schering Rosenhane, 443 persons from abroad enjoyed burghership. In addition there were a lot less stable, somewhat undesirable foreigners, be it Germans, Dutch, Scotch, French and Russians. Criminals were attracted by the comparatively lenient Swedish justice, Rosenhane claimed! Probably such a claim would be more justified today. In Stockholm at the time, De Geer and other rich immigrants had their palaces and houses in some quarters just south of the city center. Their not so discreet Calvinist Sunday services seem to have attracted some 200 people or more.¹¹

Even more cosmopolitan was the city of Gothenburg, first founded by Charles IX in 1609 on the island of Hisingen. A group of Dutch settlers were attracted by extremely generous conditions. Historians have emphasized that they would enjoy Dutch government, have Dutch as an official language, and enjoy full liberty for the Calvinist church on the island. This Dutch colony under Swedish sovereignty, however, was destroyed by the Danes after only two years.

Present-day Gothenburg was founded on the other side of the mouth of the Göta river after peace in 1619. Dutch burghers still enjoyed special privileges, but somewhat less so than in 1609. Out of 18 magistrates in 1623, there were 10 Dutch, 7 Swedes and 1 Scotsman. But already the following year, the Dutch majority was reduced. Three mayors, one Swede, another Dutch, and a

10 Christina Dalhede, *Augsburg und Schweden in der Frühen Neuzeit. Europäische Beziehungen und soziale Verflechtungen (Studien zu Konfession, Handel und Bergbau, I-II)*, Augsburg 1998, and several articles. On the engineers see the anthology: Sven Rydberg (ed.), *Svensk teknikhistoria*, Hedemora 1989, p. 113.

11 Öfverståhållaren frih. Schering Rosenhanes berättelse år 1663, in: *Handlingar rörande Skandinaviens historia*, 31, Stockholm 1850, pp. 28, 43; Ingvar Svanberg, *Holländarna på Södermalm*, in: Gunilla Lindberg (ed.), *Sicken turk! Om invandrarnas svenska historia*, Stockholm 1990, pp. 115–122.

third German, were supposed to function by turn, three months each. From 1631 onwards the Dutch influence was further reduced, but the urban planning remained Dutch, with many canals. An eighteenth-century traveller wrote that Gothenburg therefore strongly reminded him of Batavia (present Jakarta). Until the 1660s, no doubt more foreigners than Swedes were active in Gothenburg's economic and social life. Merchant Johan Amija, German rather than Dutch, and Hans Maclier, a Scot who established the first ropeyard of the city, founded elite dynasties. The highest municipal office, that of Burggraf (the only of its kind in Sweden) was first held by a Dutchman, then by a German. The first pharmacist was a German, Kilian Treutiger. The first barber surgeon called himself Benedictus Fistulator, and was probably from Scotland. Moreover, a German tightrope walker, Christian v. Schönfeldt, became the official portrait painter. A Dutch naval officer, Martin Thijssen, who in 1645 fought the Danes with a fleet set up by De Geer, became a Swedish admiral, ennobled Anckarhielm. On an island called Styrso off Gothenburg, he even built the first Lutheran (!) church. On lands surrounding Gothenburg, farms were established by Dutch farmers and meant to provide town people with rural products of Dutch quality. These so-called ›Landerier‹ in several cases remain well-known properties or at least landmarks even today.

In a recent article, Christina Dalhede has strongly reacted against what she believes has always been an exaggeration of the role of the ›Dutch‹ in Gothenburg during the seventeenth century. Many of those so-called had Amsterdam merely as their most recent address when going to Sweden, she claims. They were, instead, either from the Spanish Netherlands or often, Southern Germany. Also the influence of ›Dutch‹ institutions on the privileges and specific institutions of Gothenburg remains to be proved, because they existed in many German cities, too. As she rightly points out, the West European merchants of this era were often very mobile, and it is necessarily hard to pin down their ›nationality‹ without family-centered research, as she herself has done.¹²

The Peasant Estate of Sweden-Finland was the representative of freeholders, but in a way also of the entire rural population comprising 90 per cent or more of all Swedes. They were hardly enriched by any external migration, but considerably more affected by internal migration. From the

12 Ralph Scander, *Karl IX's Göteborg på Hisingen. En holländsk koloni med svenskt medborgarskap*, Gothenburg 1975; Lindberg, *Sicken turk*, p. 13. The important revisionist article by Christina Dalhede, *Tyskarnas, nederländarnas, holländarnas och skottarnas Göteborg. Om utländska bidrag till Karl IX's och Gustav II Adolfs Göteborg, Göteborg förr och nu*, XXVII, *Gothenburg* 1998, pp. 25–44; Skarbäck, *Göteborg på 1600-talet*, pp. 59–64, 87–91 (Treutiger), 98–103 (Anckarhielm), 242–248 (Maclier), 218–223 (Amija), 270–273 (Schönfeldt). On Anckarhielm see also *Svenskt biografiskt lexikon*, I. 1918, pp. 604–607.

1570s until the end of the seventeenth century, perhaps a total of 12,000 peasants moved from Savolax in eastern Finland to Södermanland just south and west of Stockholm, and then to the western parts of central Sweden. At first these hardworking, thrifty colonists were looked upon very benevolently by King Charles IX. But then their slash-and-burn agriculture in the forest caused a strong concern on the part of the authorities because it was seen as a threat against the fuel needs of mining – considered to be the most important branch of the economy. Some neighbours also had grievances against the Finns. That conflict, however, seems to have been greatly exaggerated in older works of history and in popular tradition. Research in local seventeenth-century court records has shown that few murders and relatively little violence took place between Swedes and Finns. Members of each category mostly quarrelled and killed within their own ethnic group. The stress of oral tradition on bloody Swedish-Finnish feuds in these districts may reflect, instead, the several seventeenth-century wars on the Swedish-Norwegian border. In any case, the little group of peasants who dared to go as settlers to the short-lived Swedish colony of Delaware (1637–1654) comprised both Swedes and such Finns. Push factors surely played the major role.¹³

In any case, indirectly the Peasant Estate, as has long been known, did not escape the effects of external immigration of foreign nobles, that is those coming from countries with peasant servitude. As landowners they treated their Swedish tenants as they were accustomed to doing. One single example is Kasper Otto Sperling from Mecklenburg who became the Colonel of the Södermanland regiment in 1640 and held land in more than one province. In 1650 he was branded by the Peasant Estate for being particularly abusive and cruel toward his peasants.¹⁴

A modern sector outside the four Estates was that of manufacturing and other industrial activities, widely spread out over the country. Here, immigration and foreign influences in the seventeenth century were no doubt especially important. Already in the 1610s, the De Besche brothers got a foothold in the mining and siderurgical plants of Södermanland and Östergötland, further south of Stockholm. Following them was Louis De Geer, who from Amsterdam controlled the Swedish export of copper. He was also attracted by the Swedish potential for exports of military equipment. Therefore, he promoted the migration of jobless ironsmiths and charcoal-burners from, particularly, the diocese of Liège. A few thousand workers went to central

13 Olavi Koivukangas, *Utvandringen från Finland till Sverige genom tiderna*, Immigrationsinstitutet, Turku/Åbo 1980, p. 29. In greater detail see Kari Tarkiainen, *Finnarnas historia i Sverige. I. Inflyttarna från Finland under det gemensamma rikets tid*, Helsinki 1990, pp. 133–245. For the Delaware Finns: *ibid.*, pp. 208–215.

14 On Sperling: Karl K:son Leijonhufvud, *Kungl. Södermanlands historia*, III/2, Uppsala 1919, pp. 222–224.

Sweden between 1620 and 1650, only a fifth of whom returned to their country later on. These Walloons were generally Calvinists but found it no major problem to convert to Lutheranism. Otherwise, living for generations at the same iron plant where they had settled down originally, and thanks to inter-marriage, they were long able to resist complete integration. They kept many old customs, and Walloon forging became a highly respected concept. Later on, families with generally French Walloon names have become very proud of that ancestry.

Yet, in recent time, both Dalhede and another historian, Anders Florén, have found out that many of the so-called Walloons were Germans, French or Dutch instead. The latter also made a penetrating analysis of how the Walloons acquired their isolated but privileged and locally powerful position at the Uppland iron works. At the workplace, for example, the use of Walloon French continued to prevail for generations. According to Florén, however, the Walloon society at the Uppland works was not a transplant of that of Vallonie, but a product of what he calls »colonization«, that is a creation in the new country. At first it facilitated production, but later it also delayed the integration into a new industrial society. This is, of course, a hypothesis only, but an interesting one.¹⁵

In 1695, available data make it possible to analyze both production and ownership within the Swedish metal industry. Thirty-one percent of the owners of plants were immigrants or their children. They were responsible for 41 percent of the total production. Sixty years ago, our most outstanding economic historian, Eli F. Heckscher, declared that, in fact, there were very few native Swedes active in the seventeenth-century economic life of the country. Immigrants held the lead in commerce, mining, manufacturing, artisanry, fishing, banking and credits and in providing the state with capital.

Eli Heckscher underscored that what Sweden above all needed during the first half of the seventeenth century was foreign credits. This was much more difficult for native Swedes to obtain during a period when in Western Europe, cosmopolitan family networks controlled both commerce and credits. On the whole, I think, Heckscher's view remains valid. In this connection he also takes up the question of why Sweden did not receive as many French Huguenots after the revocation of the Edict of Nantes in 1685 as other Protestant powers like Prussia and Denmark. Heckscher simply believes that by then Sweden was saturated by foreign immigration to a degree that left no

15 Bernt Douhan, *Arbete, kapital och migration. Valloninvandringen till Sverige under 1600-talet*, Uppsala 1985; Karl Kilbom, *Vallonerna. Valloninvandringen, stormaktsväldet och den svenska järnhanteringen*, Stockholm 1958; Svanberg/Tydén, *Tusen år*, pp. 88–99. The fine revisionist article by Anders Florén, *Ändlös var raden av svarta valloner*, in: Florén Karlsson/Åsa Karlsson (eds.), *Främlingar – ett historiskt perspektiv*, Uppsala 1998, pp. 11–27.

space for newcomers. This remains somewhat unclear. In any case, the later part of the seventeenth century witnessed far less immigration of merchants and also the rise of more Swedish ones. As a result of the large-scale state reduction of aristocratic landholding from 1680 onwards under Charles XI, finances were stabilized, and the need for foreign capital also lessened compared to previous governments.¹⁶

Among the most miserable groups of workers in areas such as mines, many foreigners could also be found, often prisoners, including captives of war. There was also freely contracted labour from Finland within that poor and ill-treated stratum, however. Though freely contracted, also, the twelve qualified miners from the Harz sent to the isolated mountains on the Norwegian border in the northern province of Västerbotten where a silver mine had been found in 1634, met a sad fate. After arrival in the winter season they admirably introduced an innovation in Sweden by using gun powder to exploit the deposit. A few months later, however, half of them were dead and the others sick in the distant wilderness.¹⁷

At the other end of the social ladder we have to take a look at those foreign-born individuals who would forcefully contribute to the cultural transformation and Europeanization of Sweden. But we also have to keep in mind that the studies abroad of native-born young members of the Swedish elites (so-called peregrination) had the same effect. Also, it must be admitted that, for instance, some of the famous intellectuals invited to the Court of Queen Christina did not leave any traces behind. That includes René Descartes, technically an ›immigrant‹ thanks to the Stockholm pneumonia that hit the poor man. Out of 118 professors at Uppsala University from 1620 to 1699, in fact, no more than twelve were born abroad, but among them were two of the most famous ones (Loccenius, Schefferus).

With respect to architecture, Simon and Jean de la Vallée, father and son, were French, Nicodemus Tessin and the painter David Klöcker Ehrenstrahl were Germans, while the master of stucco decorations, Carlo Carove, was Italian. These simply were the main creators of the Swedish baroque. The composers of music all seem to have been born abroad, with a single exception, Gustav Düben, the son of an immigrant musician from Leipzig. Music, in fact, provides a particularly glaring example of foreign cultural domination. In 1620, the Court obtained an orchestra with some twenty Germans. From 1647 to the early 1650s, they were replaced by a group of French musi-

16 Rita Bredefeldt, *Tidigmoderna företagarstrategier. Järnbrukens ägar- och finansieringsförhållanden under 1600-talet*, Stockholm 1994; Heckscher, *Svenskt och utländskt*, pp. 4–8.

17 Svanberg/Tydén, *Tusen år*, p. 94; see also G.A. Granström, *Ur Sala gruvas historia intill 1600-talets mitt. Västerås 1940/42*, pp. 248–250, 459–471; Bertil Broomé, *Nasafjäll. Ett norrländskt silververks historia*, Stockholm 1923, pp. 76f., 105.

cians. In 1652, the next change took place, introducing at the court Italian musicians including castrati singers, and also Danes who represented new musical tastes and trends. One might also add that there were surely some capable immigrant artists who for some reason or another remained unknown. Such a person was the Flemish Laurens van de Plaes, named a court painter by Gustavus Adolphus II. He painted a series of portraits of the members of the family. They all were destroyed during the 1697 fire of the Royal Palace in Stockholm, however.¹⁸

Swedish seventeenth-century texts are usually filled with Latin quotations, and also with loan words from German and French – not unlike our frequent present mixture with American-English, so-called ›Svengelska«. Also, the bookshops were owned by foreigners, and books in Swedish were relatively few, not more than a fourth of the Swedish book production. It was natural under these circumstances that during this period of political greatness (›Stormaktstiden«), at least some signs of linguistic nationalism did appear. One main figure was the poet Georg Stiernhielm who wrote a declaration to that effect in 1643, but there were also others including a treatise called »Complaint of the Swedish Tongue«, published by an anonymous author in 1658. Swedish intellectuals were now proud of their Gothic forefathers, surrounded by heroic myths. From the 1640s to the 1670s, the percentage of poetry printed in Swedish during that era is said to have risen from 11 to 54 percent.¹⁹

It is not so easy to generalize about the vast subject of immigration in seventeenth-century Sweden, especially because the demographic framework is so weak. In any case, it is important to keep internal and external migration apart. Baltic-German nobles and the peasants from Savolax were socially most different, but had in common from the outset that they were already subjects of the Swedish king. Or let us look at the mobility of university students, even though it only occasionally led to lasting migration. From 1599 to

18 Svanberg/Tydén, *Tusen år*, pp. 118–129; Lars Nilehn, *Brain-gain under stormaktstiden. Professurerna i Uppsala*, in: *Historisk tidskrift*, 1981, no. 2, pp. 157–169; Bengt Cnattingius, *Ett porträtt av Laurens van der Plaes*, in: *Tidskrift för konstvetenskap*, 1934, no. 3/4, pp. 65–74; Karl-Erik Steneberg, *Vasarenässansens porträttkonst*, Stockholm 1935, p. 49f. I am obliged to my friend Magnus Lundberg in Lund for having brought his forefather Der Plaes to my attention. Gunno Klingfors, *Att Uprätta een vällbeställt Music. Om de tyska, franska och italienska ensemblerna vid det svenska hovet 1620–1654*, in: *Sven Åke Nilsson/Margareta Ramsay (eds.), 1600-talets ansikte*, Lund 1997, pp. 65–103; see also Erik Kjellberg, *Lärdomen och praktiken. Den långa vägen till och från musiken i stormaktstidens Sverige*, in: *ibid.*, pp. 407–423.

19 Svanberg/Tydén, *Tusen år*, p. 124, *passim*; Stina Hansson, *Svenskans nytta, Sveriges ära. Litteratur och kulturpolitik under 1600-talet*, Kungälv 1984, p. 98, *passim*; Gerhard Hafström, *Men må ej främmande språk brukas*, in: *Skrifter utgivna av Institutet för rätthistorisk forskning*, Ser. II, Bd. 4, Lund 1974, pp. 192–205.

1720, a total of 103 young persons from Estonia and Livonia studied at Uppsala, while many more Swedes, a total of 611, chose to study, instead, at the university established in 1632 at Dorpat/Tartu, until the Russian invasion in 1710 when the Livonian school was transferred to Pernau/Pärnu.²⁰

Not everything was harmonious between native Swedes and non-Swedes, born as the king's subjects or not. At the government level, the old aristocracy was afraid to entrust any foreigners with ›secretissima‹ or give them top positions in the bureaucracy. In the so-called ›Additament‹ of 1660, an amendment of the 1634 Form of Government, it was clearly stated that the Royal Council should be recruited from native Swedish »knights and squires« only. Some years previously, Queen Christina had shocked the Council by naming one German and one Austrian member to this exalted body. Also, Swedish-born military officers at times criticized foreign-born superiors, making clear that they preferred to be commanded by »a native-born, honest Swede and a brave soldier«. Cases of direct conflict appear to be relatively few, however, and no systematic closure against foreigners of Lutheran faith can be discerned in seventeenth-century Swedish society. The Crown needed immigrants on various levels and used them accordingly, in line with the current mercantilist ideas. Ethnic consciousness was little developed.²¹ It was only where immigrants were numerous and lived together in a particular area that endogamous marriage patterns could possibly develop. So it was among the Finnish colonists in the forests of western Sweden or among the Walloons at the iron works of Uppland to the north of Stockholm, or among immigrants in that very city or in Gothenburg. Otherwise, both individuals and smaller groups allowed themselves to be assimilated very quickly.

I allow myself to add, finally, some words about the long wars of Charles XII from 1700 onwards, because of the various severe tests to which they put Swedes and their non-Swedish comrades of arms. After the Poltava battle and the ensuing surrender of the Swedish army in 1709, many of the latter joined Swedes for some twelve years of Siberian captivity. Such a man was the Genovese lieutenant Giovanni Battista Pinello, in Swedish service since 1703. In 1715, he was able to escape to Sweden via Archangelsk. He be-

20 Jan Sundin, *Främmande studenter vid Uppsala universitet före Andra världskriget. En studie i studentmigration*, Uppsala 1973, pp. 33, passim; A. Loit, *Kulturkontakter mellan Södermanland och Baltikum under 1600-talet*, in: *Kyrka och krona i sörmälandskt 1600-tal*, pp. 143–152.

21 I have taken up one case when the nationality argument was used by the Royal Council to prevent a distinguished German to get an important commission; Paul Strassburg, *ein Diplomat aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges*, in: *Südostforschungen*, 15. 1956, p. 351; see also Emil Hildebrand (ed.), *Sveriges regeringsformer 1634–1809 samt konungaförsäkringar 1611–1800*, Stockholm 1891, p. 53.

came a Swedish noble and lieutenant colonel, married, and lived to be 90 years old. Another case was that of Georg David Zeugerlein from Lüneburg, taken prisoner by the Swedes at Narva in 1700, who later entered Swedish service. Ennobled, he became a military commander in Gothenburg, married a Swedish lady, and acquired a manor in the countryside of Västergötland.

On the other hand, some 60 Oriental creditors who in 1715 followed Charles XII from present-day Bulgaria to Skåne, and who settled down in the Bleking province waiting for their pay, did not become immigrants, like, for example, the Mörners a hundred years earlier. Remarkably, these tenacious Jews, Turks, Armenians and Greeks, between 1719 and 1724 did finally receive more or less what they demanded and then returned to their faraway homes. A similar story is that of Countess Anna Woynarowska, married to a nephew of the Ukrainian Hetman, Mazepa, who had lent great sums of money to the Swedes. For some years, she was given a manor on an island in Lake of Mälaren, Tynnelsö, as a pledge. In 1731, however, she declared herself satisfied with 400,000 Thalers in silver received and left both manor and country. Also, practically all of the Russian, Saxonian and other prisoners of war, who had been kept on the island of Visingsö in the Vättern Lake and elsewhere, returned home after 1721, just as happy as their Swedish brethren returning from Siberia.²²

22 Adam Lewenhaupt, Karl XII's officerare. Biografiska anteckningar, II, Stockholm 1921, p. 510 (Pinello), 789 (Zeugerlein); Theodor Westrin, Anteckningar om Karl XII's orientaliska kreditorer, in: Historisk tidskrift, 20. 1900, pp. 1–56; Gunnar Rydelius, Tynnelsö biskopshus, kungsgård och herresäte, Hainge 1996, pp. 131–136; Svanberg/Tydén, Tusen år, p. 157.

Walter D. Kamphoefner

Deutsch-Amerikaner: Musterknaben der Einwanderung?

Einer der merkwürdigsten Vorfälle, der mir in meiner Forschung begegnet ist, war ein Protestschreiben vom Mai 1917, unterschrieben von einigen führenden Bürgern der Stadt Indianapolis, unter ihnen der Schriftsteller Booth Tarkington. Sie beschwerten sich darüber, daß in den zweisprachigen Schulen der Stadt die amerikanische Nationalhymne in deutscher Übersetzung gesungen wurde.¹ Je nach Auffassung könnte dies entweder als unerhörtes Beispiel dafür dienen, wie weit die dreisten Deutsch-Amerikaner gingen bei der Aufrechterhaltung ihrer Kultur im Einwanderungsland, oder aber als beruhigendes Zeichen dafür, daß Patriotismus und politische Loyalität völlig unabhängig von Muttersprache sind. Wie immer man diesen Vorfall betrachtet, er zeigt doch, daß das verbreitete Bild der rapiden und vollkommenen Assimilierung der Deutsch-Amerikaner zumindest stark vereinfacht, wenn nicht völlig falsch ist.

Die Einwanderungsliteratur ist von diesem Bild der vollkommenen Assimilierung stark geprägt. »The Germans in the 1970s were among the least visible of American ethnic groups«, urteilte Kathleen Conzen.² »If the cultural disappearance of German Americans has been often overstated« bestätigte Roger Daniels, »German Americans, as an effective ethnic group in contemporary America, just do not exist.«³

Kommentatoren aus der Zeit der Hochphase der Einwanderung zeichneten ein ganz anderes Bild. Bereits während der Kolonialzeit beklagte sich Benjamin Franklin über die »Palatinate Boors«, die drohten, zu »Germanize us instead of our Anglifying them, and will never adopt our Language or

-
- 1 Frances Ellis, German Instruction in the Public Schools of Indianapolis, 1869–1919, in: Indiana Magazine of History, 50. 1954, S. 119–138, 251–276, 357–380, hier S. 372. Übersetzte Fassung der Nationalhymne in Willi Paul Adams, The German-Americans: An Ethnic Experience, Indianapolis 1993, S. 41. Diese Version erschien 1890 in einem Liederbuch für Jugend, hg. v.d. Evangelisch-Lutherischen Synode von Ohio.
 - 2 Kathleen Neils Conzen, Germans, in: Harvard Encyclopedia of American Ethnic Groups, Cambridge, Mass. 1980, S. 408.
 - 3 Roger Daniels, Coming to America: A History of Immigration and Ethnicity in American Life, New York 1990, S. 164.

Customs.«⁴ Solche Ängste legten sich, als die Einwanderung nach der Amerikanischen und der Französischen Revolution fast eine Generation lang nachließ. Der Gebrauch der deutschen Sprache nahm ab, außer dort, wo sie in separatistischen religiösen Gemeinden aufrechterhalten wurde, beispielsweise unter den Mennoniten und Amish. Es ist nicht verwunderlich, daß die Ressentiments wieder aufflammten, als die Masseneinwanderung in den 1840er und 1850er Jahren erneut einsetzte. So beklagte sich 1857 der ›Buffalo Commercial Advertiser‹ im Staat New York, die vier überwiegend deutschen Bezirke an der Ostseite der Stadt seien »as little American as the duchy of Hesse Cassel; their population speaks a foreign language, reads foreign newspapers, isolates itself from the American element, [...] and claims the right to subject the sons of the soil to the despotism of the brute force of numbers.«⁵ Solche Klagen waren nicht einfach aus der Luft gegriffen. Einwanderer stellten fast 80% der Wahlberechtigten in diesen Stadtteilen und die Mehrheit der Wählerschaft in ganz Buffalo. Und Buffalo war kein Einzelfall; derartige ethnische Enklaven, die ähnliche Klagen hervorriefen, gab es zum Beispiel auch in Cincinnati »Over the Rhine«, auf Milwaukees Nordwestseite oder im südlichen St. Louis.

Im Laufe der Zeit jedoch stieg das Ansehen der Deutschen, besonders im Vergleich zu der ›New Immigration‹ aus Süd- und Osteuropa. Als der ›Philadelphia Enquirer‹ die Rekorderwandererzahl des Jahres 1891 kommentierte, waren wahrscheinlich Deutsche gemeint mit der Frage: »What kind of people are these new citizens? Some are honest men seeking a home. They will go West, take up land.« Die Zeitung stellte sie dar als Gegenstück zu den städtischen »hoards of Huns and Poles« und zum »scum of Italy and Sicily.« Jedoch war auch in dieser Zeit ab und zu eine tolerante Stimme zu hören, beispielsweise Isaac Hourwich, der argumentierte, daß »every complaint against the immigrants from Eastern and Southern Europe is but an echo of the complaints which were made in an earlier day against the then new immigration from Ireland, Germany, and even from England.«⁶

Die Vorliebe von Wissenschaft und Öffentlichkeit für die ländliche Siedlungswanderung basierte, was die Assimilation angeht, ohnehin eher auf Vorurteilen als auf objektiven Kriterien. Aber paradoxerweise ist das von ländlichen Idyllen geprägte Bild der Deutsch-Amerikaner sowieso weitgehend unzutreffend. Obwohl die meisten deutschen Einwanderer aus der

4 Franklin's Observations Concerning the Increase of Mankind, 1751, in: Leonard W. Labaree (Hg.), *The Papers of Benjamin Franklin*, Bd. 4, New Haven 1961, S. 234; für ähnliche Äußerungen Franklins s. ebd., S. 120f., 477–486, Bd. 5, S. 158–160.

5 Ausgabe vom 12. Juli 1857, zit. nach Andrew Yox, *Decline of the German-American Community in Buffalo 1855–1925*, Diss. University of Chicago 1983, S. 63.

6 Isaac A. Hourwich, *Immigration and Labor: The Economic Aspects of European Immigration to the United States*, New York 1912, S. 67.

ländlichen Gesellschaft stammten, waren Deutsch-Amerikaner das ganze 19. Jahrhundert hindurch viel stärker urbanisiert als ihre Landsleute zu Hause und als die Bewohner der USA insgesamt. Im neugegründeten Deutschen Reich von 1871 lebten lediglich 12,6% der Bevölkerung in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern. Dagegen wohnten 1870 und 1880 über 39% aller Deutsch-Amerikaner in den 50 größten US-Städten mit Einwohnerzahlen über 25.000 bzw. 35.000. Der Anteil deutscher Einwanderer in Städten mit über 25.000 Einwohnern war sogar größer als der Anteil derjenigen, die im Herkunftsland in Städten mit mehr als 2.000 Einwohnern lebten. Also war für viele deutsche Einwanderer das Stadtleben in Amerika neu, für ungelehrte Arbeiter ebenso wie für ausgebildete Handwerker, die oft das Bild der Städte prägten.⁷

Die Urbanisierungsrate der deutschen Einwanderer ist um so beeindruckender, vergleicht man sie mit derjenigen der amerikanischen Bevölkerung insgesamt. Während der gesamten zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wohnten zwischen 20% und 30% aller Deutsch-Amerikaner allein in acht großen Metropolen, die nur 7% bis 9% der gesamten US-Bevölkerung aufnahmen. Relativ gesehen, erreichten Deutsche 1850 fast das Vierfache ihres ›Solls‹ in diesen Metropolen. Ein ähnliches Bild ergibt sich im Blick auf kleinere Städte: Zwischen 1870 und 1890 war der Anteil der Deutschen in den 50 größten amerikanischen Städten fast zweieinhalbmal so hoch wie in der amerikanischen Bevölkerung insgesamt. Obwohl die *absolute* Zahl der Deutschen in amerikanischen Städten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt weiter anstieg, war ihre Urbanisierungsrate 1850 am höchsten und nahm danach bis 1890 beständig ab. Somit schwammen die deutschen Einwanderer gegen den allgemeinen Strom der amerikanischen Urbanisierung. Dies deutet darauf hin, daß viele nur widerwillig in die Stadt gezogen waren und auf das Land weiterwanderten, sobald sie genug Geld zusammengespart hatten, um eine Farm zu kaufen.

Trotzdem waren Deutsch-Amerikaner im 19. Jahrhundert stärker urbanisiert und schwächer in der ländlichen Bevölkerung vertreten als die meisten anderen Gruppen der ›Old Immigration‹ aus Nord- und Westeuropa, darunter selbst jene, die später kamen und für die der Landerwerb sich eigentlich als schwieriger erwies. Die Iren und Briten waren unter den alten Einwanderergruppen die einzigen, die einen höheren Urbanisierungsgrad aufwiesen als Deutsche. Die Niederländer, Schweizer, Norweger, Dänen und selbst die Tschechen waren in der ländlichen Bevölkerung bis 1920 sogar überrepräsentiert, während Deutsche und im geringeren Maße auch Schweden stets unterrepräsentiert blieben.⁸

7 Walter D. Kamphoefner, Untersuchung zum wirtschaftlichen und kulturellen Hintergrund der deutschamerikanischen Urbanisierung im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1992, H. 2, S. 129–143, hier bes. S. 130f.

8 Edward P. Hutchinson, Immigrants and Their Children, 1850–1950, New York 1956.

Deutsch-Amerikaner waren trotzdem recht sichtbar unter den Farmern, weil sie die größte Einwanderergruppe in der Landwirtschaft darstellten. Das gilt auch für die amerikanischen Städte: Während der gesamten zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts blieben Deutsche auch hier die führende Einwanderernationalität. Da die englischsprachigen Iren an zweiter Stelle lagen, bildeten Deutsche bei weitem die stärkste fremdsprachige Gruppe. Noch 1920, ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der deutschen Masseneinwanderung, zeigten sich lediglich Italiener zahlreicher in Amerikas Stadtbevölkerung vertreten als Deutsche. Die einzige annähernd ebenso große Nationalitätengruppe waren die Russen, unter ihnen vorwiegend russische Juden, obwohl die amerikanische Volkszählung die Religionszugehörigkeit nicht erfaßte. Deutsche wichen allerdings in ihrer regionalen Verteilung von anderen Einwanderergruppen ab. Wenige siedelten in den Städten Neuenglands, wo die Iren sehr stark vertreten waren. Im mittleren Bereich der Ostküste, zwischen New York und Baltimore, lagen Deutsche knapp hinter den Iren, aber in fast jeder Stadt westlich der Appalachen bildeten Deutsche die größte Einwanderernationalität und die bei weitem größte fremdsprachige Gruppe. Das galt nicht nur in solchen führenden und bekannten deutschen Zentren wie Milwaukee, Cincinnati oder St. Louis, sondern auch in Chicago, Detroit, Indianapolis sowie in Cleveland, Columbus, Dayton oder Toledo in Ohio.⁹

Ungeachtet dessen blieb das am weitesten verbreitete Bild des deutschen Einwanderers das eines Farmers, obendrein sogar das eines musterhaften Farmers. Wie Conzen feststellt: »The stereotypical 19th century German farmer was regarded by contemporaries as stable, hard-working, dependable, and thrifty – some even said penurious.«¹⁰ Andere schrieben Deutschen weitere Tugenden zu. Angeblich suchten sie besseres Land aus und erzielten höhere Produktivität als ihre anglo-amerikanischen Nachbarn. Empirische Untersuchungen von Texas bis Minnesota fanden jedoch kaum Belege für diese angebliche Überlegenheit oder überhaupt kaum Eigenarten der deutsch-amerikanischen Landwirtschaft. Es wurden dieselben Früchte angebaut wie bei den anglo-amerikanischen Nachbarn und keine höheren Erträge erzielt. Auch war die Bodenqualität der deutsch-amerikanischen Farmen nicht überdurchschnittlich gut. Ein auffällender Aspekt jedoch war ihr hoher Landbesitz: Bereits 1850 war der Anteil der Landbesitzer unter den deutschen Einwanderern höher als unter den Anglo-Amerikanern, sowohl in Texas als auch in Missouri.¹¹

9 David Ward, *Cities and Immigrants: A Geography of Change in Nineteenth Century America*, New York 1971.

10 Conzen, *Germans*, S. 415.

11 Kathleen Neils Conzen, *Peasant Pioneers: Generational Succession Among German Farmers in Frontier Minnesota*, in: Steven Hahn/Jonathan Prude (Hg.), *The Country-side in the Age of Capitalist Transformation*, Chapel Hill, N.C. 1985, S. 259–292;

Hatten Deutsch-Amerikaner einmal in der Landwirtschaft Fuß gefaßt, hielten sie zumeist ihre Stellung und bauten sie aus. Waren sie das gesamte 19. Jahrhundert hindurch in der Landwirtschaft unterrepräsentiert, so zeigte der Zensus von 1950, daß Deutsche der Zweiten Generation um 50% über ihrem ›Soll‹ unter Farmbesitzern lagen im Vergleich zu ihrem Anteil an der gesamten Erwerbsbevölkerung. Während die ländliche Bevölkerung insgesamt weiterhin schrumpfte, hielten die Deutschen ihre Stellung besser als andere. Der Zensus von 1980 erfaßte erstmals auch die Abstammung, egal wie viele Generationen sie zurücklag. Dabei zeigte sich, daß Deutschstämmige zu einem höheren Prozentsatz Farmer waren als alle anderen Gruppen bis auf Norweger. Und in absoluten Zahlen waren Deutsche die allergrößte Gruppe unter den Farmern. Von 5,6 Mio. Farmbewohnern stammte über eine Million ausschließlich und eine weitere Million teilweise von deutschen Einwanderern ab. Demnach hatte 1980 weit über ein Drittel der ländlichen Bevölkerung der USA zumindest teilweise deutsche Vorfahren.¹²

Dieser Ausbau der deutschen Stellung in der Landwirtschaft, besonders im 19. Jahrhundert, war nicht einfach eine Folge überlegener Anbaumethoden. Vielmehr reflektierten sich darin ganz eigene kulturelle Wertvorstellungen. Ein Aspekt des Bildes und Selbstbildes der Deutschen, der sich tatsächlich als korrekte Wahrnehmung erwiesen hat, ist ihre größere Seßhaftigkeit im Vergleich zu den ›ruhelosen‹ Anglo-Amerikanern. Die Hartnäckigkeit, mit der sie an ihrem Landbesitz festhielten, war das Überbleibsel einer bäuerlichen Mentalität, eine Erinnerung an den Bevölkerungsdruck in Europa und eine Tendenz, Landbesitz mit Sicherheit gleichzusetzen. Sie stand in scharfem Kontrast zu der Ansicht amerikanischer Pioniere, daß Land eine unbegrenzte Ressource sei. Allerdings resultierten einige der deutschen Gewinne aus Lebens- und Arbeitsbedingungen, die die meisten Anglo-Amerikaner für unzumutbar hielten. Landerwerb ging oft zu Lasten des Schulbesuchs der Kinder; nicht nur Söhne, sondern auch Töchter und Ehefrauen wurden zur Arbeit auf den Feldern und in der Milchwirtschaft herangezogen. Zogen Einwanderer oft über die »faulen Amerikanerinnen«¹³ her, so blickten Yankees oft mißbilligend und mitleidig auf das Schicksal deutsch-amerikanischer Frauen, wie beispielsweise 1893 Hamlin Garland, ein Schriftsteller des Mittelwestens, in seiner Beschreibung einer Tochter wohlhabender, aber traditioneller Einwanderer: »She had a little schooling [...] but her

Terry Jordan, *German Seed in Texas Soil: Immigrant Farmers in Nineteenth Century Texas*, Austin 1966; Walter D. Kamphoefner, *The Westfalians: From Germany to Missouri*, Princeton 1987.

12 Kamphoefner, *Westfalians*, S. 173.

13 Für ein paar Beispiele unter vielen s. Wolfgang Helbich/Walter D. Kamphoefner/Ulrike Sommer (Hg.), *Briefe aus Amerika. Deutsche Auswanderer schreiben aus der Neuen Welt, 1830–1930*, München 1988, S. 71f., 213, 292, 561.

life had been one of hard work and mighty little play. Her parents [...] could speak English only very brokenly. [...] Her life was lonely and hard. [...] She knew that the Yankee girls did not work in the fields – even the Norwegian girls seldom did so now, they worked out in town – but she had been brought up to hoe and pull weeds from her childhood, and her father and mother considered it good for her.«¹⁴

Deutsch-Amerikaner waren eine besonders uneinheitliche Gruppe. Das hatte seinen Grund unter anderem in der politischen Zersplitterung Deutschlands, die erst 1871 überwunden wurde, und auch danach wanderten viele Deutschsprachige von außerhalb der Reichsgrenzen nach Amerika aus. Auch Religion war ein trennender Faktor. Katholiken bildeten die größte Einzelkonfession; zahlreicher aber waren die verschiedenen, miteinander konkurrierenden protestantischen Gruppen. Das Bild wurde noch unübersichtlicher durch die beträchtliche Zahl von Antiklerikern sowie durch das kleine, aber wichtige Kontingent deutscher Juden, die teilweise in die deutsche Community eingegliedert waren, teilweise aber auch getrennt davon lebten. Deshalb waren Sprache und Freizeitkultur zwei der wenigen Elemente, die allen Deutschen auch in den USA gemeinsam blieben.

In der Stadt wie auf dem Land und ungeachtet der religiösen Überzeugungen, stießen sich deutsche Einwanderer vor allem mit ihren Ansichten über Freizeit und Alkohol an der dominierenden anglo-amerikanischen Kultur. Typisch ist in dieser Hinsicht ein Artikel des ›Atlantic Monthly‹ von 1873 mit einer Klage über deutsche Einwanderer: »Wherever they have settled in any numbers, they hold [...] the balance of power, and it would be almost impossible to pass a Maine Liquor Law, or a Sunday Law, or if passed, to enforce it. The principle that Christianity is part of the common law is fast disappearing wherever they settle.«¹⁵ Wenn solche Konflikte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weitgehend verschwanden, lag das weniger daran, daß Deutsch-Amerikaner sich anpaßten, als daß sich die herrschende amerikanische Gesellschaft den Ansichten der Deutschen und anderer Einwanderer anglich. Aber es gab viele erbitterte Kämpfe, mitunter im wahrsten Sinne des Wortes, auf dem Weg dorthin. Beispielsweise führte der Versuch, 1855 in Chicago die Schanklizenzgebühren von \$50 auf \$300 jährlich zu erhöhen, zu einem dreitägigen ›Lagerbierkrieg‹, in dem deutsche Kneipenwirte und ihre Kunden gegen den einwandererfeindlichen Bürgermeister zu Felde zogen. Eine Artillerie- und drei Infanterie-Kompanien wurden herbeigerufen, um das Rathaus zu verteidigen. Ein Deutscher wurde getötet, ein Polizist schwer verletzt, bevor die Ordnung wiederhergestellt werden konnte.

14 Hamlin Garland, *The Creamery Man*, in: ders., *Main Traveled Roads*, New York [1893] 1956, S. 141–158.

15 Zit. nach Wolfgang Helbich, »Alle Menschen sind dort gleich...«: Die deutsche Amerika-Auswanderung im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1988, S. 133.

te. Die Lizenzen aber wurden wieder auf \$100 herabgesetzt. Eine Auseinandersetzung mit einwandererfeindlichen Kreisen über das Verbot der sonntäglichen Theatervorstellungen und anderer Veranstaltungen stand 1854 im Hintergrund eines anti-deutschen Aufstands, der in St. Louis acht Todesopfer forderte. In demselben Jahr war auch Baltimore Schauplatz ähnlicher Unruhen; aber das schlimmste Beispiel einwandererfeindlicher Gewalt war der ›blutige Montag‹ im August 1855 in Louisville, Kentucky – ein Aufstand am Wahltag, der 22 Todesopfer forderte. Noch 1872 erinnerte der ›Louisville Katholische Glaubensbote‹ seine Leser daran, welche Politiker die Deutschen geschützt und welche auf seiten der einwandererfeindlichen Kreise gestanden hatten.¹⁶

Nach 1865 wurden solche Kämpfe nicht mehr auf den Straßen, sondern vermehrt in der politischen Arena ausgetragen – auch hier schlugen sich die Deutschen erfolgreich. Sowohl in Iowa als auch in Wisconsin gab es die ersten republikanischen Niederlagen nach dem Bürgerkrieg, als ihre deutsche Anhängerschaft wegen der Anti-Alkoholgesetze schwand. Ebenfalls erscheint es zweifelhaft, daß eine nationale Alkoholprohibition sich je durchgesetzt hätte, wenn sie nicht so gut in die durch den Ersten Weltkrieg ausgelöste antideutsche Hysterie gepaßt hätte.

Wackere Verteidiger der ›persönlichen Freiheit‹ (des Alkoholkonsums) fanden sich vor allem innerhalb des riesigen Netzes deutsch-amerikanischer Zeitschriften. Sie waren zugleich auffälligster Ausdruck kultureller Bewahrung. Obwohl die Wurzeln der deutsch-amerikanischen Presse bis weit in das 18. Jahrhundert zurückreichen, lag ihre Blütezeit zwischen 1848 und 1917 – beides Jahre, die mit größeren historischen Ereignissen in Zusammenhang stehen. Die hochgebildeten und idealistischen politischen Flüchtlinge von 1848 bildeten lediglich eine kleine Minderheit innerhalb der Massen der wirtschaftlich motivierten Einwanderer, aber ihr Einfluß stand in keinem Verhältnis zu ihren Zahlen. Sie gaben der deutschen Presse in den USA enormen Aufschwung, zu einer Zeit, als die Deutschen die Iren überflügelten und zur größten Einwanderergruppe wurden. Bereits 1860 gab es in mindestens 16 Städten der USA deutsche Tageszeitungen, und in den größten Städten oft zwei oder mehr konkurrierende Blätter. Von den Deutschen in Brooklyn abgesehen, die von New York aus gut versorgt wurden, waren die 9.000 Deutschen in Cleveland die größte städtische Gruppe ohne eigene Tageszeitung.

Der Einwanderer wurde erstaunlich gut informiert, selbst im Vergleich zu den Daheimgebliebenen. Mit vier deutschen Tageszeitungen stand New York besser da als die Hauptstadt Berlin oder das Verlagszentrum Leipzig. 1872 hob die ›New Yorker Staatszeitung‹ hervor, mit einer Auflage von 55.000 Exemplaren die größte deutsche Zeitung der Welt zu sein. Die Jahr-

16 Helbich/Kamphoefner/Sommer (Hg.), Briefe aus Amerika, S. 22f.

hundertfeier der amerikanischen Unabhängigkeit 1876 wurde von 74 deutschsprachigen Tageszeitungen gefeiert, die für jeden fünften Deutsch-Amerikaner ein Exemplar druckten. Nimmt man die Wochenzeitungen hinzu, so wurde im Durchschnitt für jeden zweiten deutschen Einwanderer mehr als ein Zeitungsexemplar gedruckt. Von den damaligen 48 Bundesstaaten der USA hatten alle bis auf drei irgendwann in ihrer Geschichte eine deutschsprachige Zeitung.¹⁷

Daß die Deutschen die größte fremdsprachige Gruppe der USA bildeten, war nicht der einzige Vorteil für die deutsch-amerikanische Presse. Die große Mehrheit der Deutschen war im späten 19. Jahrhundert lesefähig. Außerdem hatten sie es zu einem zumindest mäßigen Wohlstand gebracht, der die Abonnements erschwinglich machte. Eine Zahl von 1.000 bis 2.000 deutschen Einwanderer in einem County (vergleichbar einem Landkreis) reichte schon aus, damit sich eine deutsche Wochenzeitung halten konnte. Wie der Iowa-Zensus von 1885 zeigt, war der einzige County in Iowa mit mehr als 2.000 Deutschen, in dem es keine Zeitung gab, der Standort einer Kolonie religiöser Separatisten. Das deutschsprachige ›Ottumwa Journal‹ etwa überlebte von 1871 bis 1912, obwohl es nur 569 Deutsche in diesem County gab.¹⁸

Zu dieser Zeit waren fast vier Fünftel aller fremdsprachigen Zeitschriften der USA deutsch. Als die Zahl der deutschen Zeitschriften 1894 den Spitzenwert von knapp 800 erreichte, darunter 97 Tageszeitungen, stellten sie immer noch zwei Drittel aller fremdsprachigen Presseorgane. Von diesem Zeitpunkt an, als die Einwanderung praktisch aufhörte, ging es mit der deutschsprachigen Presse langsam, aber unaufhaltsam bergab. Selbst in einer vorwiegend deutschen Stadt wie Milwaukee schrumpfte die Gesamtauflage der deutsch-amerikanischen Zeitungen von 92.000 Exemplaren 1884 auf 50.000 Exemplare 1910, und offensichtlicher noch, vom Doppelten der englischsprachigen Gesamtauflage 1884 auf lediglich ein Drittel 1910. Also war es nicht die anti-deutsche Hysterie des Ersten Weltkriegs, die diesen Rückgang auslöste; sie beschleunigte ihn aber doch deutlich. Im Jahr 1912 war die Hälfte aller fremdsprachigen Zeitschriften der USA weiterhin deutsch, mehr als 600 gab es insgesamt. Kriegsbedingte Zensur, Einschüchterungen und Verlust von Werbeeinnahmen reduzierten bis 1920 die Zahl der deutschen Zeitungen auf weniger als 300 – lediglich noch ein Viertel der gesamten fremdsprachigen Presseorgane.¹⁹

17 Carl Wittke, *The German-Language Press in America*, Lexington, Ky. 1957; Karl J.R. Arndt/May Olson, *German-American Newspapers and Periodicals, 1732–1955: History and Bibliography*, New York 1965.

18 Berechnet nach Angaben in Arndt/Olson, *German-American Newspapers*; Frank D. Jackson (Hg.), *Census of Iowa for the Year 1885*, Des Moines 1885.

19 Robert E. Park, *The Immigrant Press and its Control*, New York 1922; Wittke, *German-Language Press*.

Während sich in den USA heute Zeitungen wie beispielsweise der ›Miami Herald‹ auf dem spanischsprachigen Markt ausbreiten, haben zwei bedeutende und zahlreiche weniger bedeutende deutschsprachige Verleger den Übergang zum Englischen vollzogen. Am bekanntesten ist der Einwanderer Joseph Pulitzer, der seine Karriere als Reporter bei der ›Westlichen Post‹ in St. Louis begann. Aber auch das Verlagsimperium Knight-Ridder kann die zweite Hälfte seines Namens auf ein deutsch-katholisches Unternehmen zurückführen, das dadurch Aufsehen erregte, daß es bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs die deutsche Flagge auf seinem New Yorker Hauptquartier hißte.²⁰

Ethnische Presse und deutschsprachige Grundschulen, sowohl kirchliche als auch öffentliche, standen in einer engen Beziehung – die Schulen verschafften z.B. den Zeitungen auch in der Zweiten Generation noch eine starke Leserschaft, zugleich waren die Zeitungen wichtige Mitteilungsorgane für die Schulen. Das katholische Konfessionsschulsystem war das größte und bekannteste. Hier wurde etwa ein Drittel des gesamten Deutschunterrichts an Grundschulen erteilt. Zudem gab es um die Jahrhundertwende auch 100.000 Schüler in den mehr als 2.000 deutsch-lutherischen Konfessionsschulen der Vereinigten Staaten. Viele von ihnen, vielleicht die meisten, waren zweisprachig, allerdings gab es 1888 z.B. in Wisconsin 130 deutsche Konfessionsschulen, die überhaupt kein Englisch unterrichteten. Aber 42% der gut 500.000 Grundschüler, denen 1900 Deutschunterricht erteilt wurde, erhielten ihn in öffentlichen Schulen und auf öffentliche Kosten.²¹

Von Pennsylvania und Ohio ausgehend, schrieben ab 1840 mindestens ein Dutzend Bundesstaaten Fremdsprachenunterricht in öffentlichen Grundschulen vor, wenn eine bestimmte Zahl von Eltern oder Schulratsmitgliedern dies verlangte. Die Praxis war wahrscheinlich noch großzügiger als das Gesetz, besonders in homogenen ländlichen Siedlungen. Der Staat Missouri zum Beispiel sah Fremdsprachenunterricht in Grundschulen gesetzlich gar nicht vor; jedoch beklagte sich der höchste Schulbeamte des Staates in seinem Bericht von 1888: »In a large number of districts [...] the German element [...] greatly preponderates and as a consequence the schools are mainly taught in the German language and sometimes entirely so. Hence, if an American family lives in such a district the children must either be deprived of school privileges or else be taught in the German language. [...] Some of the teachers are scarcely able to speak the English language.« Im stark deutsch geprägten Gasconade County wurde der Unterricht in der Hälfte der öffentlichen Grundschulen zumindest teilweise auf Deutsch gehalten.²²

20 La Vern Rippley, *The German-Americans*, Boston 1976, S. 166.

21 Conzen, *Germans*, S. 420.

22 Heinz Kloss, *The American Bilingual Tradition*, Rowley, Mass. 1977, S. 75–94, 146f.

Auf städtischer Ebene ging die zweisprachige Erziehung noch weiter. In vielen dieser kommunalen Schulsysteme – z.B. in St. Louis, Chicago und New York – wurde die Fremdsprache als Fach lediglich eine Stunde pro Tag unterrichtet. Andere Städte jedoch, wie Indianapolis, Baltimore, Cleveland und Cincinnati, gaben sich erstaunlich viel Mühe, den Einwanderern entgegenzukommen. Sie gründeten komplett zweisprachige Schulen, mit Deutsch nicht nur als Unterrichtsfach, sondern als Unterrichtssprache. Die Schulverwaltung von Indianapolis ging so weit, daß sie eigene Übersetzungen englischer Schulbüchern veröffentlichte, wenn entsprechende deutsche Bücher ungeeignet waren. Um die Jahrhundertwende verursachte die zweisprachige Erziehung der Stadt Cleveland Mehrausgaben von ca. \$100.000 pro Jahr – eine Summe, die dem jährlichen Einkommen von etwa 200 Industriearbeitern entsprach. In den zweisprachigen Schulen Clevelands wurde die Woche gleichmäßig zwischen der englischen und deutschen Sprache aufgeteilt – jeweils elf Stunden. Kinder im zweisprachigen Schulzweig erhielten weniger als fünf Stunden Englischunterricht pro Woche (Lesen, Grammatik, Rechtschreibung), im Vergleich zu beinahe acht Stunden im einsprachigen Schulzweig. Aber offensichtlich blieb dies ohne negative Auswirkungen: Die Highschool-Aufnahmeprüfungen, die ausschließlich auf Englisch abgehalten wurden, bestand ein höherer Prozentsatz der Kinder aus dem zweisprachigen als aus dem rein englischen Zweig. Ein anglo-amerikanischer Schulleiter aus Cincinnati berichtete von ähnlichen Resultaten in seinem Schulsystem.²³

Im Bundesstaat Ohio, der das ausgeprägteste System zweisprachiger Erziehung im frühen 20. Jahrhundert vorweisen konnte, lernten fast 8% aller Grundschüler Deutsch zu einer Zeit, als Deutsche der Ersten und Zweiten Generation weniger als 13% der Bevölkerung des Bundesstaats stellten. Also nahm etwa die Hälfte aller deutschstämmigen Schüler an diesen Programmen teil, die auch einige nichtdeutsche Schüler besuchten. Was waren die Motive dafür, Fremdsprachenunterricht in den Grundschulen anzubieten oder für die Teilnahme an diesem Unterricht? Die Aussagen von Schulbehörden und von anderen Stellen zeigten, daß Arbeitsmarkterwägungen eine gewisse Rolle spielten; eine Untersuchungskommission in Cleveland 1906 jedoch kam zu dem Schluß, daß »the reason for the teaching of German in the primary and grammar grades [...] is not educational, but chiefly national and sentimental.« Auch hier widersprechen die Aussagen der Zeitgenossen dem Bild von der schnellen und eifrigen deutschen Assimilierung.²⁴

23 Linda K. Sommerfeld, *An Historical Descriptive Study of the Circumstances that Led to the Elimination of German from the Cleveland Schools, 1860–1918*, Diss. Kent State University 1986, S. 94–99, 136, 143, 154f.; Carolyn R. Toth, *German-English Bilingual Schools in America: The Cincinnati Tradition in Historical Context*, New York 1990, S. 71–78, 111–113.

24 Leonard Ayres, *The Cleveland School Survey: Summary Vol.*, New York [1917] 1970.

Der gesamte Fremdsprachenunterricht in öffentlichen Grundschulen wurde von der antideutschen Hysterie im Ersten Weltkrieg hinweggefegt, und dieser nativistische Kreuzzug ging weit über die öffentlichen Schulen und die Dauer des Krieges hinaus. Bis Anfang 1919 hatten 15 Bundesstaaten Gesetze erlassen, die Englisch als Unterrichtssprache in allen öffentlichen und privaten Schulen vorschrieben. Damit nicht genug: Sieben Staaten im Westen und Mittelwesten verboten jeglichen Unterricht in irgendeiner anderen Sprache als Englisch in allen Grundschulen. Der Haß des in den frühen 1920er Jahren wiederaufgelebten Ku-Klux-Klan richtete sich nicht nur gegen Schwarze, sondern auch gegen Katholiken, Juden und selbst gegen jene Protestanten, die es wagten, eine Fremdsprache zu sprechen. Im Staat Oregon wurde eine Verfassungsänderung per Volksabstimmung mit Unterstützung des Klans ratifiziert, die prinzipiell jegliche konfessionelle oder private Schule für sämtliche Kinder zwischen dem 8. und dem 16. Lebensjahr untersagte. Deutsche Lutheraner gingen, unterstützt von Katholiken, gerichtlich gegen das Sprachgesetz von Nebraska vor. In Oregon führten Katholiken den Kampf gegen das Schulgesetz mit lutherischer, jüdischer und anderer Unterstützung. In beiden Fällen entschied der Oberste Gerichtshof zugunsten von Religions- und Sprachfreiheit, aber diese Entscheidung kam weitgehend zu spät. Der Deutschunterricht in den meisten kirchlichen Grundschulen war bis 1930 verschwunden.²⁵

Interessant, aber schwer zu beantworten ist die Frage nach den langfristigen Auswirkungen solcher Schulprogramme auf die Bewahrung der Sprachen des Herkunftslandes. Die wenigen bisherigen Ergebnisse legen den paradoxen Schluß nahe, daß die Sprache sich am längsten in den ländlichen Gebieten gehalten hat, obwohl sich die zweisprachigen öffentlichen Programme in den Städten konzentrierten.

Der Zensus von 1940 war der erste, der die Frage nach der Muttersprache auch über die Einwanderergeneration hinaus stellte. Selbst zu dieser Zeit gab es noch mehr als 900.000 Deutschsprachige in der Dritten Generation und darüber hinaus. Sie stellten die größte Gruppe unter den fast drei Millionen alteingesessenen Amerikanern, die mit einer anderen Muttersprache als Englisch aufgewachsen waren. Auch in der Zweiten Generation zögerten Deutsche länger als die meisten anderen ›alten‹ Einwanderergruppen damit, Englisch zu übernehmen, selbst im Vergleich zu denjenigen, die später angekommen waren. Auch für die Zweite Generation machte es schon einen Unterschied, ob die Eltern gerade angekommen oder selbst bereits als Kinder eingewandert waren. Deutsche der Zweiten Generation hatten seltener Eng-

25 Lloyd P. Jorgenson, *The State and the Non-Public Schools, 1825–1925*, Columbia, Mo. 1987, S. 205–215; Frederick C. Luebke, *Legal Restrictions on Foreign Languages in the Great Plains States, 1917–23*, in: ders., *Germans in the New World: Essays in the History of Immigration*, DeKalb, Ill. 1990, S. 31–50.

lich als Muttersprache als Dänen, Franzosen, Schweizer, Niederländer und Schweden, sie lagen nur knapp vor den Rumänen und Norwegern. Auch hier steht die Wirklichkeit des deutschen Einwandererlebens in Kontrast zu seinem Bild in der Öffentlichkeit.

Überraschend ist auch der unterschiedliche Grad des Spracherhalts in ländlichen und städtischen Umgebungen. Traditionell hatten sowohl Wissenschaftler als auch die amerikanische Öffentlichkeit allgemein schon immer eine starke Voreingenommenheit für das Landleben. Der Historiker Frederick Jackson Turner war der Ansicht, daß sich der Amerikanisierungsprozeß am schnellsten in der Pioniergesellschaft an der ›Frontier‹ vollzog. Kritiker der sog. ›New Immigration‹ aus Süd- und Osteuropa um die Jahrhundertwende bevorzugten ländliche Siedler und waren sehr zurückhaltend gegenüber Bewohnern städtischer Einwandererviertel. Die Ergebnisse des Zensus von 1940 über deutsche Einwandererkinder zeigen genau das Gegenteil: Englischer Spracherwerb erfolgte am schnellsten in den Großstädten und kam unter der Farmerbevölkerung am langsamsten voran. Insgesamt wuchsen 71% aller in Amerika geborenen Kinder mit zwei deutschen Elternteilen als deutsche Muttersprachler auf. In den Stadtkernen der größeren Metropolen lag der Anteil bei nur 63%, in Vororten und kleineren Städten blieb sie mit 68% ebenfalls unter dem Durchschnitt. In ländlichen Gebieten aber wuchsen über 84% der Farmbewohner und 78% der übrigen ländlichen Bevölkerung in der Zweiten Generation deutschsprachig auf. Und dies galt trotz der Tatsache, daß Städte mehr Neuankömmlinge anzogen; die längere Verweildauer hätte sich eigentlich zugunsten des Spracherwerbs der ländlichen Bevölkerung auswirken müssen.²⁶

Die Region, in der sich die deutsche Sprache am hartnäckigsten hielt, waren die Farmgebiete des oberen Mittelwestens. In Nebraska war der Anteil in der Zweiten Generation, die mit Deutsch statt Englisch aufwuchsen, mit 88% am höchsten. In den Nachbarstaaten Iowa, Wisconsin, Minnesota, North Dakota und Montana lag der Anteil ebenfalls über 80%. Das galt auch für Texas, einem weiteren stark ländlich geprägten Bundesstaat. Indiana, Missouri, Kansas, South Dakota, Oregon und Maryland waren die einzigen weiteren Staaten mit nennenswerter deutscher Bevölkerung, die auch über dem nationalen Durchschnitt von 71% lagen. Die großen städtischen Bevölkerungen in den führenden Einwandererzentren in Illinois, Michigan und Ohio führten dazu, daß diese Staaten unter dem Durchschnitt blieben.

Es gibt verschiedene Faktoren, die diesen hohen Grad an Spracherhaltung in ländlichen Gebieten teilweise erklären. Zunächst einmal waren ländliche Siedlungen wirkliche Gemeinschaften, oft durch Kettenwanderung ent-

26 Walter D. Kamphoefner, German American Bilingualism: *cui malo?* Mother Tongue and Socioeconomic Status Among the Second Generation in 1940, in: International Migration Review, 28. 1994, S. 846–864.

standen und mit hohem Anteil von Menschen aus demselben Dorf oder derselben Region in Europa. Freilich gab es auch in städtischen Nachbarschaften einen gewissen Zusammenhalt, der mit dem Herkunftsort zusammenhing, aber selten konnte eine Gruppe eine Nachbarschaft so dominieren, wie es oft in ländlichen Gebieten der Fall war. Familienwanderer siedelten eher auf dem Land, während die jungen ledigen Erwachsenen meist die Städte bevorzugten. Somit waren die Bindungen, die die kulturelle Identität untermauern, unter ländlichen Einwanderern viel emotionaler und intensiver als in den Städten. Nicht ein abstrakter Begriff von Nationalität, sondern vielmehr Bindungen aufgrund Gemeinsamkeiten in Wanderungserfahrungen, lokaler Herkunft und Dialekt bestimmten diese Loyalität. Eine städtische Umgebung löste solche ›Provinzialität‹ viel schneller auf, wobei der deutsch-amerikanische ›Schmelztiegel‹ den Weg für den amerikanischen vorbereitete.²⁷

Ironischerweise konnte die zweisprachige Erziehung in den Städten dieser Entwicklung kaum entgegenwirken. Die Ängste vor den großstädtischen zusammengeballten ›Massen‹, die den Bericht der Einwandererkommission von 1911 durchdrangen und den Hintergrund für die diskriminierenden Quotengesetze der 1920er Jahre bildeten, gingen in eine ganz falsche Richtung. In den Großstädten war es praktisch unmöglich, die Jugend vor der amerikanischen Alltagskultur zu ›schützen‹. Daher hielten sich in den ländlichen Enklaven und nicht in den städtischen Einwanderervierteln Fremdsprachen am längsten.

Entscheidungssträger der Gegenwart können sich mit einem anderen Ergebnis des Zensus von 1940 trösten: Kinder deutscher Einwanderer, die mit der deutschen Muttersprache aufwuchsen, litten keine großen wirtschaftlichen Nachteile gegenüber denjenigen, die mit der englischen Muttersprache aufgewachsen waren. Wie günstig ihr Berufsprofil im Vergleich zu den englischsprachigen erscheint, hängt weitgehend davon ab, wie hoch man den Beruf ›Farmer‹ einschätzt. Aber angesichts der Beständigkeit der deutsch-amerikanischen Farmer bis zur Gegenwart können sie unter der Agrarbevölkerung nicht sehr stark marginalisiert gewesen sein. In anderen Wirtschaftssektoren tendierten die Deutschsprachigen zu einer Konzentration in den traditionelleren Berufen. Aber sie waren tatsächlich zu einem höheren Grad Hausbesitzer und Selbständige als Englischsprachige der Zweiten Generation. Unter den Lohnabhängigen verdienten die Deutschsprachigen nur etwa 10% weniger als die Englischsprachigen und lagen in einigen Berufszweigen sogar vor ihnen. Analog dazu gab es einen Abstand von nur 8% zwischen dem Kauf- oder Mietwert der Wohnhäuser beider Gruppen. Unter den Farmern lagen die Deutschsprachigen zahlenmäßig sogar vorn. Alles in

27 Ders., *The German Agricultural Frontier: Crucible or Cocoon?*, in: *Ethnic Forum*, 4. 1984, S. 21–35.

allem kann man schließen, daß die angeblichen Gefahren der Zweisprachigkeit oft überschätzt werden.²⁸

Angesichts all dieser Beispiele von sprachlicher und kultureller Bewahrung seitens der Deutsch-Amerikaner stellt sich die Frage, wie sich ihr Bild als ›rasch und stark amerikanisiert‹ erklären läßt. Ein Teil der Erklärung liegt in der angelsächsischen Rassenideologie der Jahrhundertwende begründet, die dazu führte, daß Leute sahen, was sie sehen wollten. Außerdem haben es damalige Beobachter wie jene in der US-Einwanderungskommission versäumt, den Zeitfaktor in Betracht zu ziehen; sie verglichen ›Neue Einwanderer‹, die gerade angekommen waren, mit ›alten‹, die bereits einige Jahrzehnte, wenn nicht sogar Generationen im Land lebten. Aber der entscheidende Punkt war vermutlich, daß die am wenigsten assimilierten Deutschen auch am stärksten isoliert und am wenigsten sichtbar waren, nämlich in ihren ländlichen Enklaven. Und selbst jene Deutschen haben offensichtlich keinen hohen Preis dafür bezahlt, daß sie ihre Herkunftskultur bewahrten.

Die Einwanderungsbeschränkungsgesetze der 1920er Jahre, die nationale Quoten aufstellten und die Einwanderung der Süd- und Osteuropäer stark einschränkten, brachten eine letzte Ironie mit sich. Die emotionalen Exzesse der ›100%-Americanism‹-Bewegung und die Vorwürfe gegen ›Bindestrich-Amerikaner‹ während des Ersten Weltkriegs waren zwar vor allem gegen Deutsch-Amerikaner gerichtet. Aber Deutsche wie auch andere Nordwesteuropäer kamen in den nationalen Quoten relativ gut weg. Polen und Tschechoslowaken – zwei nationale Gruppen, die in der Hoffnung auf eine eigene Staatsgründung in Europa am eifrigsten hinter den Alliierten gestanden hatten – wurden auf eine jährliche Quote von 6.500 bzw. 2.800 beschränkt, während die Deutschen eine Quote von mehr als 26.000 bekamen.²⁹ Selbst diese Zufuhr von ›neuem Blut‹ reichte jedoch nicht mehr aus, um viele deutsche kulturelle Institutionen am Leben zu erhalten. Schon vor dem Ersten Weltkrieg gab es doppelt so viele Deutsche der Zweiten Generation als jene der Ersten Generation. Die Akkulturation war in der Zweiten Generation so weit fortgeschritten, daß sie sich leicht in den amerikanischen mainstream eingliedern konnte, als sie vor die Wahl gestellt wurde – so unliebsam diese Wahl ursprünglich gewesen sein mochte. Erst ab diesem Zeitpunkt begannen die Deutsch-Amerikaner, durch ihr Verhalten dem öffentlichen Bild der Musterknaben der Einwanderung zu entsprechen.

28 Ders., *German American Bilingualism*, S. 854–862.

29 Thomas Archdeacon, *Becoming American: An Ethnic History*, New York 1982, S. 174–176.

Steve Hochstadt

Vertreibung aus Deutschland und Überleben in Shanghai: jüdische NS-Vertriebene in China

Die Geschichte meiner Familie und meine Beschäftigung mit der Migrationsforschung weckten mein Interesse an den jüdischen Flüchtlingen in China. Das Alltagsleben der kleinen Leute im 19. und 20. Jahrhundert sowie Binnenwanderungen in Deutschland haben mich in den letzten beiden Jahrzehnten vor allem beschäftigt. Vor etwa zehn Jahren begann ich zudem, mich der Geschichte der europäischen Juden als Forschungs- und Lehrgebiet zu widmen.

Mein Vater wurde in Wien geboren, mußte die Stadt und Europa 1938 aufgrund seiner jüdischen Herkunft verlassen. Es gelang ihm, eine Einreiseerlaubnis für die Vereinigten Staaten zu erhalten. Seine Eltern und seine jüngere Schwester dagegen fuhren 1939 nach Shanghai und retteten sich dadurch vor dem tödlichen Schicksal anderer Familienmitglieder. Meine historischen und familienbedingten Interessen sind in meinem jetzigen Forschungsthema verschmolzen. Die Geschichte und das Alltagsleben der Juden in Shanghai versuche ich zur Zeit vor allem durch Interviews mit ehemaligen Shanghaiern zu durchleuchten. Ich betreibe also vornehmlich *oral history*.¹

Zwangswanderungen, also vor allem der Themenkomplex Vertreibung, Flucht und Exil, bilden neben den ›freiwilligen‹ Wanderungen einen wichtigen Inhalt der Migrationsforschung, wie neuerdings amerikanische und europäische Sozialhistoriker wiederentdeckt haben. Beide Aspekte stehen aber nicht beziehungslos nebeneinander, sie sollen deshalb im folgenden miteinander verknüpft werden. Durch eine grobe Skizze der Geschichte der Shanghai-Juden werden zwei wesentliche Themen der Migrationsforschung berührt. Das erste Thema ist die menschliche Bereitschaft zu wandern. Im nachhinein können wir uns gar nicht vorstellen, die Entscheidung deutscher und österreichischer Juden, nach dem 9. November 1938 nach Shanghai zu fahren, könne nicht eindeutig gewesen sein; das Ausmaß des Antisemitismus der nationalsozialistischen Regierung war im Lichte brennender Synagogen klar zu sehen. Viele der während der Pogromnacht verhafteten 30.000 Män-

1 Das Shanghai Jewish Community Oral History Project wurde durch das Bates College, die Littauer Foundation und den Dimmer-Bergstrom Fund finanziell unterstützt. Die Tonbänder sind in der Bibliothek des Bates College deponiert.

ner wurden in den ersten Tagen in Dachau, Sachsenhausen oder Buchenwald vor den Augen aller Inhaftierter brutal mißhandelt.² Gestapo und SS sprachen mit einer Stimme: Die Männer werden aus dem KZ nur freigelassen, wenn Fahrkarten für das Verlassen Deutschlands vorgezeigt werden können. Es blieb also keine Zeit mehr, auf die Quotenummer für eine Auswanderung in die Vereinigten Staaten zu warten. Shanghai war der einzige Ausweg. Um in diese einzigartige Stadt zu gelangen, brauchte man kein Visum, keine Erlaubnis. Eine Schiffspassage reichte für die Flucht.³

Dennoch war es nicht einfach für eine jüdische Familie in Berlin, Wien oder Frankfurt, die Fahrt nach Shanghai anzutreten. Zunächst bedurfte es überhaupt der Entscheidung, Deutschland zu verlassen. Sogar für Juden, die den Rassismus des nationalsozialistischen Staates sehr schwer zu spüren bekamen, war dieser Schritt keine Selbstverständlichkeit. Nehmen wir als Beispiel Hanns Eisenstaedt, Jahrgang 1914, in Berlin geboren. Als junger Mann war er Sportler und deutsch-nationaler Patriot. Obwohl Sohn eines jüdischen Vaters, wollte er unter den Nationalsozialisten in der deutschen Wehrmacht dienen und konnte dies ausnahmsweise als ›Halbjude‹ 1936 bei einer Maschinengewehrkompanie tun. Weil er eine nichtjüdische Freundin hatte, wurde er im Juli 1937 wegen Rassenschande verhaftet, aber sofort wieder entlassen, im September 1937 erneut verhaftet, wieder entlassen. Im Dezember 1937 folgte eine weitere Verhaftung, im Januar 1938 die Verurteilung zu acht Monaten Zuchthaus.

»Eine Nacht vor meiner Entlassung kam der Wachtmeister [...] zu mir und sagte, ›Na morgen wirst Du ja entlassen, benimm Dich anständig, damit Du nicht wieder herkommst‹, und so weiter. Ich sagte, ›Ja, ich habe ja keine Angst. Ich rolle meinen ganzen Prozeß noch mal auf. Ich will mein Recht haben, ich bin kein Rassenschänder.« [...] Und da sagte der mir, ›Ich komme in einer Stunde wieder. Ich lasse Dir einen Brief, in dem Du unterschreibst, daß Du Deutschland verläßt.« Und [...] daraufhin habe ich gesagt, ›Kommt gar nicht in Frage. Ich bin Deutscher, gehöre hierher [...]. Da verlange ich noch mal eine Revision.« Und da sagte der mir, auf einmal sagte er statt ›Du‹, ›Sie‹, ›Wissen Sie denn gar nicht, was in Deutschland los ist und in Berlin? Die Juden werden alle verhaftet und kommen wohin. Und wenn Sie hier nicht unterschreiben, dann stehen morgen früh zwei Gestapoleute hier. Und Sie kommen nicht nach Hause, Sie kommen gleich ins KZ.

2 Diese brutale Behandlung hat oft zu andauernden Verhaltensstörungen geführt; s. Interview mit Lisbeth Loewenberg, Shanghai, 21.4.1989, S. 6, 10. Dieses und die im folgenden zitierten Interviews entstammen dem Shanghai Jewish Community Oral History Project.

3 Der historische Hintergrund für diese seltene bürokratische Offenheit lag in den imperialistischen ökonomischen Interessen der westlichen Kolonialmächte, insbesondere Großbritanniens, Frankreichs und der USA; s. Betty Peh-T'i Wei, Shanghai: Crucible of Modern China, Hongkong 1987.

*Ich komme in einer Stunde wieder. Sie können sich das eine Stunde überlegen.< [...] Und da fing ich an zu denken. Ich meine, tat mir weh, ja, nicht mehr dazu zu gehören. Mensch muß irgendwo was haben, wo er hingehört. [...] Ich habe mal das überlegt und habe unterschrieben.>*⁴

Am nächsten Tag im August 1938 wurde Eisenstaedt entlassen. Er erfuhr sogleich, daß sein Vater in Buchenwald gestorben war. Mit großer Mühe konnte er eine Passage mit einem italienischen Luxusschiff für den 23. November bekommen. Er erschien bei der Gestapo am 15. November, um darüber zu berichten. Dort wurde gesagt: »Der Jude fährt morgen.« Eisenstaedt wurde befohlen, später am Tag wieder zu erscheinen – mit einem Paß, den er noch nicht besaß, mit einer Eisenbahnfahrkarte, die er noch nicht hatte – und dann sofort nach Italien loszufahren. Ohne den brutalen Druck des Polizeistaats wäre Eisenstaedt nicht gefahren – und jetzt nicht mehr am Leben.

Shanghai war ein mögliches, aber kein wünschenswertes Ziel. In den 1930er Jahren wurde Shanghai weltweit mit den Begriffen Kriminalität, Prostitution, Bestechlichkeit, Krankheit in Verbindung gebracht. Juden, die schon eine Emigration beabsichtigten, dachten nie an Shanghai. Michael Blumenthal, ein ehemaliger Berliner, jetzt Direktor des Jüdischen Museums in Berlin, spricht über das Dilemma seiner Familie:

*»Shanghai had the name, it had a bad name, it was the worst place to go to. It was sort of a hierarchy of things. If you went to the United States, that was a good thing. If you went to England that was a good thing. If you went to another European country, it was fine, to Holland, to France, all that was good. If you went to New Zealand and to Australia and then to Canada, that was good. There were countries that were considered to be okay. Brazil was okay, Argentina and Uruguay were okay, maybe Chile. There were countries that were considered to be not so okay, Paraguay and Bolivia [...], Dominican Republic, Panama, certain Central American countries were considered to be [...] semi-desperation countries you went to, faute de mieux, there was no place else. And the worst place was Shanghai. We heard rumors of poverty, illness, disease, death, and these refugees being thrown in the middle of it. And of course, as of that time, 1938, we knew we would leave with nothing, no possessions fundamentally. So this is, was a very frightening prospect. [...] Only the people who had no place else to go, they went to Shanghai and it was a close call or they wouldn't stay home, rather than going to Shanghai.<*⁵

4 Interview mit Hanns Eisenstaedt, Berlin, 12./13.8.1991, S. 12f.

5 Interview mit W. Michael Blumenthal, Berlin, 3.2.1995. Blumenthal beschreibt die äußerst gefährliche Lage der Juden in Berlin zwischen 1933 und 1939 in seinem Buch: *The Invisible Wall: Germans and Jews. A Personal Exploration*, Washington, D.C. 1998, Kap. 8–9.

Für viele war Shanghai das Ende der Welt. Shanghai war zugleich berüchtigt und unbekannt. Das Vorhaben, eventuell in die Vereinigten Staaten zu emigrieren, mußte blitzschnell verwandelt werden in eine Lebenswette, alles auf Shanghai zu setzen. Eine solche Reise war immens teuer für eine Familie, deren Besitztum schon von den Nationalsozialisten geplündert worden war. Bankkonten wurden gesperrt, Geschäfte ›arisiert‹, Autos, Wohnungen und Häuser beschlagnahmt. Mit der Schiffslinie ›Norddeutscher Lloyd‹ aus Bremen kostete 1939 eine Passage für Ernst Heppner und seine Mutter 3.200 Reichsmark. Natürlich mußten sie eine Rundreise bezahlen.⁶ Rita Opitz gibt eines von mehreren Beispielen, wie einige Familienmitglieder die Kosten für andere trugen:

»Und dann die Schiffspapiere, also Schiffspassagen. Die Großmutter hatte dann ein Teil Geld dazugegeben, denn wo sollten wir was herhaben. So reich waren wir nicht. Und da hat, wie gesagt, meine Großmutter dann sehr gut dazugelegt [...] Unsere Wohnungsmöbel zum Beispiel, also unsere Wohnungseinrichtung, alles, was wir besaßen, blieb ja zum Teil stehen, nicht, wir hatten ja gar keine Zeit irgendwie irgendwas zu verkaufen. Oder ein Teil hat meine Mutter verkauft, verschleudert eigentlich, und damit sind wir dann raus. Wir standen dann vor dem Nichts, und als wir zurückkamen aus Shanghai, standen wir wieder vor dem Nichts, hatten wir dann wieder Nichts.«⁷

Trotz dieser Hindernisse verlangten plötzlich Ende 1938 und Anfang 1939 Juden zu Tausenden Passagen von Europa nach Shanghai. Fast jeder Shanghai-er, mit dem ich gesprochen habe, beschreibt die großen Schwierigkeiten, Passagen für eine ganze Familie zu bekommen; noch einmal Michael Blumenthal:

»A few people went on German ships, but very, very few. The great bulk of the people went on the ›Conte Verde‹, ›Conte Rosso‹, ›Conte Biancamano‹ and then some went on the ›Haruna Maru‹, Haruna something, there were various Harunas. She [seine Mutter] got these two tickets, I remember she went to Hamburg. [...] She got them by hook and crook [...] since it was considered unlikely or impossible to get more tickets, my sister was to go as a domestic to work in England. My sister was then seventeen going on eighteen. And I, having been a good student in French, there was a scholarship or two to go to an Internat, to a boarding school in France. And that was offered to me and I was accepted. And it is my father who really put his foot down, who in this instance did, and said, ›No, no, no, we must keep the family together.‹ So they continued to work and I don't understand, don't remember the process, but anyway, there was a third, and at the very last minute, now, we left on 6 April from, from here [...] from Berlin. This

6 United States Holocaust Memorial Museum, Heppner Archive, A.002371, 1989.243.08.

7 Interview mit Rita Opitz, Berlin, 26.6.1995.

must have been in the first part of March, a few weeks before, very shortly before, the fourth ticket, my ticket, was somehow secured. And so we, the four of us were together and fortunately we were not left behind in Europe, which at least in my case might have been my death warrant, in France.»⁸

Peter Konickis Vater fuhr 1938 allein nach Shanghai, die anderen Familienmitglieder folgten erst neun Monate später, da Peters Schwester erst im August 1938 geboren wurde.⁹ Weil die Passagen so schwierig zu bekommen und so teuer waren, konnten es sich nur die reichsten Familien leisten, die ganze Großfamilie mit nach Shanghai zu bringen. Um für Mutter, Vater und Kinder Passagen zu kaufen, mußten oft andere Familienmitglieder in Deutschland bleiben. Diese Tatsache zeigt, wie zwiespältig, sogar widersprüchlich, die Judenpolitik der Nationalsozialisten war. Auf der einen Seite wollte die Regierung offiziell bis 1939, daß so viele Juden wie möglich Deutschland verließen. »Auswanderung durch Vertreibung«, mochte das Motto der Nationalsozialisten heißen. Bevor er die Deportation des europäischen Judentums in die Gaskammern organisierte, war Adolf Eichmann nach August 1938 Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien. Seit dem ›Anschluß‹ im März 1938 versuchte er mit allen Mitteln, die Auswanderung der Juden zu beschleunigen. Auswanderung als ›freiwilliger‹ Entschluß einzelner Juden wurde ersetzt durch Vertreibung als Politik von SS und Gestapo.

Nach der Pogromnacht betrieb die nationalsozialistische Regierung überall in ›Großdeutschland‹ energisch diese Vertreibungspolitik. Weil es nicht genügend Passagen auf den Schiffen der japanischen und italienischen Linien gab, versuchte die SS, deutsche Schiffe für den Transport der Juden heranzuziehen. Ein Briefwechsel zwischen dem ›Hanseatischen Reisebüro‹ und dem SD vom Juli 1939 geht auf die erfolgreiche Fahrt des Dampfers ›Usaramo‹ nach Shanghai ein und die Möglichkeit, einen weiteren Transport mit diesem Schiff für 1.000–1.500 Juden zu organisieren.¹⁰ Der SD in Hamburg meldete im Juli 1939, daß viele Nicht-Juden versuchten, auswanderungssuchende Juden zu betrügen: »In den meisten Fällen handelt es sich um Arier, die mit Juden zusammenarbeiten, ihnen alles Mögliche versprochen, aber nur wenig erfüllen konnten [..., es sind] größere Versprechungen gemacht worden, deren Erfüllung schon im voraus undurchführbar waren.«¹¹

8 Interview mit W. Michael Blumenthal.

9 Interview mit Peter Konicki, Berlin, 19.3.1995, S. 5–10.

10 United States Holocaust Memorial Museum, RG11 Reichssicherheitshauptamt (RSHA)-SD, Osobyi fond #500, Sub-group 001M.01, Reel 10, 716, 76, 84–85. Über diese Fahrt berichtet Martin Beutler, Berlin, 29.6.1995.

11 United States Holocaust Memorial Museum, RG11 Reichssicherheitshauptamt (RSHA)-SD, Osobyi fond #500, Sub-group 001M.01, Reel 10, 716, 105–8.

Die SS war bereit, Verfahren gegen ›arische‹ Staatsbürger einzuleiten, wenn solche Menschen die Auswanderung von Juden verhinderten.

Auf der anderen Seite behandelten die Nationalsozialisten alle Juden auf eine derart rücksichtslose Weise, daß sie damit ihre Auswanderung verhinderten. Die ausgesprochene Geldgier der Nationalsozialisten, gerichtet auf das Eigentum deutscher und österreichischer Juden, machte es den Juden schwer, ihre Flucht zu organisieren. Nachdem sich 1938 die nationalsozialistische Politik gegen jüdisches Eigentum verschärfte, wurde es immer schwieriger, Vorbereitungen für eine Auswanderung zu treffen. Die Beschlagnahmung von Bankkonten und Schließfächern sowie die ›Arisierung‹ von Geschäften beraubte die Juden der Fähigkeit, Shanghai-Passagen zu bezahlen. Jedem Vertriebenen war es nur erlaubt, 10 Mark Bargeld mit sich zu führen. Weil die Emigranten in Shanghai ›mit Nichts‹ landeten, waren sie sofort auf die Unterstützung durch Hilfsorganisationen angewiesen. Als die Flüchtlingswelle Ende 1938 anstieg, versuchten die Leiter dieser Komitees in Shanghai, weitere Emigranten von ihrem Vorhaben abzubringen. Erst Mitte 1939 nahm die SS zur Kenntnis, daß die Ausplünderung der Juden die Vertreibungspolitik behinderte.¹²

Obwohl die Shanghaier Behörden keine Papiere für die Einwanderung verlangten, zeigt der Stapel offizieller deutscher Dokumente, den viele ehemalige Shanghaier noch bei sich verwahren, daß der kleinliche Bürokratismus der Nationalsozialisten ebenfalls ein großes Hindernis darstellte. Bescheinigungen, wonach der zukünftige Emigrant keine Steuer schuldig geblieben war, keine Straftaten begangen hat usw., mußten von feindseligen Beamten verlangt werden. Jeder antisemitische Staatsdiener fühlte sich bemüßigt, den ihm gegenüberstehenden Juden zu verspotten. Wie eine Kleinigkeit dem ausreisearchenden Juden große Schwierigkeiten machen konnte, zeigt die Erfahrung Günter Nobels. Er saß wegen seiner antifaschistischen Arbeit im Zuchthaus, besaß aber eine Schiffsfahrkarte nach Shanghai. Jetzt mußte er sich einen Paß beschaffen.

Günter Nobel: »Das heißt, wir hatten ja keine Papiere, keinen Paß, jetzt stellen Sie sich mal vor, im Zuchthaus, ohne Paß und jetzt in vier Wochen weg. Und da haben wir folgendes gemacht. [...] für einen Paß braucht man ein Bild, wir hatten ja kein Bild und keinen Paß. Was haben wir jetzt gemacht? Wir haben im Zuchthaus die Behörden erpreßt mit der Gestapo, das heißt wir haben denen gesagt, die Gestapo verlangt von uns innerhalb von vier Wochen raus aus dem Land. Dazu brauchen wir einen Paß, wenn wir einen Paß brauchen, brauchen wir ein Bild. Wir haben aber kein Bild. Jetzt sind wir tatsächlich im Zuchthaus fotografiert worden.«

12 Ebd., Reel 10, 716, 96, Brief des SD-Führers des Oberabschnittes Elbe in Leipzig an das SD-Hauptamt Berlin, 11.7.1939.

Genia Nobel: »Und zwar hat sogar ein Beamter ihm seine Jacke anziehen lassen, von dem Beamten, damit das Foto ist, ja. Er konnte ja nicht die Zuchthausjacke anziehen.«

Günter Nobel: »[...] mußte, hat er mir seine Jacke, und da hat man ein Bild gemacht. Und in vier Tagen hatte ich einen Paß. Das gibt es heute noch nicht, daß man in vier Tagen einen Paß kriegt. Aber weil die Gestapo, also die hatten solche Angst vor der Gestapo, daß wir sie gegeneinander ausspielen konnten, verstehen Sie? Konnten denen sagen, die Gestapo verlangt das, und dann haben sie uns alles gemacht.«¹³

Der Antisemitismus der Nationalsozialisten war so beherrschend, daß die Behörden ihr gehässiges Verhalten den Juden gegenüber nicht unterdrücken konnten, selbst wenn sie genau das taten, was die Nationalsozialisten wollten. Rita Opitz über ihren Vater nach der Entlassung aus Sachsenhausen:

»Und als er dann entlassen wurde aus Sachsenhausen und dann nach Rathenow kam, da habe ich ihn nicht wiedererkannt. Da hatten sie ihn kahl geschoren und er sah ziemlich mitgenommen aus. Was im einzelnen in Sachsenhausen mit ihm passiert ist, darüber hat er nie gesprochen. [...] Das einzige, was er erzählt hat, war, daß er als dann die Auswanderungspapiere vorlagen, also die Schiffspassage und die Pässe, dann mußte er von Mittag an bis er dann abends entlassen wurde [...] und das war ja November, Dezember, mußte er dann auf diesem großen Hof stehen, durfte sich nicht wegrühren und gar nichts. Er wußte überhaupt eigentlich gar nicht, was mit ihm geschah, ja. Und er konnte sich auch nicht vorstellen, wie meine Mutter das geschafft hatte, die Papiere zu besorgen, ja. Also das war ihm ein totales Rätsel. Na ja, dann wurde er [...] entlassen, kriegte seine Papiere in die Hand gedrückt und mit der Maßgabe also innerhalb von 24 Stunden mußt Du raus sein aus Deutschland [...] mit Familie.«¹⁴

Sogar an der Grenze zu Italien, als jüdische Vertriebene mit der Bahn nach Genua fuhren, versuchte die Grenzpolizei noch einmal, sie durch Leibesvisitationen und andere Schikanen zu erniedrigen.¹⁵

Diese Geschichten verweisen auf typische Merkmale der nationalsozialistischen Diktatur. Auf den ersten Blick haben sie wenig mit üblichem Migrationsverhalten gemeinsam. Dennoch kann uns die gewalttätige Vertreibung des deutschsprachigen Judentums zu wichtigen Kenntnissen über Migration führen. Eine weitverbreitete These der westlichen Sozialwissenschaft behauptet, daß Wanderung durch eine rein mathematische Rechnung der vorausblickenden Wanderer in Gang gebracht worden ist, wobei die Wanderer nur die genauen ökonomischen Vor- und Nachteile einer möglichen Mi-

13 Interview mit Eugenia und Günter Nobel, Berlin, 17.1. und 16.2.1995.

14 Interview mit Rita Opitz.

15 Interview mit W. Michael Blumenthal; Interview mit Hanns Eisenstaedt, S. 17f.

gration berücksichtigen. Diese These der *neoclassical economics* habe ich schon anhand der zahlreichen deutschen Migrationsstatistiken als unzulässig kritisiert. Während des 19. und 20. Jahrhunderts wurden die meisten Wanderer nicht durch höhere städtische Löhne permanent aus ihrer landwirtschaftlichen Heimat gerissen. Migranten innerhalb Deutschlands folgten zumeist kreisförmigen Wegen, die sie wieder aufs Land zurückbrachten.¹⁶

Das merkwürdige Zögern vieler Juden, sogar unter einem unglaublichen Druck, das ›Dritte Reich‹ zu verlassen, liefert einen weiteren Beweis dafür, daß Menschen sehr ungern ihre vertraute Umgebung verlassen. Die Vielzahl nicht-ökonomischer Bedingungen, die die Fluchtentscheidungen bestimmten, und die Kompliziertheit der Familienentscheidungen darüber, wer fahren konnte und wer bleiben mußte, zeigen, daß vereinfachte oder sogar naive Theorien ein solch verwickeltes menschliches Verhalten wie Migration nicht überzeugend erklären können. Die Hemmungen, das eigene Land zu verlassen, sind viel wichtiger als oft angenommen wird. Somit hilft uns die einmalige Geschichte dieser Menschen, die dem Holocaust entgingen, das Migrationsverhalten anderer zu verstehen.

In einem zweiten Schritt soll es um das Leben nach der Migration gehen: Wie lassen sich die unterschiedlichen Schicksale der Wanderer am Zielort erklären? Warum gelingt es einigen Migranten, große Leistungen zu vollbringen, während andere zu versagen scheinen? Im Fall der jüdischen Vertriebenen spricht man von den unterschiedlichen Fähigkeiten, mit den harten Umständen in Shanghai fertig zu werden.

Ein Wort kann sehr viel über die Umstände im Alltagsleben aussagen – Wanzen. Hier spricht George Borenstein, der mit der transsibirischen Eisenbahn von Polen durch die Sowjetunion nach Japan und dann nach Shanghai fuhr, über seine erste Nacht in Shanghai:

»So when I lay down to sleep, at midnight in the night, I'm itching, I'm itching, I'm itching. I put the light, was hanging a lamp, I pulled the pull chain, millions of bed bugs are on me, and it was in a cot. I was sitting all night. I was crying. I come from heaven to hell, from beautiful clean Japan to China. And I was waiting the morning to tell her [seiner Wirtin] ›Lady, what's going on?‹ And the moment I got up, I say, I say, in Russian to her I say, ›What are you doing here? It's all bed bugs.‹ You know what she answered me? ›You'll get used to it.«¹⁷

Wenn man mit Europäern spricht, die in Shanghai waren, hört man sofort von Wanzen. Die große Umstellung von Wien oder Berlin nach Shanghai, das scharfe, plötzlich eintretende Gefälle im Lebensstandard, kann durch Wanzen symbolisiert werden. Wanzen deuten nicht nur auf klimatische,

16 Hierzu s. Steve Hochstadt, *Mobility and Modernity: Migration in Germany 1820–1989*, Ann Arbor 1999.

17 Interview mit George und Fanny Borenstein, Del Rey Beach, Florida, 22.2.1990, S. 7f.

sondern auch auf technologische Unterschiede zwischen Europa und China. Für die Juden waren Wanzen ein Beweis, daß ihr Kulturniveau tief abgesunken war. Wenn ich mit Zeitzeugen über ihr Alltagsleben spreche, heben sie immer die Dinge hervor – wie Wanzen –, die auch auf die primitive materielle und technologische Entwicklungsstufe Chinas deuten. Das heißt, sie haben diese Merkmale ihres sozialen Niedergangs tief gespürt. Für meine Interviewpartner läßt sich die Frage nach den bestimmenden Momenten des Alltagslebens in Shanghai damit beantworten, daß sie diese besonderen Umstände in China erwähnen. Alle Europäer mußten das harte Klima, die im Vergleich primitiven hygienischen Einrichtungen, die ungewöhnlichen tropischen Krankheiten bewältigen. Äußerst wenige Juden in Berlin oder in Wien hätten während der 1930er Jahre auf einem Balkon geschlafen, ein kleines Zimmer mit einer Decke mit zwei Familien geteilt, ein Kochfeuer in einem Blumentopf angezündet, gekochtes Wasser auf der Straße gekauft oder wären an Typhus erkrankt. Die besonderen Bedingungen des Lebens in China prägten das tägliche Überleben der Juden in Shanghai. Ein eindeutiges Beispiel: Der Berliner Alfred Rosenthal wurde nach zwei Jahren in Shanghai von Tuberkulose befallen und mußte fünf Jahre allein in einem Isolierzimmer eines jüdischen Krankenhauses verbringen. Sogar auf der Rückreise mit der Bahn von Italien nach Deutschland hatte er einen Güterwagen für sich allein. In Berlin konnte er schnell geheilt werden.¹⁸ Diese spezifischen chinesischen Bedingungen des Alltagslebens sind gut bekannt und auch in den immer noch wenigen Publikationen über Juden in Shanghai ausführlich beschrieben worden.¹⁹

Der soziale Abstieg, der mit der Vertreibung der deutschen und österreichischen Juden nach Shanghai verbunden war, deutet auf ein besonderes Merkmal dieser Verbindung Mitteleuropa – Shanghai. Ungefähr 12.000 deutsche und 4.000 österreichische Juden fuhren zwischen 1938 und 1940 nach Shanghai, aber fast niemand wollte dorthin. Shanghai war ein letzter Ausweg, weil diese Stadt der weltweit einzige Ort war, wo keine Papiere, kein Visum, keine Einreisebewilligung verlangt wurde. Die Flucht nach Shanghai ist eine Ausnahme in der Geschichte der internationalen Wanderungen. Menschen wandern in der Regel zwischen Ländern mit gleichem technologischen Niveau oder von einem niedrigeren zu einem höheren Niveau. Nur sehr wenige Menschen, häufig aus stark ideologischen Gründen, bewegen

18 Interview mit Hans A. Rosenthal, Berlin, 28.3.1995.

19 David Kranzler, *Japanese, Nazis and Jews: The Jewish Refugee Community of Shanghai, 1938–1945*, New York 1976; Rena Krasno, *Strangers Always: A Jewish Family in Wartime Shanghai*, Berkeley, CA 1992; Ernest Heppner, *Shanghai Refuge: A Memoir of the World War II Jewish Ghetto*, Lincoln, NE 1993; James Ross, *Escape to Shanghai*, New York 1994.

sich in die entgegengesetzte Richtung. Shanghai war das unfreiwillige Ziel unfreiwilliger Auswanderer.

Weil ich viele individuelle Lebensläufe gehört habe, stellte ich fest, daß die Fähigkeiten, mit diesen schwierigen Bedingungen in Shanghai zurechtzukommen, unter den deutschsprachigen Juden ganz unterschiedlich waren. Wie lassen sich diese Unterschiede erklären? Einige Shanghaier haben auch hier eine Antwort bereit: die unterschiedliche persönliche Durchsetzungsfähigkeit. Natürlich treten in jeder derart schwierigen Situation individuelle geistige, physische und psychische Fähigkeiten und Kräfte hervor. Bemerkenswert ist hier, daß die Judenverfolgung der Nationalsozialisten und die Gesetzgebung zur Auswanderung die großen sozialen und ökonomischen Unterschiede unter den Juden in Europa etwas nivelliert haben. Bankkonten, Häuser, Wohnungen, Autos, Wertsachen, Geschäfte, alles wurde von den Nationalsozialisten beschlagnahmt. Der reiche Bankier und die arme Schneiderin durften beide offiziell nur 10 Reichsmark aus dem ›Dritten Reich‹ mitnehmen. Durch diese Vertreibung aus ›Großdeutschland‹ waren viele jüdische Flüchtlinge auf dem Nullpunkt angekommen – das war die eigentliche ›Stunde Null‹. Nach der Ankunft in Shanghai mußten Juden wieder neu anfangen. Deshalb betonen einige Shanghaier, wie Michael Blumenthal, die inneren Kräfte des einzelnen als Erklärung für die unterschiedlich ausgeprägte Durchsetzungsfähigkeit:

»Above all, I learned what counts is not who you are and whether you are Herr Dr. or Herr Dr. Dr. or Herr Prof. Dr. [...] it's your inner resources that matter [...]. Because I saw in Shanghai, in the ghetto in particular [...] I saw people who had had large jobs in Berlin [...] and I saw people who [...] came from environments where they had nothing [...]. And I saw that once the deck was reshuffled, thoroughly reshuffled, everybody was at the same level, they're both in the camp, they both had nothing, there was no way of telling who would come out on top [...]. Because what turned out is that the fellow who had been the editor of a large newspaper, for example, did not have the inner resources within himself to cope with the situation that he was faced. Which meant not just that he remained poor, everybody was poor, but that he [...] disintegrated as a person and as a personality, stopped to wash, became obsessed with eating, because he was starving, and became really a pitiful human being. [...] Shanghai taught me that what matters is what is within you and that one should not be too proud of what one has or too attached to what one has, because it may not be there and things change.«²⁰

Für manche, insbesondere jüngere Juden mag diese individuelle Durchsetzungsfähigkeit der ausschlaggebende Faktor gewesen sein. Ich bleibe aber dieser Erklärung der Unterschiede unter den Juden gegenüber skeptisch; denn ein solcher, nur auf individuelle Faktoren abstellender Erklärungsver-

20 Interview mit W. Michael Blumenthal.

such macht die Juden selbst für ihr Schicksal teilweise verantwortlich. Es muß vielmehr weiter gefragt werden – etwa danach, was mit dem Redakteur der großen Zeitung vor seiner Ankunft in Shanghai geschehen ist, daß er nicht mehr in der Lage war sich durchzusetzen? Ich möchte den Blickwinkel erweitern, damit wir nicht nur Aufnahmebedingungen und die Situation der Juden in Shanghai betrachten. Drei Faktoren sollen dabei hervorgehoben werden, die für das Leben in Shanghai teilweise bestimmend waren – Geburtsort, Verfolgung und Geld.

Fangen wir mit dem Beginn an – der Geburt. Die Geburt wurde für die ganze Verfolgung entscheidend. Wer jüdisch geboren war, galt den Nationalsozialisten als ›Untermensch‹. Der Ort der Geburt erweist sich aber auch als sehr wichtig, wenn wir über Emigration sprechen. Viele deutsche und österreichische Juden wurden von den amerikanischen Einwanderungsbehörden für Polen gehalten und waren deshalb den amerikanischen Einwanderungsquoten entsprechend unerwünscht. Wegen der kleinen polnischen Quote konnten viele Juden, die vor 1918 in den nach dem Ersten Weltkrieg von Deutschland oder Österreich an Polen abgetretenen Gebieten geboren waren, nicht in die Vereinigten Staaten einreisen, und deshalb war Shanghai ihr letzter Ausweg. Viele Leute im Stadtteil Hongkew kannten zum Beispiel Dr. Samuel Didner, der im jüdischen Krankenhaus arbeitete. Seine Familie wohnte zwar in Graz, weil aber seine Mutter zu seiner Geburt zu ihrer Mutter nach Przeworsk gefahren war, galt er als Pole. Als er sich im Sommer 1938 zur Auswanderung entschied, erfuhr er, daß er mindestens ein Jahr auf seine amerikanische Quotenummer warten mußte. Deshalb fuhr er nach Shanghai.²¹

Auch die Nachkriegsgeschichte vieler Shanghaier ist immer noch durch ihre Geburt bestimmt. Kinder mit ›guter‹ deutscher Quote warteten auf Eltern mit ›schlechter‹ polnischer Quote, oder die ganze Familie wanderte gar nicht in die Vereinigten Staaten weiter, sondern nach Israel oder wieder nach Europa zurück.

»People were leaving Shanghai. [...] We wanted to get out. We wanted to get to America. [...] And whoever could go to America went to America on the Joint cooperative, cooperative affidavit. [...] There was still the quota system. I was born in Berlin. I had the German quota, which was very good. My mother was born in a little provincial town. She never knew that, because she, the father left there, you know, and she was a little kid. But that was part of Germany till 1918. After 1918 Poland took it over. So she had the Polish quota, which was very bad. And I could have left and left my mother there, but I didn't want to. So I stayed with my mother and the meantime there was a civil war going on. And the Communists come closer and closer to Shanghai. And they stood close before the gates of

21 Ross, *Escape to Shanghai*, S. 16f.

Shanghai. Then the United Nations announced they rechartered two ships to Israel. Whoever wants to go to Israel, they allowed to go [schnippt mit den Fingern] within ten days, something like that. That's where we went to. [...] But we sold everything and fast. We packed, we packed everything what we had, what we could take along and then we sold it to two Chinese who lived, who knew us around the corner, you know, who bought our bedroom and our couch and, and beddings, you know, everything. And we left for Israel. [...] It was the very end of 1948, the very end, December, I don't know, 28th or 27th, or something.«²²

Auch Jahre nach dem Krieg wurde das Leben dieser Familie noch vom Zufall ihres Geburtsortes bestimmt.²³

Der Geburtsort war auch in anderer Hinsicht entscheidend. Die österreichischen und deutschen Juden, die in Shanghai ankamen, verbanden mit der nationalsozialistischen Herrschaft sehr unterschiedliche Erlebnisse, die ihr weiteres Leben in Shanghai prägten. Sehr wenige deutsche Juden landeten vor 1939 in Shanghai. Zwischen 1933 und 1938 folgte eine Verfolgungsmaßnahme der deutschen Regierung der anderen. Während dieser sechs Jahre wanderte ungefähr ein Drittel aller deutschen Juden aus. Die großen Künstler, die wichtigen Politiker, die berühmten Wissenschaftler, die Juden mit guten internationalen Beziehungen oder viel Geld konnten sich rechtzeitig retten. Der Großteil der deutsch-jüdischen Ärzte etwa war schon 1938 emigriert. Shanghai war das Fluchtziel für nur sehr wenige unter den frühen Emigranten. Noch 1938 glaubten viele deutsche Juden, daß sie die deutsche Gewaltdiktatur überleben könnten. Die Reichspogromnacht im November 1938 lieferte für viele, aber noch nicht für alle, den Beweis, daß sie sofort auswandern mußten. Also begann die deutsch-jüdische Auswanderungswelle mit Ziel Shanghai erst nach dem 10. November 1938, und es war meistens ein ›Exil der kleinen Leute‹.²⁴ In Österreich verlief die Verfolgung anders. Plötzlich überfiel die deutsche Wehrmacht Österreich am 12. März 1938. Österreichische Juden wurden sofort gedemütigt, verhaftet und verprügelt. Die Brutalität des österreichischen Antisemitismus überstieg sogar die des deutschen.²⁵ Die österreichisch-jüdische Auswanderungswelle nach Shanghai begann also schon im Sommer 1938, und die ersten Schiffe mit Flüchtlin-

22 Interview mit Gerald B., Laguna Hills, California, 9.6.1990, S. 11f.

23 Unter vielen anderen Beispielen sind zwei der jüngeren Literatur zu entnehmen. Der Vater von Evelyn Pike Rubin, Benno Popielarz, war in Posen geboren und hatte deshalb die polnische Quote: Evelyn Rubin, *Ghetto Shanghai*, New York 1993. Max Kohn, Vater von I. Betty Grebenschikoff, war in der Tschechoslowakei geboren: I. Betty Grebenschikoff, *Once My Name Was Sarah: A Memoir*, Ventnor, NJ 1992.

24 Dieser Begriff nach: Wolfgang Benz (Hg.), *Das Exil der kleinen Leute: Alltagserfahrungen deutscher Juden in der Emigration*, München 1991.

25 Hierzu s. die Beschreibung der physischen Mißhandlung in Wien vor der Inhaftierung in Dachau im Interview mit Egon Kalman, Ottawa, 12.8.1989.

gen nach Shanghai beförderten zumeist Österreicher, unter ihnen viele wohlhabende.

Diese unterschiedliche Abfolge bei der deutschen bzw. österreichischen Judenvertreibung beeinflusste die Lebensläufe in Shanghai. Obwohl österreichische Juden in Shanghai in der Minorität waren, konnten sie wichtige Stellen in den Komitees und in der städtischen Wirtschaft einnehmen. Ich glaube, daß die österreichischen Flüchtlinge sich am Anfang etwas besser situiert fanden als die deutschen. Ich betone, daß diese Behauptung noch vorläufig ist. ›Etwas besser‹ heißt nicht ›gut‹. Die neuangekommenen Shanghaier hatten meistens eine schreckliche Geschichte hinter sich, eine Geschichte, die jeden zutiefst erschüttert. Diese Geschichten prägten das Weiterleben der Shanghaier, manchmal bis zum heutigen Tage.

Als zweiten wesentlichen Faktor neben der Geburt hatten wir die Verfolgung gesetzt. Die Wirkung der Verhaftungen, der Zeiten in den KZs, konnte man schon auf dem Schiff sehen.

»There were people who were pacing the deck all night, couldn't sleep. People who came out of the concentration camp, wasted, wasted.«²⁶

Sie konnten nicht schlafen, weil sie ihre Behandlung im KZ noch vor Augen hatten; wie z.B. Herr B. aus Österreich. Er war bis zur seiner Verhaftung gleich nach dem ›Anschluß‹ im März 1938 wohlhabender Fabrikbesitzer. Er mußte 14 Monate im KZ bleiben, währenddessen wurde sein Bruder in der Reichspogromnacht ermordet, seine Frau wurde wahnsinnig und starb bald. Er kam aus dem KZ frei, mußte sofort nach Frankreich fliehen, wurde auch dort verhaftet, und endlich gelang ihm die Reise nach Shanghai.²⁷ Ich gehe davon aus, daß diese schlagartige brutale Judenverfolgung, die direkt zur Auswanderung nach Shanghai führte, auch eine Wirkung auf das tägliche Leben in Shanghai hatte.

»Jetzt müssen wir ein neues Leben führen! [...] ich bin doch deutsch, ich war so stolz, daß ich Deutsche war. Und dann plötzlich kriegst Du einen auf den Kopf und sagst: ›Du bist Jude und bist gar nicht, ein Dreck.«²⁸

Vielleicht war diese Wirkung für manche unsichtbar. Meine Großeltern aus Wien kamen in Shanghai nicht nur mit Geld, Geschirr und Silberbesteck an, sondern auch mit Mobiliar aus der Arztpraxis meines Großvaters. Das wohlhabende Leben in Wien konnte in Shanghai fortgesetzt werden. Aber mein Großvater hatte auch ein Jahr im Zuchthaus gesessen. Welche Auswirkung diese Erfahrung hatte, ist mir unbekannt. Mir ist unvorstellbar, daß sie ohne Wirkung geblieben ist. Vielleicht hatte der Journalist, von dem Michael Blu-

26 Interview mit Gérard Kohbieter-Slaxon, Berlin, 9.12.1994, S. 4.

27 Anna Ginsbourg, Jewish Refugees in Shanghai, Shanghai 1940, S. 10f.

28 Interview mit Ilse Krips, Potsdam, 28.2.1995, S. 29.

menthal sprach, auch etwas Furchtbares hinter sich. Obwohl dieser Einfluß schwer zu messen ist, meine ich, daß die spezifische Art der Erlebnisse in Europa einen wichtigen Einfluß auf das Alltagsleben in Shanghai hatte.

Das Beispiel meiner Großeltern verweist auf den dritten Einflußfaktor neben Geburtsort und Verfolgung, nämlich Geld. Die meisten Vertriebenen trafen mittellos in Shanghai ein. ›Arisierungen‹ von Geschäften, Berufsverbote in vielen Betätigungsfeldern, Beschlagnahme von Privatbesitz, Sperre von Bankkonten, und insbesondere das Verbot, mit mehr als 10 Mark Bargeld aus dem Land zu reisen, neben vielen anderen Schikanen der deutschen Behörden, ließen deutsche und österreichische Juden in den Pauperismus absinken. Das galt aber nicht für alle. Durch Kontakte oder Verwandte im Ausland, durch Schmuggel oder durch kluge, wenn auch gefährliche Vorbereitungen gelang es einigen Juden, Geld nach Shanghai zu schaffen. Eine Geschichte handelt von einem Mann, der herausfand, daß seine ausländischen Aktien gegen Feuer versichert worden waren. In Anwesenheit eines Anwalts ließ er die Aktien verbrennen und den Fall schriftlich bestätigen. Später in Shanghai bekam er vollständigen Ersatz. Einige, wahrscheinlich wenige, waren deshalb imstande, ihr mittelständisches Leben in Shanghai weiterzuführen. Eine zweite Gruppe mit etwas bescheideneren Mitteln hatte trotzdem genug, um sofort ein Geschäft zu eröffnen und dadurch ein europäisches Leben in der Kolonialstadt Shanghai führen zu können. Dazu gehörte eine kleine Wohnung, möglicherweise auch chinesische Diener. Eine dritte Gruppe hatte sehr wenig, aber immer noch genug, um ein separates Zimmer in Hongkew zu mieten. Vielleicht mußten sie die aus Europa mitgebrachten Wertsachen oder sogar ihre Bettwäsche verkaufen, um die Miete zu zahlen. Eine vierte Gruppe hatte überhaupt nichts, und ihre Mitglieder wurden Almosenempfänger. Sie lebten in sog. Heimen, bekamen kostenlos Essen und warteten.

Für das Alltagsleben in Shanghai waren solche ökonomischen Unterschiede von größter Bedeutung. Welche Ursachen hatten sie? Der Zufall war für einige entscheidend: Das Gepäck ist nicht in Shanghai angekommen und der letzte Besitz ist weg. Bordgeld wurde für eine teure Kamera ausgegeben, aber am Ende der Reise gibt es weder Kamera noch Geld. Solche Geschichten habe ich gehört. Aber ich vermute, daß im großen und ganzen die ökonomischen Unterschiede in Shanghai auf das ökonomische Gefälle im ›Dritten Reich‹ zurückzuführen sind. Wer mehr Geld in Berlin oder in Wien hatte, landete mit mehr Geld in Shanghai. Wem mehr Geld für den Anfang zur Verfügung stand, der konnte mehr Geld in Shanghai verdienen und ein bequemer Leben führen.

Wenn solch eine allgemeine Regel wirklich zutrifft, gab es sicher Umstände, die die ökonomische Stellung der Juden in Shanghai ändern konnten. Einige Shanghaier wurden wirtschaftlich durch den Krieg besonders hart

getroffen. Nach dem Dezember 1941 gingen Import-Export-Unternehmen, die mit den westlichen Alliierten handelten, wegen des pazifischen Krieges und der japanischen Besetzung Shanghais bankrott. 1943 verkündete die japanische Besatzungsmacht öffentlich, daß alle nach 1937 in Shanghai angekommenen Juden in einem kleinen zerfallenen Stadtteil, Hongkew, leben mußten. Diese Ghettoisierung von 1943 traf Juden, deren Geschäftsleben sich außerhalb des Ghettos abspielte, härter als diejenigen, die innerhalb Hongkews arbeiteten. Nach 1943 ging es fast allen schlechter als vorher, dann nach 1945, als die amerikanische Armee ankam, wiederum besser. Dennoch möchte ich weiterhin glauben, daß die wichtigste Ursache der ökonomischen Unterschiede unter Flüchtlingen in Shanghai die schon bestehenden sozialen Unterschiede in Europa waren. Wenn wir meine Ergebnisse in den drei Kategorien zusammenbringen, dann glaube ich bewiesen zu haben, daß die bestimmenden Faktoren des Alltagslebens zum großen Teil in der europäischen Vergangenheit lagen.

Was bedeutet es, daß Erlebnisse in Europa vielleicht wichtiger waren als Bedingungen in China oder die Durchsetzungskraft der Juden selbst? Mir scheint, daß die sozialwissenschaftliche Forschung über Migration das Leben der Migranten vor der Wanderung nicht genügend in den Blick nimmt. Migranten wurden fast ausschließlich am Zielort betrachtet. Dieses Forschungsvorgehen wird stillschweigend mit der Annahme gerechtfertigt, daß Migrationen in der Regel permanent sind und daß der Einwanderer dann nur vor der Aufgabe steht, sich in die neue Gesellschaft einzugliedern. Tatsache ist, daß die meisten Einwanderer innerhalb relativ kurzer Zeit wieder zu Auswanderern wurden und sich wieder in das Herkunftsgebiet bewegten.²⁹ Die Umstände und Bedingungen in der Heimat vor der Migration sind für das spätere Verhalten ausschlaggebend. Das mag auch für die jüdischen Vertriebenen gelten. Ihre unterschiedlichen Schicksale in Shanghai deuten auf den immer noch großen Einfluß ihrer mitteleuropäischen Herkunft auf ihr weiteres Leben im Fernen Osten; sie weisen aber auch auf unsere Aufgabe als Migrationsforscher hin, bei unseren Untersuchungen Herkunft und Ziel enger miteinander zu verknüpfen.

Zum Abschluß möchte ich einige Überlegungen zur Begrifflichkeit in der Migrationsforschung erörtern. Wenn wir Fragen stellen, sind unsere Wortwahl und unsere Begriffe für die möglichen Antworten bestimmend. Ursachenbereiche, die nur Shanghai betreffen, wie das Klima oder das technologische Niveau, und Worte, die unsere Aufmerksamkeit auf Juden richten, wie ›Emigrant‹, stellen allein die Opfer in den Vordergrund. Aber es kommt darauf an, Verantwortlichkeit richtig zuzuschreiben. Eine korrekte

29 Belege für Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert liefert Hochstadt, *Mobility and Modernity*, Kap. 2–5.

Begrifflichkeit und eine breit angelegte Ursachenforschung sind dabei wesentlich.

Ich glaube, daß wir über den Begriff ›Emigration‹ weiter nachdenken müssen, wenn wir die Themen Vertreibung/Exil aufgreifen, wie z.B. die Geschichte von Hanns Eisenstaedt zeigt. Welche Worte sollen wir benutzen, um seiner Geschichte gerecht zu werden? Hanns Eisenstaedt emigrierte, er ging in die Emigration, er war Emigrant. Das wollte ich nicht glauben. Der Begriff ›Emigration‹ beschreibt eine Handlung, die der Emigrant selbst ausgeführt hat. Aber Eisenstaedt wollte Deutschland gar nicht verlassen. Er unternahm keinen Schritt zur Auswanderung freiwillig. Er ist nicht emigriert. Manchmal wird das Wort ›Flüchtling‹ oder im Englischen ›refugee‹ gebraucht. Das Wort ist schon besser, denn die Gefahr, die Notwendigkeit der Flucht ist im Wort inbegriffen. Aber mir scheint dieser Begriff immer noch ungenügend. Wer hat was getan? Wie bei dem Begriff ›Emigrant‹ wird die Tat vom Opfer ausgeführt, ohne von Taten anderer zu sprechen. Das Problem bei solchen Begriffen ist ihre Verharmlosung der Handlungen der Täter. Unsere Augen sind auf die Opfer gerichtet, und die Täter verschwinden.

Ich habe diese Geschichte von Hanns Eisenstaedt beschrieben, um zu betonen, daß das Leben deutschsprachiger Juden sich innerhalb kürzester Zeit vollkommen wandelte. Er wurde durch staatliche Gewalt aus seiner Heimat gejagt. Er sah die Alternative: Deutschland verlassen oder, wie sein Vater, sterben. Innerhalb von 16 Monaten wurde der deutsch-nationale Wehrmachtsoldat Hanns Eisenstaedt dreimal verhaftet, verurteilt, für acht Monate eingesperrt und dann aus Europa gejagt. Er hat seinen Vater, sein Zuhause, sein Geld, seine Staatsangehörigkeit, sein Land verloren. Er mußte seine Familie, seine Freundin, seine Freunde, seine Stadt verlassen, um nach Shanghai zu fahren, wo das Klima, die Sprache, das Essen, die Krankheiten, die Häuser, die Sitten und die Menschen völlig anders waren. Eisenstaedt war weder Emigrant noch Flüchtling. Er wurde vertrieben, er ist ein Vertriebener geworden. Obwohl im Nachkriegsdeutschland gerade dieses Wort ›Vertriebene‹ einen ganz anderen Beigeschmack hat und nicht zuletzt von politisch rechtsstehenden, polenfeindlichen, revanchistischen Vereinigungen verwendet wurde, die nur über die Schuld anderer reden, dürfen wir uns diesen ganzen Begriff angesichts eines anderen Gebrauchs nicht wegnehmen lassen. Die Geschichte solcher Vertriebenen kann unser Verständnis ganz alltäglicher Migrationen erweitern. Wir müssen aber aufpassen, daß unsere vorgeblich neutralen sozialwissenschaftlichen Begriffe nicht zur Verharmlosung anderer Arten menschlichen Handelns führen.

Warum lege ich so viel Wert auf Begriffe? Es gibt für mich sowohl wissenschaftliche als auch politische Gründe. Im Mittelpunkt meiner Forschung stehen Menschen, Deutsche und Österreicher, die den Zweiten Weltkrieg in Shanghai überlebten. Ich möchte ihr tägliches Leben verstehen; das bedeutet,

ich möchte sie in ihrem täglichen Denken verstehen. Ich muß dann wissen, wer sie waren, ich muß sie identifizieren können. Es macht einen großen Unterschied, ob sie Christen oder Juden, deutsch oder österreichisch waren, und ob sie mehr oder weniger freiwillig emigrierten oder ob sie mit Gewalt vertrieben wurden. Wie erklären wir die Haltung der Shanghaier Deutschland und Österreich gegenüber nach dem Krieg? Wir müssen die Erlebnisse in Europa begreifen, um diese Menschen zu verstehen. Mir scheint, daß die letzten Erlebnisse, die schließlich zur Auswanderung führten, am wichtigsten sind, und diese Erlebnisse wurden durch falsche Worte verleugnet.

Sozialhistorische Migrationsforschung kann die Vertreibung ethnischer Minderheiten als Forschungsobjekt einbeziehen. Diese erzwungenen Wanderungen können unser Verständnis ›normaler‹ Migrationen bereichern. Allerdings müssen wir verhindern, daß eine wissenschaftliche Objektivität uns dazu verführt, die menschlichen Subjekte aus einer so großen Distanz zu betrachten, daß wir ihre besonderes Qual nicht mehr spüren können.

Hans-Åke Persson

Settling the Peace, the Cold War, and the Ethnic Cleansing of the Germans from Central and Eastern Europe

The ethnic expulsion of *Reichs- und Volksdeutsche* from Central and Eastern Europe during and following World War II entailed the most extensive population transfers in modern history. Recent surveys estimate that over 14 million men, women and children may have been affected, amounting to twice the entire population of Sweden at the time. In the years 1945/46, the influx into Germany of Germans from Eastern Europe reached its highest volume. Between five and ten thousand arrived every day in the Western-controlled zones of Germany. By October 1946, seven million German refugees had arrived in Western Germany.

Since the Teheran Conference in November 1943, the Allies had agreed in principle on the expulsion of the German population from the territories to be ceded to Poland. The Allies believed that this would facilitate the settlement of the problem once and for all. Another element which seems to have had an impact on the decision to transfer Germans from Poland was the need to compensate Poland in the west at the expense of Germany. The Allies believed that the transfer could be carried out in an orderly and humane way. This belief was based on historical precedents such as the exchange of populations between Turkey and Greece in 1923, involving two million people, approved by the League of Nations. Finally, the transfer could be seen as an expression of a desire to punish the enemy, the defeated Germans.

Literature on the subject has tended to make a moral issue out of the way in which Western Allies dealt with the German refugee problem. It has been stated that the Russians, the Poles and the Czechs had the major responsibility because they were the ones who insisted upon expelling the Germans. It has also been said that the Anglo-American acceptance of the principle of population transfers made the catastrophe of 1945–1949 possible.¹ In this context, it cannot be regarded as fruitful to try to lay the blame on either side. The issue is far too complicated.

1 Alfred M. De Zayas, *Nemesis at Potsdam. The Anglo-Americans and the Expulsion of the Germans*, London 1977.

This presentation is an evaluation of Great Britain's changing stance on the expulsion issue from 1943 to 1949 and falls into three parts: settling the peace, the Cold War and closing remarks. The main purpose is to show possible linkages between a wider perspective and a subordinate problem; between the oncoming Cold War and the handling of the German refugee problem from a British perspective.

Great Britain is interesting in this context for a number of reasons, not least of which is the claim of recent research that Great Britain may have played a more essential role in the rise of the Cold War than has hereto been maintained. It has, for instance, been suggested that Great Britain withdrew from Allied cooperation in Germany earlier than the remaining powers, thereby actively contributing to the emergence of blocks on the European continent. An analysis of the policy adopted towards the expellees grants a perspective on British actions in a changed Europe, particularly in Central and Eastern Europe.

Settling the Peace

Before Yalta

In July 1944, the British Armistice and Postwar Committee received a long report from an ›Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations‹. It had been the task of the committee to consider the following questions: »(i) Having regard to the economic position in which Germany is likely to be placed as a result of defeat, and of the demands of the United Nations for disarmament, reparations, etc. how great will be Germany's capacity, to absorb emigrants from East-Prussia (including Allenstein), Danzig, Upper Silesia, the Sudetenland, and from areas within the Polish frontiers of 1939 and the Czechoslovakian frontiers of 1939 (ii) What conditions (both of time and administration) would be required to ensure that the transfers were carried out without undue suffering to the migrants and without serious economic dislocation both to Germany and to Poland and to Czechoslovakia? (iii) What contributions in finance and in personnel would be required from the United Nations to ensure these conditions? (iv) What possibility, if any, existed of settling the migrants in territories other than Germany?«² It must be taken into consideration that the report consisted for the most part of expressions of opinion which could not be conclusive or definite until the three Great Powers had decided their policy in regard to the larger issues.³

2 Sir Llewelyn Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, vol. V, London 1979, p. 211. Public Record Office (PRO), London, Foreign Office (FO) 1049/492, Report of the Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations (ICTGP), 440512. Control Commission: Political Division.

3 Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, vol. V, p. 210.

The answer to the question of Germany's capacity to absorb emigrants was that in a long-term perspective the transfer might be feasible. It might even be of some advantage to all the countries concerned. In a shorter perspective, the view was that the difficulties might cause a complete German economic collapse. It was added that the drain of people from Poland might also be an insoluble problem. Resettlement, retraining labour, raising capital to restart industry and agriculture were some of the problems that postwar Poland would have to face.⁴

The Committee maintained to ensure »that the transfer was carried out without undue suffering to the migrants«, the transfer could not begin in an organised way until about a year after the end of hostilities. The report underlined the importance of setting up a special transfer authority and not letting the Poles and the Czechs transfer Germans »as they might think fit«. It was also argued that if a wholesale transfer was regarded as impossible, although it still was considered important to remove all the Germans from the areas ceded to Poland, the area should be smaller. Moreover, it was said that the estimated 10,140,000 immigrants from the territories annexed by Poland and 1,500,000 from Czechoslovakia would increase the population of ›rump Germany‹ by 15 percent above the prewar level and that the amount of human suffering would be very great.⁵

It appears that the Committee on the transfer of German populations did not discuss if the transfer was to take place or not. The Committee's task was to foresee the economic and social repercussions. It was emphasised that the matter was of international concern, and that the acceptance of a total transfer implied that the number of immigrants that the future Germany could swallow should determine future Polish territory. In fact, the work of the Committee was to be interpreted as a recommendation.

In a House of Commons speech of December 15, 1944, Prime Minister Churchill said: »It [the Polish territorial settlement] would of course have to be accompanied by the disentanglement of populations in the East and in the North. The transference of several millions of people would have to be effected from the East to the West or North as well as expulsions of the Germans because that is what is proposed: the total expulsion of the German – from the area to be acquired by Poland in the West and in the North.«⁶ It was a matter of moving the eastern and western borders of Poland westwards. The Soviet Union was to expand at Poland's expense and Poland was to be compensated for Russian claims at the expense of Germany.

4 Ibid., p. 211.

5 Ibid.

6 PRO, FO 371/46810 C 2317, Transfer of German Populations, 450316. (FO General correspondence, political).

When the representatives of the Soviet government, the British government and Mikolaiczuk, the representative of the Polish London government, met in October 1944 in Moscow, the following provisions were proposed regarding the Polish future borders: »1) In the West, Germans in the territories to be ceded by Germany to Poland should be repatriated to Germany. 2) In the East, Soviet-Polish agreements would regulate reciprocal transfer and the repatriation of the population of both countries and the release of persons detained.«⁷

The statements from Moscow in October and the Prime Minister's speech of December might be regarded as the basic policy of the time concerning the German population in those areas which after the war would be administered by Poland. The British point of view on the future Polish-Soviet borderline seems to have been that the eastern border was a bilateral problem, while the western border might be regarded as a multilateral problem. However, Poland's changed boundaries would mean that millions of people of German and Polish origin were to be transferred in the coming years.

Yalta

The Big Three – Roosevelt, Churchill and Stalin – conferred at Yalta in the Crimea from February 4 to February 11, 1945. At that time, the Red Army already controlled almost all of Poland. When the Soviet Army seized control of German-occupied Polish territory in January 1944, a Polish Liberation Committee was set up and recognized by the Soviet Union. In the same month, the Soviet Union proposed that the new Polish-Soviet frontier should follow the so-called ›Curzon Line‹. The reaction of the Polish government in London to the proposal was that they could not participate in unilateral decisions concerning the frontier of Poland. They had to approach the United States and the United Kingdom for mediation. The Polish Liberation Committee, however, was of the opinion that the Soviet proposal was just a basis for a settlement of the boundary problems.⁸ The future of Poland was to become both the most difficult and the most frequently discussed question at Yalta. The attitude of the Western Allies seems to have been that they were more concerned with Poland's political system than with the future extent of the Polish state.⁹

The leaders of the United Kingdom and the United States came to Yalta Conference with the intention of not recognizing the so-called Lublin regime.

7 Ibid.

8 Joseph B. Schechtman, *Postwar Population Transfers in Europe 1945–1955*, Philadelphia 1962, pp. 155ff.

9 Elizabeth Wiskeman, *Germany's Eastern Neighbours. Problems relating to the Oder-Neisse Line and the Czech Frontier Region*, London 1947, p. 83.

They wanted a government that represented the majority of the Polish people. It was estimated that the Lublin Committee represented only a small minority of the Polish population.¹⁰ The future Polish government should »as soon as possible« be appointed through free elections. In the meantime, the West had to accept the Lublin Committee as a temporary arrangement. At the beginning of the conference, the Lublin Provisional Government, which was permitted to participate in the conference, declared that it had taken over the administration of the country up to the Oder and western Neisse, which meant that it was in control of those German areas which were to be discussed at the Yalta Conference.¹¹

The eastern borders of Poland were settled at the Yalta Conference. It was agreed that the future border between Poland and the Soviet Union would follow the »Curzon Line« with minor modifications in favour of Poland. If this decision were to be carried out it would affect millions of people.¹² As regards the western frontier, the Yalta agreement said that Poland must be compensated in the north and west. The size of the future Polish western territory was to be determined after a fully representative Polish government had been elected. It was also added that the final delimitation of the future Polish-German boundary would be decided at the peace conference.¹³

Why was the western Polish border not settled at the Yalta Conference? From a British point of view, the transfer of people was not so much a matter of principle but a technical problem. Churchill stated at the conference that he was not afraid of moving people as long as the transfer was proportionate to what the Poles could manage and to what could be absorbed by Germany. The matter required study, not as a question of principle, but as a practical matter. On February 10, the day before the conference ended, a telegram from the British War Cabinet arrived which strongly objected to any reference to a boundary as far west as the western Neisse, stating that the problem of moving the population was too big to handle. The judgement of the British War Cabinet and the statement of Churchill referred to obviously had a certain impact in delaying the decision on the future Polish-German borders.¹⁴

Another interpretation would be that the question of Polish borders and the consequent mass movements of people were subordinate to the problem of the internal organisation of the new Poland. It might be surmised

10 Geir Lundestad, *The American Non-policy towards Eastern Europe 1943–1947. Universalism in an Area not of Essential Interest to the United States*, Oslo 1975, p. 193.

11 Josef Foschepoth, *Großbritannien, die Sowjetunion und die Westverschiebung Polens*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 34. 1983, H. 2, pp. 61–90, here p. 83.

12 Schechtman, *Postwar Transfers*, p. 156.

13 *Ibid.*, p. 155.

14 Foschepoth, *Großbritannien, Sowjetunion und Westverschiebung Polens*, p. 77.

that the future Polish ›independence‹ was a matter of political ›system rivalry‹ between Great Britain and the Soviet Union. When the British accepted the ›Curzon Line‹ as the border between Poland and Russia, this might have been a policy of consent. However, the British were not yet prepared to consent to the Oder-Neisse line. They still wanted to retain influence in Poland and Eastern Europe.¹⁵ The Yalta Conference closed without an agreement on the Polish-German frontier. Nor were any decisions made with respect to the number of Germans to be transferred, or the time when these transfers were to begin.

Between Yalta and Potsdam

After the Yalta Conference, the British view was that the European Advisory Commission (EAC) would be the proper forum for discussing the German refugee problem. The EAC was established at a Foreign Ministers' Conference in Moscow in October 1943 and came to an end after taking its final decision on the French sector of Berlin in July 1945. The Commission sat in London, and one of the articles in Annexe 2 to the Protocol of the Moscow Conference was: »The Commission will study and make joint recommendations to the three Governments upon European questions connected with the termination of hostilities which the three Governments may consider appropriate to refer to it. For this purpose the members of the Commission will be supplied by their Governments with all relevant information on political and military developments affecting their work.«¹⁶

The German historian Ernst Deuerlein defines the role of the EAC as the most crucial instrument for the planning of Allied postwar policy in Germany. However, the Commission did not manage to establish a framework of permanent and rational arrangements for Germany in the postwar period. This was in part due to the fact that East-West tensions were intensified as the war drew closer to its end.

After a delay of two months, the EAC met in April 1945. In the many formal and informal meetings that were held by the Commission, one important item on the agenda was the »Transfer of populations to Germany«. William Strang (later Lord Strang), the British representative in the EAC with the rank of ambassador, said in a draft memorandum that it was important to establish the principle that the transfers, which would be likely to create many complex problems, should be regarded as a matter of international concern. It was, according to Strang, important to prevent an unregulated flow of population. If this did not succeed it would hamper the occupying and controlling authorities in their primary tasks, that is the disarmament of

15 Ibid., p. 73.

16 Daniel J. Nelson, *Wartime Origins of the Berlin Dilemma*, Alabama 1978, p. 14.

all German forces, the dissolution of all Nazi organisations, the repatriation of Displaced Persons, etc.¹⁷

In July 1944, the Secretary of War, Sir John Grigg, said that as the Russians would probably do most of the moving of populations, he was of the opinion that the British government should not take the initiative in the matter. The question was still of interest, and William Strang argued that the U.K. delegation to the EAC should refrain from initiating any discussions on subjects such as the areas from which people should be transferred, the numbers to be transferred, and the questions by whom and by what principles the transferees should be selected for transfer.¹⁸ The British government was consequently careful not to act unilaterally and stressed that the transfers were a matter of international concern and should be jointly handled by the powers responsible for the occupation of Germany. Apart from the fact that the British government was heavily dependent on the policy of the other Allied Powers, it felt that it should not force the issue and let the matter be determined before the peace treaty.¹⁹

While the Foreign Office was elaborating the British strategy on German refugees, the Red Army was advancing to the heart of Germany and, in so doing, created a *fait accompli* in the Oder-Neisse area. As a result of the Soviet offensive, large groups of Germans fled from those parts of Germany overrun by the Russians.

Ever since the Yalta Conference, the claims of the Lublin Committee for territorial compensation at the expense of Germany had bothered the Foreign Office. It was also troubled by the fact that the Soviet Union allowed the Poles to administer the region up to the Oder and the western Neisse. The Foreign Office was in no position to estimate the number of refugees or of those remaining in the region. The fact that the area had been one of the main sources of German grain supply made the problem even worse. The future ›rump Germany‹ would be an overpopulated area without proper means to feed itself.²⁰

The British policy followed the same lines until the Potsdam Conference. The Foreign Office stance was mainly based on the following assumptions. Firstly, the question of German refugees ought to be treated with great caution, because this would benefit British interests. It might be that the British were not yet prepared to confront their Russian ally. Secondly, as mentioned above, the problem of German refugees was still supposed to be a

17 PRO, FO 371/46810 C 2317, Transfer of German Populations, 450316. (FO General correspondence, political).

18 Ibid.

19 Ibid.

20 Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, vol. V, p. 211.

matter of international concern. It was of the utmost importance to refer all refugee movements into Germany to the Allied Control Commission to prevent an unregulated flow of refugees. If not, the movements would entail a heavy demand for food, transport and shelter, which were needed elsewhere. As the war was coming to an end, the British were gradually coming to an understanding of the likely impact of mass movements on postwar Germany, but this understanding of future consequences did not as yet change the British approach.

However, in an April 1945 analysis of the Soviet foreign policy, the British Under Secretary of State, Orme Sargent, said that the British should openly state that they were of the opinion that the Soviet and British positions on the European scene had altered. It was of great importance to put an end to the present state of paralysis. The prevailing situation would, according to the Foreign Office, only benefit the Soviet Union and put the British into an unfavourable position.²¹

In the months preceding the Potsdam Conference, British scope for action decreased. In the middle of June, a Parliamentary question was put forward to the Secretary of State for Foreign Affairs, Mr. Eden, as to whether the British government would intervene with the appropriate foreign powers to prevent the mass deportation of millions of innocent people. The answer, as prepared by a Foreign Office draft, stated that, apart from the transfer of the Sudeten Germans, the British government had never discussed the question of population transfers in any detail with the other Allied powers. Concerning the Soviet ally the following view was put forward: »Nothing we say or do is likely to have any effect upon what takes place in the Soviet zone.«²² The answer expressed the hope that the refugee problem, or at any rate that part of it concerned with the ultimate screening and resettling in Germany, would probably engage the attention of the Allied Control Council in Germany, adding: »If that body ever lived to enjoy an effective existence.« In retrospect this statement can be seen as indicating the dawning of the Cold War.

In other words, the hope of future cooperation on German problems was decreasing, and the British had to recognize the military supremacy of the Russians who made no secret of their desire for revenge on Germany after the suffering inflicted upon them since June 1941. However, this did not mean that the question of transfers from Poland and the Polish borders were lost causes from the British point of view. The problem was how to come to terms with the Russians.²³

21 Foschepoth, Großbritannien, Sowjetunion und Westverschiebung Polens, p. 78.

22 PRO, FO 371/46810/C 3226, Dennis Allen, Northern Department, 450613.

23 Foschepoth, Großbritannien, Sowjetunion und Westverschiebung Polens, p. 79.

The movement of people and the revision of borders in the Oder-Neisse area would mean a potential threat to future Polish-German relations. For the Russians, it was a security interest to intensify Polish-German tensions. A future neutralised Germany and a weak Poland dependent on the Russians would mean Soviet domination in a key area of Eastern Europe. The Soviet concept of security accordingly implied support of the extreme Polish claims to former German territory, that is to say the claims of the Lublin Committee. In the long run, the Polish administration would involve transfer of the Germans as a result of the Polish struggle for national security.²⁴

In the spring of 1945, the expulsion of large groups of Germans was carried out without the authorization of the Western Allies. In March, the government in Warsaw assumed the formal administration of the »liberated areas«, and the German areas were referred to as the Recovered Territories.²⁵ As mentioned above, the cession of the eastern parts of Poland to the Soviet Union entailed transferring a great number of people. The transfer of the Poles living east of the »Curzon Line« became possible when the German territories had been taken over by the Polish authorities. In March, large numbers of newcomers were directed to the Recovered Territories. Consequently, the decision at Yalta to change the Polish-Soviet border meant that another push factor was created to drive out Germans from Poland before the allied summit meeting was held at Potsdam.

Potsdam

The position of the British government before Potsdam was that Germany within the borders of 1937 should be administered by the Supreme Authority of the Allies in Germany. When Churchill came to Potsdam, he stated that »His Majesty's Government did not admit that territory in the east of Germany overrun during the war could now be regarded as having become Polish territory.« According to the Foreign Office memorandum of July 12, 1945, intended as a brief for the Potsdam delegation, British acceptance of the Polish claim would mean concessions to the maximum Russian claims. This would be regarded as a sign of weakness and provoke other demands. The Foreign Office was also troubled by the fact that the Soviet government was to place part of their zone outside the power not only of the Allied Control Council but also of the Soviet Commander-in-chief. However, earlier com-

24 Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, vol. V, p. 410.

25 Janusz Ziolkowski, *The Population of the Western Territories*, in: Bochnan Gruchman et al., *Polish Western Territories*, Poznan 1959, p. 128.

mitments at Teheran and Yalta made it hard to alter British policy on the Polish-German border.²⁶

In a brief submitted to the Big Three Meeting of July 4, 1945, the British policy on the transfers of Germans was expressed. The proposed formula on the matters was as follows: »The Three Powers, having considered the question in all its aspects, have agreed that the transfer to Germany of German population from Central and South Eastern Europe is in principle desirable. They have further agreed that any transfers that take place should be carefully supervised and controlled, in order that they may be effected in as orderly and humane manner as possible. They consider that the actual procedure of the transfers of these persons to Germany should be worked out by the Allied Control Council in Germany in consultation with the Governments concerned, due regard being paid to the capacity of Germany to absorb them.«²⁷

Still the opinion prevailed that the British should refrain from taking the initiative in these matters. According to the memorandum, one argument presuming this position was that Britain was the least directly interested among the Three Powers, because the British zone was the furthest removed from the Polish and Czechoslovak frontiers. Although it was said in the proposed formula that transfers were in principle desirable, the British delegation had no mandate but to accept the total expulsion of Germans from the Oder-Neisse area. Discussions were yet to come about the future status of this region. It was admitted in a memorandum that the British were committed to a wholesale transfer of German population from the areas in Germany which were to be placed under Polish sovereignty. The recommendation of the Interdepartmental Committee was still pertinent (wholesale transfer) but the German area ceded to Poland was not yet determined. Nor were the numbers and timetables settled as yet.²⁸

The Foreign Office found the situation prevailing in July in Poland and Polish-occupied Germany obscure. They did not know how large a proportion of the German population had fled westward before the Red Army or how many Germans had been deported eastward for labour camps in the Soviet Union. In July 1945, the Foreign Office had to rely on the figures of the Interdepartmental Committee for the previous year. It was at that time estimated that the Germans in Poland and the territories to be occupied by Poland might amount to anything between five and eight million persons. Once

26 Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, vol. V, pp. 410ff. See also Hans-Åke Persson, *Viadrina to the Oder-Neisse Line: Historical Evolution and the Prospects of Regional Cooperation*, in: Sven Tägil (ed.), *Regions in the History of Central Europe*, London 1999.

27 PRO, FO 371/46810, 450704.

28 *Ibid.*

again it was emphasised that to avoid an unregulated flow of refugees when the question of principle was settled, the Allied Control Council in Germany would have to decide on methods and the timing of the transfer of expelled German populations to Germany.²⁹

At Potsdam, the West accepted Russia's demands for reparations and boundary changes. The conference decided that the Soviet Union should be compensated for war damages by ten billion dollars. It was also stated that the German eastern borders be temporarily fixed at the Oder-Neisse line.³⁰ During the conference, the Russians argued that no single German remained in the territory to be given to Poland and that it would be unlikely that the Poles would have them back. The Russian assessment that the Germans had left was, however, disputed by the British. (One might estimate that, in July, four million Germans still lived in these areas.)³¹

The British point of view was that Poland should be compensated for the land she had lost east of the ›Curzon Line‹. But it was stressed that Poland was claiming more than she was giving up. Furthermore, the British said that the idea of transferring millions of Germans to make room for the Poles who were to be moved from east of the ›Curzon Line‹ would cause a reaction from British public opinion. According to Churchill, the transfer of eight and a quarter million people would be more than he could defend. When new Prime Minister Attlee and new Foreign Secretary Bevin arrived at Potsdam in the middle of the conference, it was obvious that the Poles had the full support of the Russians. Bevin was of the opinion that there was nothing to be gained by challenging the Polish claims. It was important, though, to seek in return satisfactory assurances on political developments in Poland.³²

In fact, when the Polish question was settled, the British tended to be more concerned with practical consideration regarding the concrete problems of postwar reorganisation. The important thing appeared to be to administer the British zone in such a way that it would not become a burden to the British economy. However, the Allies never consented to the Oder-Neisse boundary as a permanent solution. The Polish administration would be only temporary. The fate of the area was to be decided by a future peace conference. This meant that Poland became the fifth occupation power on German territory. Moreover, in article XIII of the Potsdam agreement, the Allies consented to the transfer to Germany of German populations remaining in Po-

29 PRO, FO 1049/492, Report of the Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations (ICTGP), 440512.

30 Derek W. Urwin, *Western Europe since 1945*, London 1981, p. 87.

31 Rohan Butler (ed.), *Documents on British Policy Overseas*, series I, vol. I: *The Conference at Potsdam 1945*, London 1984, pp. 509–511.

32 Victori Rothwell, *Britain and the Cold War*, London 1982, p. 47.

land, Czechoslovakia and Hungary. It was added that the transfer should be effected in an orderly and humane way.³³

The Potsdam decision to allocate these territories to Polish administration inevitably led to the decision of the Allied Control Council to transfer the entire German population from the area handed over to Poland. No distinction was made between single provinces of this area: It was to be cleared in its totality of the remaining German population. All Germans who had fled their residence were implicitly prohibited from returning.

British Reaction after Potsdam

To understand the deadlock on the German refugee problem, it is necessary to understand the context in which this question was treated. In August 1945, World War II was over, the enemy was defeated, and common cause had come to its end. Other values and interests would determine the future relations between the Allies. According to the Foreign Office, it was the complete lack of any German or inter-Allied organisation to deal with the problem that made the situation worse in the period immediately following the Potsdam negotiations.

For practical and political reasons, it was no longer a question of treating the matter cautiously which had been the British point of view months earlier. The British troops in Germany were faced with a people and country in a devastated condition. »In Germany absolute chaos ruled in spring 1945. 2.5 million dwellings were destroyed. 4.4 million dwellings were badly damaged – more than the total built between 1918 and 1937. Bombing had made roads and railways unusable. Everywhere there was famine and a total lack of clothing, medicines and fuel.«³⁴ The chaotic situation made the British forbid any entrance of refugees into their zone. The barrier was supposed to be lifted when an organised transfer could take place. At the same time, it was estimated that millions of German refugees from the East were drawn together in the Russian zone, which created pressure on the sealed frontiers of the British and American zones.

During the first postwar years, the British-Russian relationship might be described as a mixture of conflict and cooperation. The Russians were, in fact, in control of the Polish-administered areas. And whatever the Russian-Polish goals were concerning the transfers of German population, the British had to avoid conflict and seek cooperation, as they had, after all, signed the Potsdam agreement. The British attitude to the Soviet Union on the question

33 Foschepoth, Großbritannien, Sowjetunion und Westverschiebung Polens, p. 79.

34 Werner Middelman, Entstehung und Aufgaben der Flüchtlingsverwaltung, in: Eugen Lemberg/Friedrich Edding (Hg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland, vol. I, Kiel 1959, pp. 276–299, here p. 277.

of German refugees might, however, be described in Cold War terms, as exemplified by the former Prime Minister Churchill's speech in March 1946, when he said: »The Russian dominated Polish Government has been encouraged to make enormous and wrongful inroads upon Germany, and mass expulsion of millions of Germans on a scale grievous and undreamed of are now taking place.«³⁵

The so-called Fulton speech shows a different attitude from Churchill's statement of December 1944, when he consented to a wholesale transfer. The speech can be explained by the aggravation of East-West relations in Germany from 1946, in which the refugees played their part in a propaganda war between the two sides. It was important for the West to seek the full support of the Germans and, consequently, put the blame on the Russian side.³⁶

The argument was that the Poles could not have carried out the expulsions without Russian consent. It was said that the Russians must assume almost exclusive responsibility, and the Foreign Office was troubled by the fact, as they saw it, that the Soviet Union had shown no sign of being in the least concerned about the problem. However, putting the blame on someone else did not help the British forces in Germany, and the Foreign Office found itself unable to draw up a policy that would solve the problem.³⁷

It fell upon defeated Germany to take full responsibility for the incoming Germans. It goes without saying that the German authorities were in no position to deal with a problem of this magnitude. The British tried to delay the expulsion of further Germans from the Polish-administered areas, because they were not yet prepared for the array of problems connected with the settlement of refugees. Even though in August and September the refugees had not yet entered the British zone of occupation, the sight of tens of thousands of refugees in the Berlin area made the British delegation at Potsdam aware of the potential threat the refugees constituted. The problem became all the more acute as the British were to occupy the densely populated and food-importing areas of the Rhineland and the Ruhr. The question of the numbers to feed was, consequently, a crucial one for the British government.³⁸

The British voiced deep concern about the situation, but they did very little to improve it. The occupation authorities who dealt with the refugees showed an almost fatalistic attitude. They found the circumstances hopeless and were not able to foresee a long-term solution. In other words, the main

35 Winston Churchill, *The Sinews of Peace*, London 1948, p. 100.

36 Christopher John Bartlett, *The Global Conflict*, London 1984, p. 259.

37 Butler (ed.), *Documents on British Policy Overseas*, series I, vol. 1: Potsdam, p. 1054.

38 Rothwell, *Britain and the Cold War*, p. 108.

effort of the British administration during the first year of occupation did not aim at constructive resettlement for the refugees, but rather at preventing their future arrival under the Potsdam scheme.³⁹

At the same time, a problem of a different kind came to the fore in Britain: the British anxiety on the question of German refugees, as expressed in newspapers, editorials, parliamentary debates, and so on. It was estimated by the Foreign Office that this »anxiety will no doubt increase as the facts of the situation become further known.« In the aftermath of Potsdam, the British government found itself under internal and external pressure.

As the Allied Control Council met in September under British leadership, it was to a large extent concerned with the mass movements of German from the east. However, the Control Council was not yet in a position to work efficiently. As the *Times* correspondent in Berlin put it at the time (September 11, 1945): »But so far its decisions have been more or less academic and they are not likely to have any deep influence on the universal chaos of Germany until Russian intentions become clearer.«

At the same time, in the middle of September, it was the judgement of the Foreign Office, in a memorandum to the Prime Minister, that the Germans were paying in the most dreadful way for their misdeeds of the previous ten years. It was estimated by the German Economic Department in the Foreign Office that if all Germans in Eastern Europe were transferred the total would amount to over 16 million. The total of the evacuated Germans was not known, and the stated numbers were regarded as pure guesses. According to the memorandum, it was difficult to suggest any effective remedy. The British authorities were arranging accommodation available in the British zone for the reception of a quota of the refugees. But, as was admitted in the memorandum, it was already hard to find sufficient food and shelter even for the present population of the British zone, and it was anticipated that »there is going to be a fearful disaster.«⁴⁰

It was the task of the Control Commission to examine the German refugee problem with special regard to the question of the equitable distribution of the refugees among the several zones, and it was felt that the Soviet representative was deliberately obstructing the work of the Control Commission regarding the German refugee problem. The Soviet purpose, according to the British point of view, was that by the time the Control Commission could make any concrete proposals, the Germans from Poland and Czechoslovakia would have been expelled.

The Foreign Office had the impression that »the anxiety of the British public« could be used as an instrument of foreign policy. It was of great

39 Schechtman, *Postwar Transfers*, p. 108.

40 PRO, FO 371/46812.

value to show the Russians and the Poles that the British public was agitated over the question, and it would bring home to the public that the British government was doing its best to diminish the impending disaster. Moreover, officially it was crucial to underline that the British government was not to blame and that it was doing its utmost to diminish the problem, even though the result would not be very great.

It might be that in September, the British authorities anticipated that the refugee problem would get out of hand. It was never a matter of confronting the Russians on the subject, as they were, according to the Foreign Office, in full control of the expulsions but left the refugees to fend for themselves. The British had to rely on the Allied Control Council, which was the supreme organ of control of the Military Government of Germany. Of course, when they could use other means in the negotiations, they would do so. However, during the autumn of 1945 the British authorities were still not in the position to take the initiative in these matters, and their policy remained defensive.

The fact that millions of people had been victimized by the German seizure of territories in Eastern Europe might be one way of understanding why the British accepted the expulsions. Although the British government did not accept the principle of collective guilt at the Potsdam Conference, it agreed, in November 1945, to the transfer of large numbers of Germans. On November 20, the Allied Control Council had approved a plan whereby 6,650,000 people would be brought to ›rump Germany‹ and allocated between the four zones. On top of this figure there were the vast numbers of Germans that had already been driven out of Poland and Czechoslovakia.

The British Zone: Repatriation and Attempts of Preparedness

The unorganized expulsion from Central and Eastern Europe into occupied Germany continued following the Potsdam Conference. One way to facilitate the reception of the expellees was to convince as many Displaced Persons (DPs) as possible to be voluntary repatriated. In any case, the British burden of sustaining their zone could temporarily be alleviated through a reduction in the number of DPs.

During the autumn of 1945, no significant process was made in the voluntary repatriation of Polish DPs in the British zone. When the plan for organized transfers was adopted by the Allied Control Authority (ACA) on November 20, only about 120,000 Polish DPs chose to return to Poland. Just over 400,000 remained at this time. The declaration that ›any transfers of population into the British zone must be offset by deportations from the zone‹ was a general principle applicable to all population movements to and

from the British zone. The principle could not, however, be realized, due to the refusal of many DPs to return to Poland.⁴¹

The British authorities in the zone had trouble overseeing and monitoring the undesired influx of *Reichs- und Volksdeutsche* from Central and Eastern Europe. This was partly due to the fact that other categories, i.e. Germans originating from other zones, were on the move throughout occupied Germany. It was furthermore relatively easy to move from one zone to the other. According to the British, the millions of expellees in the Soviet zone could without difficulty cross the border to the British zone. The British speculated that the USSR had already opened its zone to Germans from areas east of the Oder-Neisse line and from Czechoslovakia, which implied that the USSR, Poland and Czechoslovakia had failed to heed the Potsdam agreement to temporarily interrupt the expulsion.

According to the ACA plan of November 1945, over 6 million individuals were to be transferred via the organized expulsion. Within the Foreign Office, however, a number of questions were pending: How many had left during the spontaneous expulsion, and where exactly did these individuals live in November 1945? Were the majority of them in the Soviet zone? How many Germans remained in the area east of the Oder-Neisse line by June of that year? Stalin had contended that only 1.5 million remained by the time the Potsdam Conference opened.⁴²

The November plan was intended to result in a formal decision for organized expulsion at the earliest possible date. Specific instructions as to how the operation was to be implemented were not, however, provided, and the ACA had dealt with the plan rather quickly. Contrary to British assumptions, the Soviets did not impede cooperation on the planning of the expulsion, since they presumably hoped to see the problem resolved at the earliest possible date. None of the Allies wished to see the question accorded more attention than was absolutely necessary. Rather, the occupied powers would arrange the organized expulsion on a bilateral basis with the states involved. Although the Allied had defined expulsion as »a German problem«, no German representatives figured in the context.

The British ambassador to Warsaw made it clear early on that British interests in Poland were best served by the rapid implementation of organized expulsion. Britain could furthermore maintain its interests in the reconstruction of the Polish state process by assisting Poland in the expulsion of

41 PRO, FO 1030/17, Terminal Agenda, Office of the Chief of Staff, British Zone, 450730. Military Governor and Military Government.

42 PRO, FO 1005/834, Allied Control Authority, Directorate of Prisoners of War and Displaced Persons, 451113. FO 371/46816 C 9236/95/18, Transfer of Germans from Poland, Minutes, Orme Sargent, 451203; Butler (ed.), Documents on British Policy Overseas, series I, vol. V, p. 371. Minute, Con O'Neill, 451122.

Germans. Any hesitation could be seen as the British favouring German interests over Polish ones.⁴³

The focus on the humanitarian aspect of the expulsion was the result of British public opinion, which called into question the inhumane treatment of Germans. This criticism was not, however, crucial. There was instead a relatively widespread belief in the British zone that there were no political gains to be had from a commitment to the humane implementation of organized expulsion.⁴⁴ Both in and out of Parliament, criticism was directed at the manner in which expulsion was conducted. How did the British government respond to this critique? The ›Save Europe Now‹ (SEN) movement came to play a significant role in arousing public opinion on the treatment of German expellees. Viktor Gollancz was a prominent figure in SEN and was twice received by Prime Minister Attlee. Gollancz's book ›In Darkest Germany‹ was released in January 1947 in three editions. With his persistent demands for information, the Labour member of Parliament Richard Stokes forced the British government to come forward with facts regarding the expulsion of Germans from Central and Eastern Europe.⁴⁵

The Minister for German Affairs John B. Hynd often stood for the answers, and subsequently revealed that both he and the other members of the new Labour government were in fact only sparsely informed of events on the other side of Iron Curtain.⁴⁶

The Cold War

›In an Orderly and Humane Manner‹

›Operation Swallow‹ was to entail the practical application of article XIII's provision for an organized expulsion to be conducted »in an orderly and humane manner.« Polish authorities were responsible for the transport itself and also controlled activity up to the border between the Soviet zone and the areas administered by Poland. The British were involved only in the actual transports, whether these proceeded through the Soviet zone or by sea. Upon arrival the expellees were distributed within the British zone by German authorities. The British repatriation team could potentially stop the transfers at the border between Poland and the Soviet zone, if these did not fulfil the

43 PRO, FO 1049/285, Cavendish-Bentinck to Bevin, 451220. FO 371/55390 C 147, from Warsaw (Mr. Hankey) to Foreign Office, 460103.

44 Hans-Åke Persson, *Rhetorik und Realpolitik. Großbritannien, die Oder-Neiße-Grenze und die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg*, Potsdam 1997, p. 195.

45 PRO, FO 371/46815 C 8286, Extract from House of Commons Debate, 451105. FO 371/46816 C 9288, Extract from House of Commons Debate, 451205.

46 Persson, *Rhetorik und Realpolitik*, p. 195.

criteria which were stipulated in the Polish-British bilateral agreement regulating the transfers.⁴⁷

It quickly became clear that the transports did not, in fact, meet the standards agreed upon. The Germans were roomed in narrow and unheated freight cars with no seating. Most were in deplorable condition and had not been given the food rations which had been agreed upon. There had been no possibility of bringing personal belongings or the 500 Reichsmark allowed, since the Germans were often expelled from their homes with no forewarning. Despite this evident breach of agreement, the British repatriation team gave the transports the go-ahead to proceed towards the British zone.

The British gradually came to oppose the transports, yet this was not due to the inhumane treatment of the German civilians, but rather due to the skewed selection of those groups which were represented. The majority consisted of older men, women and children, with the young and able workforce clearly underrepresented. According to British sources, the percentage of »able-bodied« individuals shifted between 4 and 12 percent. It was clear to the British that the Polish had conducted a selection process based on Poland's need of a workforce in both the industrial and agricultural sectors.⁴⁸ »A high proportion of the expellees consists of very old, weak and sick people. Only 20% are men and an even smaller percentage are fit men of an age to work (between 15–60). Thus it would appear that what the Polish authorities are transferring is not, as agreed at Potsdam, the German minority population, but a selection of it designed to transfer 1½ million of the sick and otherwise less useful part of the German minority into Western Germany.«⁴⁹

The question of livelihood in the British zone had clearly reached a critical point by late spring 1946. Areas comprising a substantial refugee population, such as Schleswig-Holstein, were particularly subjected. The daily calorie intake per individual in the British zone had sunk from 1,500 to 1,015. The British financed the support of their zone with tax revenues, and bread rationing was introduced in Great Britain. A severe trade deficit furthermore forced her to re-evaluate her position in Germany. The nature of Soviet intentions with respect to Germany were increasingly unclear, and the possibility of administrating Germany »as a whole« appeared slim indeed. Bevin saw a potential solution in the merging of the American and British

47 PRO, FO 371/55393. Agreement between British and Polish Representatives, Combined Repatriation Executive of the Transfer of German Population, 460214.

48 PRO, FO 1052/471, A.K. Jones, PW/DP, to Chief, PW/DP Division, Berlin, 460415 (Control Commission: Prisoners of War and Displaced Persons).

49 PRO, FO 1005/831, DPOW/(46)43. Report by the British member on failure by Polish Authorities to comply with agreed conditions as to humane movements in the transfer of German minority expellees to the British Zone of Germany, 460405.

zones, and the division of Germany into an eastern and a western sphere was discussed for the first time.⁵⁰

The British Foreign Secretary questioned the entire basis of the organized expulsion. There was also a certain concern that the expulsion of *Reichs- und Volksdeutsche* from the East was consciously exploited by the Russians in order to radicalize the situation in Western Germany. Within the Foreign Office, voices cried out that Britain had from the very beginning been betrayed in the negotiations for organized expulsion: »We have been taken for a ride.«⁵¹

Following a series of discussions within the Foreign Office, a significant reduction in transports was agreed upon. This measure was presented to the Polish as a result of declining humanitarian conditions. The leadership for the British zone would, however, consider resuming large-scale transports, if the expelled Germans (manpower) could be put to use in the reconstruction of the British zone. However, this could not be said in the open.⁵²

The superpower conflict escalated throughout the autumn of 1946. US-Secretary of State James F. Byrnes spoke in Stuttgart on September 6, signaling a crucial change in the political scene. In his speech, Byrnes advocated the drawing of a boundary east of Oder-Neisse, since Germany's best soils lay within these areas. The British ambassador in Poland, Cavendish-Bentinck, was concerned as to the Polish reaction to Byrnes' statement, although it was clear also to him that the situation for the Germans had become acute. Orme Sargent in the Foreign Office pointed out that a re-evaluation of the general British position was necessary, and that it was imperative that Britain pull closer to the Americans in order to safeguard British interests in Germany and in Europe in general. »As regards timing we have hitherto felt that it would be preferable as regards both German and Polish opinion to remain on the fence as long as possible thus encouraging the Germans to think that the Russians were mainly responsible for the loss of the eastern territories and encouraging the Poles to behave better in the hope of gaining our agreement to the present frontier.«⁵³

Anglo-American negotiations on the economic merging of their respective zones proceeded, but a break of relations with Poland was not on the agenda. Although free elections had not yet been held in Poland, the British

50 PRO, CAB 129/9 CP (46) 186, Policy towards Germany, Memorandum by the Secretary of State for Foreign Affairs, p. 1. Cabinet minutes and papers.

51 PRO, FO 371/64222 C 1520/17/18, Transfer of Populations, Minute R.M.A. Hankey, 470128.

52 Persson, *Rhetorik und Realpolitik*, p. 155.

53 PRO, FO 1012/36, Orme Sargent to Ernest Bevin, United Kingdom Delegation, New York. Draft Brief for CFM Meeting on Germany, 461120. Control Commission: Regional Headquarters and Local Files.

could not disregard the possibility that these would in fact take place. Furthermore, the democratic elements in Poland counted on British support.

Changed Positions

Already by the spring of 1946, it was clear to the British that the state of the population in their zone presented a problem which would require heavy financial commitments to solve. The situation became still more acute in the winter of 1946/47, partly due to an apparent increase in migration from the Soviet to the British zone. Many of these migrants were expellees, and had either left Poland prior to 1946 or had been part of the transports which travelled from Poland to the Soviet zone. According to British sources, the number of Germans from the East amounted to 4 million. Many perished of disease or famine during the coming winter.

One possible solution to the population problem was to adjust the Oder-Neisse line so that those areas which housed the bulk of the German population, such as Lower Schlesia, would no longer be under Polish administration. A significant number of those expelled from the British zone would thus be reverted to their home areas. This would also entail a great reduction in the number of expellees in the Soviet zone. Since the majority of those in the American zone arrived from the Sudeten area, such a revision would only marginally affect conditions in the U.S. zone.

Up to the meeting of foreign secretaries in Moscow in March 1947, the British had not intended to openly question the provisional boundaries. The repression of dissidents preceded the general elections in Poland in January 1947, confirming British concerns that a democratic development in Poland in the Western sense could not be expected. Great Britain could not, however, openly declare a change in the course of policy without first coordinating this with the U.S. Yet the British were unsure as to which policy the U.S. in fact intended to pursue.

The British ability to influence internal developments in Poland was limited. In October 1946, in a speech before Parliament, Bevin clearly addressed the Polish government in stating that British willingness to recognize the existing boundary was linked to the holding of free elections in Poland. The British thus attempted to work on the Polish in various ways. ›Operation Swallow‹, for instance, was not to be terminated in the autumn of 1946, since such a step could negatively affect the outcome of the free elections. The British position in Poland was becoming increasingly uncertain, while the USSR was securing its hold on domestic developments there.⁵⁴

54 PRO, FO 1049/86, Extracts from House of Commons Debates, 451026. Control Commission: Political Division.

A reprioritizing of British interests in Europe in 1947 entailed that Britain now focused entirely on the western part of Germany. British actors in the zone, with General Sir Brian Robertson at the head, took the initiative in dismantling the organized expulsion. While the zone personnel acted resolutely in this matter, the Foreign Office did not want to proceed too quickly.

As of autumn 1946, the British had repeatedly brought up the question of the expulsion policy within the ACA. This was due not only to the fact that the British saw the organized transfer process as basically over, but also since a number of countries housing German minorities now saw the possibility of removing these from their territories. The situation was slightly different in the case of Denmark, since the Danish state had since 1945 absorbed a great number of expellees. It was important for the British to support Denmark since this country was close ally, and the commitment to the Danish state increased in line with curtailment of ›Operation Swallow‹, a development which may also be understood as the British strive to consolidate its position in Western Europe.

With the creation of West Germany, political responsibility was transferred to the Federal Republic. The new state's first chancellor, Konrad Adenauer, recognized the political potential of the expellees. Brian Robertson and other Allied representatives feared that Adenauer might well launch a new stream of Germans from East to West, and the occupying powers thus introduced restrictions in the immigration of Germans residing outside of the Federal Republic.⁵⁵

Closing Remarks

An analysis of the expulsion problem during the period 1943–1949 allows us to trace the development of the Cold War, and grants a perspective on the relationship between different actors such as Great Britain, Poland and Germany, as well as on the escalation of the East-West conflict. The primary object of this presentation, however, has been the changing British view of the expellees.

The domestic decision-making process has been touched upon, thus putting into focus the conflicts, tactical considerations, discussions and arguments which lie at the base of a state's actions and policy in a specific question. The British acceptance of the Potsdam resolution for an organized expulsion was followed by difficulties in practical implementation. The position of various British groups of actors on the expulsion question shifted and branched out in different directions. In hindsight, the British handling of the problem appears ad-hoc and lacking in clear direction, if not confused. At the

55 Persson, *Rhetorik und Realpolitik*, pp. 177f.

base of this issue lies a constant interaction between organization and individual, where that which finally becomes policy is the result of a continuous collective process, with the parties reacting to stimuli rather than pursuing long-term goals.

Most historical research has treated the Cold War primarily from the perspective of the superpowers, thereby undermining the role of Great Britain. Research has, due to the dynamics inherent to both the Traditionalist and Revisionist perspectives, largely neglected Great Britain's role in the immediate postwar era. British historians as well as other researchers have launched a new interpretation, claiming that Great Britain actively contributed to the division of Germany. This important research result promotes a re-evaluation of the bipolar interpretation.

Following World War II, the British administration was faced with a number of trends in general developments. The partitioning and division of German territory must be understood in terms of the dynamics of power politics. With the fall of the ›Third Reich‹, a power vacuum had been created in Central Europe, and the conflict which ensued was coloured by the differing political, cultural and economic premises of the occupying powers.

The British decision-makers recognized their dependence on the other great powers, due to their own weakened position combined with the enhanced status of the U.S. and the USSR. This was true on both the regional, the European and the international arenas. Since the Teheran Conference, the British had to accept that they would have trouble influencing developments in Central and Eastern Europe. In light of the changes in power politics up to Potsdam, the mini-scenario of Central and Eastern European trends, which was focused on by Great Britain, appeared somewhat obsolete.

Without the power position of the USSR, Poland's western boundary would not have been drawn at the Oder-Neisse line. The British and the Americans would both have preferred a border which satisfied two demands both related to occupied Germany, namely, that Germany would retain significant parts of traditional agricultural areas in the east, and that the number of expellees would be brought down to a bare minimum.

A full year went by between the British termination of ›Operation Swallow‹ in August 1946, and the formal decision to terminate the organized transfer in the summer of 1947, and this may be seen as an accurate illustration of Britain's policy towards Poland and Germany. As the British involvement in Poland declined, it correspondingly increased in Germany.

The British wait-and-see strategy in the expulsion question suggests that the placing of the so-called ›British turning point‹ in the spring of 1946 can be modified. The group of British actors involved may appear indecisive in their ›for or against‹ reasoning in the expulsion question in 1946/47, but

this indecisiveness was in fact linked to the British refusal to accept total Soviet domination of Eastern Europe, or in any case of Poland.

On the other hand, the cutback of organized transports also reflected the economic, social and political problems which the British were experiencing in their zone in 1946. British officials, both in the zone and in London, speculated that the USSR exploited the expulsion in order to politically radicalize the western areas of Germany by instituting chaos. Substantial financial efforts were necessary in order to retain control in the British zone. The merging of the American and British zones was a necessity, and the British and Americans saw no basis for still regarding Germany as an economic unit.

The British stance *vis-à-vis* Poland, Germany and the USSR in 1945–1947 was characterized by a number of contending trends. One could argue that the British neither worked for nor against an East-West confrontation, but that developments on the European continent as of 1946 pushed Great Britain into assuming a definite position. The only viable alternative was to try and preserve British interests in the western part of Germany by all means. It is through this strategy that the individual German who had been expelled from Central or Eastern Europe was given a certain value – if not a human one, then a political one.

Arūnė Liucija Arbušauskaitė

The Soviet Policy Towards the >Kaliningrad Germans< 1945–1951

In spite of five and a half decades since World War II, there are still plenty of >blank spots< and unexplored questions in the history of the early postwar period. The social and migratory processes in former East Prussia fall into such a category. This German territory was divided between the USSR and Poland in the Potsdam Conference in 1945. The USSR received the Königsberg region (i.e. the Kaliningrad region now) and the territory of Klaipėda (Memel region = Memelgebiet), which had been part of the Republic of Lithuania from 1923 to 1939.

The scientific exploration of this problem did not start until recently, for not only has the Königsberg-Kaliningrad region itself been closed, but even all documentation concerning the region was inaccessible for research. In principle, it was clear what had happened there – that is a complete change of the population – but the questions >how< and >why< were raised and left unanswered. The declassification of the archives in the Russian Federation and in the Lithuanian Republic creates auspicious conditions for investigating the processes mentioned above. It is essential today to examine the past of the Königsberg-Kaliningrad region because the problem of this region is not only a scientific but also a political issue. The situation of the region as a Russian enclave acquires wide international importance especially in the context of the international obligations not only of the Baltic States but also of Russia in order to join the European Union and NATO.¹

Some circumstances must be taken into account. First, it must be made clear what structures of the Red Army had direct contacts with the civil inhabitants:

1. The front sub-units of the NKVD² forces which marched together with or followed the Red Army in the field. Formally these sub-units were at the disposition both of the Military Council at the Front, the State Defense Committee of the USSR (GKO) and the Commissar of Internal Affairs, L. Berija. The functions of the sub-units were to arrange the >classification<

1 The research is based on material from the archives of the Russian Federation (Moscow, Kaliningrad) and former special depositories of Lithuania.

2 NKVD (Narodnyj komissariat vnutrennich del/The People's Commissariat of Internal Affairs).

of the civil inhabitants according to criteria determined by the NKVD in the territories occupied and close to the front. The civil inhabitants who were caught in the range of vision were put into a ›special contingent‹. In order to execute the main functions, stationary and mobile prisons and camps, different in their status, were founded. Thus the net of various camps and screening (control) posts was situated in the entire rear of the Red Army.

2. In the summer of 1942, the Special Department Board of the USSR Defense Commissariat founded the military counter-espionage called ›Smersh‹ (›Smertj Shpionam‹, i.e. ›Death to Spies‹) which was at the disposition of the Commander-in-Chief. Until March 1946, it was under the supervision of Colonel General Viktor Abakumov.
3. All operative forces of the rear were under the supervision of Red Army military service commander – General of the Army A.V. Khruljov.
4. Independent trophy forces were founded on 19 April 1943 by the secret GKO resolution no. 3210. Its military scope and material basis resembled the other forces; they were lead by General F. Vachitov. The actions of the unit were directly connected with the requisition and collection of reparations in the ›liberated territories‹. However, this subject has actually not been examined until today.

Second, during the Red Army march into the territories of East Prussia, a few GKO's resolutions issued between late 1944 and early 1945 were in effect. They regulated the compulsory detention of people suitable for physical work and bearing arms (the age range was 17–50, and in East Prussia started from 15 years). This circumstance determined the destiny of many civilians.

Königsberg under Siege. Inside and Outside

A tragic situation befell the peaceful inhabitants who did not manage to retreat and stayed in besieged Königsberg. According to the data of the NKVD and ›Smersh‹ agency, on 22 February 1945 ›there are about a million local and evacuated inhabitants in the city, not taking into account the garrison. Among them there are many members of the fascist party, businessmen and head officials with their families, who had escaped from other cities of East Prussia and who live in tents, shelters, house ruins and cellars because of the shortage of housing. There is a great shortage of food. One inhabitant gets 300 gr. of bread and 200 gr. of meat or its substitute for a week. There is a high mortality rate in the city, and a great number of injured and sick with enteric and spotted fever. The number of the diseased rises very quickly because they are not isolated [...] all the hospitals, outpatient clinics and undestroyed houses are filled up with injured soldiers and officers. Some inhabitants tried to reach Pillau in small groups on foot. They tried to cross the bay, but the ice was very thin and constantly broken by our artillery and

aviation. Many people drowned. The Gestapo and SS troops arrested and executed hundreds of inhabitants for breaking into military food depots and petitioning the government to stop resisting and declare Königsberg an open city or let the inhabitants enter the territory occupied by the Red Army. Captured officers and soldiers state that the city is ready for a long siege [...] but there is a great fear of a revolt by the hungry.«³

A great number of agents and informants, who constantly reported about the German resident's mood in the Red Army's rear, functioned in all collection and screening (control) posts. Their intelligence might be depicted as follows: »Most people interpret the arrests of the members of German fascist organizations and the whole mobilization of the inhabitants suitable for physical work as the Red Army's revenge for villainous acts against the Soviet citizens during the occupation. Many people state that Germany's defeat was inevitable, and that Hitler and his clique resisted that they could achieve an acceptable treaty of peace and avoid unconditional surrender. Captured Germans interpreted the foundation of ›Volkssturm‹ detachments as the biggest mistake of the German nation. Especially the fact that the leadership was NSDAP is considered as the most negative factor. Rumors were spread among prisoners that the Oberpresident of East Prussia and Gauleiter KOCH tried to escape from Königsberg. He had changed his clothes into civil ones and was captured by soldiers, recognized, and shot dead. Among arrested Germans and Poles the relationship was especially tense. Quarrels arose very often. Germans requested that East Prussia be annexed rather by the USSR than by Poland. A part of the arrested saw their arrest as a result of the Soviet government's actions to protect the rear from a partisan movement. They expected to be held until the end of the war, then let go home. Others expected deportation to the depth of the USSR, which they were very afraid of. Among the arrested women, there was talk that they were gathered for sterilization.«⁴

Besides that, NKVD functionaries registered and reported to Moscow about the Red Army officials' ›improper behaviour« – the rape of German women was called so in documents: »Inhabitant of Cranz, German SHENERAITER WILGELM declared in the screening post: on 12 February, some soldiers broke into his flat and started raping all women, underage girls and elderly women. His daughter Gertruda who was raped more than once stated that famine was waiting for the Germans left in the Red Army's rear, epidemics and repression by the NKVD were coming. German CHORLING ERNST, born in 1907, declared that his wife was raped by a group of Red

3 GARF (Gosudarstvennyj Arhiv Rossijskoj Federacii/The State Archives of Russian Federation), Fund R-9401, inv. 2, dossier 93, pp. 4f.

4 Spec. report of Security Commissar Tkatchenko on the name L. Berija of 16 March 1945; *ibid.*, d. 94, pp. 85f.

Army's officers and soldiers on 8 February. He also added that he had not believed in the German propaganda about the behaviour of the Red Army officers towards the German people. During the screening, the NKVD operative group of the 43rd Army noticed the cut wrists of the German inhabitants of Palleitten, a village, CEPANCHIK Gertruda, born in 1912, ZIMANCHIK Gelgrada, born in 1913, KORN Ema, born in 1908 and all of their 12 children of the age of three to six years old. During the questioning, KORN Ema explained: »Before its retreat, the German Army's command offered us to evacuate to Königsberg. They motivated the offer by the unbearable cruel behaviour of the »red Asians« towards German inhabitants. Our soldiers didn't offer us the same, and stayed in Palleitten. On 3 February, the Red Army marched into our settlement. The soldiers broke into our cellar. They ordered us to go to the yard, frightened me and two women with their guns. There 12 soldiers raped us one after the other, and other soldiers did the same with my female neighbours. In the night of the same day, six drunk soldiers broke into the cellar and raped us in the presence of our children. On 5 February three soldiers visited the cellar, and on 6 February – eight drunk soldiers, who also raped and beat us up [...]. We decided to commit suicide. For this reason, on 8 February we cut the wrists and veins of our and the children's right hands.« According to the evidence of VILKAS Jonas, the arrested rural farmers' union chairman, a great part of Germans did not believe in the fascist propaganda about the cruel behaviour of the Red Army towards the civilian inhabitants. But after the occurrences, some of them committed suicide. In VILKAS' house, two German women who were raped several times committed suicide. The suicides by Germans, especially women, spread widely. In Cranz, during the eviction of civilians from the front line area, there were registered up to ten suicides on 18–19 February.«⁵

After the Assault

The very first news about the civilian population after the fall of Königsberg is found in the report to Beriņa by NKVD commissioner Lieutenant General of the 3rd Byelourussia Front Zelenin. After a detailed description about the state of the city as a result of the three-day aviation and artillery assault (»Königsberg had turned into a pile of ruins«, »fires continued until now«), Zelenin reports: »Regarding the primary data, there are around 100,000 civil inhabitants [...] [mostly] women, children and elderly people in Königsberg on 13 April. Inhabitants state that not only civil inhabitants but also officers are left in cellars [...]. Special brigades are sent to clean out and open blocked up cellars [...]. In order to prevent the escape of inhabitants in the occupied

5 Ibid., pp. 87f.

territory, all the roads around the city were blocked by three NKVD regiments [...]. On 13 April, our strategic group captured 60,526 persons: 32,573 Germans, 13,052 USSR citizens, and 14,901 other foreigners«. ⁶ Further Zelenin informs about the capture of some high-ranking German officers and officials. All these arrested persons were kept in former German prisoner war camps, which contained 25,000 persons, in the suburban barracks of Quednau and also in the Volkssturm premises.

On 5 May, L. Berija sent his deputy Colonel General A.N. Apollonov, Lieutenant General I.M. Gorbatiuk, and Lieutenant General Tutushkin with a strict order »to gather hostile elements in East Prussia«. Nine NKVD regiments and 400 strategic functionaries were appointed for it. After Apollonov's arrival the NKVD, activities picked up speed. In the entire territory of East Prussia (in the limits of the administrative distribution of 1939, except Klaipėda region), eight strategic sectors were organized: Königsberg, Preußisch Eylau, Wormditt, Elbing, Allenstein, Johannesburg, Goldap, and Insterburg. Königsberg-city was separated as a special object. In 17 greater towns and ports (Elbing, Allenstein, Pillau, and others), permanent strategic groups and NKVD garrisons were founded. In every sector, there was a reserve of 100 persons supplied with transport. In all sectors, reliable communication networks were installed, temporary prisons were founded. Soon, on 11 May, four prisons were organized for longer imprisonment: in Königsberg, Tapiau, Bartenstein, and Insterburg. A camp for 10,000 people was also organized, which according to Apollonov's assertion might contain twice as many people, if needed. In all the camps and prisons, special inquest groups were founded.

Mass arrests started. According to East Prussian strategic sector data, over 14,000 persons were arrested just in May. The list of the arrested on 30 May 1945 is as follows: agents of the German secret service, saboteurs, and terrorists: 1,178; collaborators of the Gestapo, SD, and members of punishment units: 586; active members of the NSDAP: 3,309; leaders of youth organizations: 44; heads of administrative bodies, editors, and contributors to newspapers and magazines, authors of anti-Soviet publications: 53; spies, left in the rear of the Red Army: 160; holders of illegal radio stations or weapon depots: 16; members of fascist organizations: 6,407; other hostile elements: 2,362; total sum: 14,115. ⁷

During the examination of the arrested Germans, some details about encircled Königsberg were disclosed, e.g.: »The former head of Königsberg's prison, BÜTNER Hans (born in 1908), chief supervisor ORTSELDORF Friedrich (1880) stated that in January 1945, there were 600 prisoners in the city

6 Ibid., d. 95, pp. 39–41.

7 GARF, Fund R-9401, inv. 2, d. 96, p. 260.

prison: Germans, Poles, Estonians, Letts, Lithuanians. They were sentenced for various terms and also to death by shooting or beheading. The last execution was performed by a special machine ›Fall-beil‹, i.e. guillotine. Moreover, Ortseldorf F., as documents prove, confessed that he personally had executed up to 3,000 prisoners and had shot dead 20 persons who had tried to escape. Other arrested German NSDAP leaders of lower files, MASHON Otto (1883) and JORTSICH Artur (1884), indicated during the interrogation that they led underground organizations which were founded by the vice-chairman of East Prussia party leader WAGNER Ernst and the group which was left in the rear for subversive activity. When the Red Army was approaching, they carried out E. Wagner's order together with Ortsgruppenleiter RUDAT August, leading the mass execution of Soviet and Italian prisoners of war as well as of those persons deported from the USSR for forced labour. The arrested confessed that in 19 former camps of Königsberg city, they had executed about 1,700 persons.«⁸

In the middle of the summer, a mass arresting wave calmed down. In Tutushkin's spec. report no. 873/5 of 6 August, it is reported to Berija: Until 25 July, 2,718 persons are arrested, and 2,344 persons are released from prisons and camps for lack of evidence.⁹

The Strategy of Peacetime

Upon the completion of the military activities in East Prussia, the military command took personal control of the territory and successfully governed it until the civil administrative bodies were founded in 1946. Besides that, on 29 June 1946, the Soviet Government issued a secret resolution making the region a restricted border area with a special entrance-exit regime. Forthwith, on 4 April, state of war was announced in the city by first order. All civil inhabitants had to register within 24 hours and deliver their guns. They were only allowed to walk in the streets between 9 a.m. and 7 p.m. It was categorically prohibited for the local inhabitants to move out or into the city or to move from one place to another. They were not allowed to light fires, to assemble, or to have parties.

Since 10 April 1945, the regional military commandant's headquarters started to regulate the civilian population. On 17 May, M.V. Smirnov, Königsberg city and fortress commandant, signed an instruction creating a temporary civil affairs department in the city (that department had been under the control of the regional Military Council since 19 November). Main

8 Ibid., p. 259.

9 Ibid., d. 98, pp. 39–46. To analyze the rate of the arrested in East Prussia during that period and their dynamic according to the classification criteria of NKVD, a separate investigation is needed.

tasks of the new structure were registration of the inhabitants and issuance of temporary identification cards; housing of the civilian population; systematic control and surveillance of the inhabitants; preparation of compulsory regime documents; foundation of local industry, and municipal departments; fishery, trade, and medical service organization for the inhabitants etc.

The most important department of the administration was the Passport Office. It organized the statistics of the inhabitants according to their professions and former living places, assigned housing and jobs. Office employees, together with the commandants, used to report on the mood, behaviour, and moves of the inhabitants. In rural regions, the commandant headquarters assigned village elders. In towns, every street and every house had an elder. According to the data of the Passport Office, 60,642 persons (18,515 men, 42,127 women) were registered in Königsberg on 12 November 1945. 29,681 of them were able to work, 30,961 were not (among them 12,276 children, 18,685 disabled and aged people).

Some more details will show one aspect of everyday life of the native civilian population in the early postwar period. On 10 November, 2,934 patients underwent treatment in four hospitals used for Germans in the city: 1,458 in the Central Hospital, 888 in the Infection Hospital, 340 in the St. Elisabeth Hospital, and 248 in the St. Catherine Hospital. All hospitals lacked basic nursing. In the Central Hospital, up to 15 percent of the patients laid on mattresses on the floor. In the Infection Hospital, up to 80 percent of the patients shared beds. There was no electricity in any of the hospitals. Only the Central Hospital was provided with electricity in early November. The daily food ration for patients consisted of 200 gr. bread, 75 gr. meat, 20 gr. sugar, 60 gr. flour, 25 gr. oil, 700 gr. vegetables. In the hospitals, the mortality rate of the local inhabitants was very high: in June, 554 died, 713 in July, 805 in August, 881 in September, 768 in October. 1,933 persons died outside the hospitals in October alone. The high mortality was caused not only by the lack of nursing, treatment, soap, but also because people were living in very crowded conditions in the ruins of the destroyed houses. Namely: in the 4th sector of Königsberg city, 13,047 people lived in 315 houses, in the 7th sector, 12,662 persons lived in 380 houses and so on.¹⁰

A separate medical treatment network was attempted by the regional authorities for German inhabitants in the rural area. Thus, in 1946, the health care network in the entire region consisted of 20 hospitals, 12 outpatient polyclinics and dispensaries, 9 health post, and 4 facilities for infant care. There were 4,600 beds in the hospitals available to the local population. 90 percent of the medical personnel were Germans. In the whole region, there

10 GAKO (Gosudarstvennyj archiv Kaliningradskoj oblasti/The State archives of the Kaliningrad region), Fund R-330, inv. 1, materials of dossier 5.

was only one pharmacy.¹¹ It is obvious that the medical care for the local inhabitants was absolutely insufficient.

In 1946, the situation started to change essentially. First, the legal status of the region was determined. The Decree of the Presidium of the Supreme Soviet of the USSR of 7 April declared the foundation of the Königsberg region as an administrative unit within the structure of the RSFSR. That was the official date of the annexation of the territory to the USSR. Second, on 4 July, both city and region were named Kaliningrad, after Mikhail Kalinin (19 November 1875–3 June 1946), former active member of the CPSU, former Head of the Presidium of the Supreme Soviet of the USSR. Third, the region's civilian population structure started to change drastically that year (table 1).

Table 1: Structure of the Civilian Population of the Königsberg Region, 1 June 1946

Districts	Total		Soviet citizens				Germans	
			New-comers		Repa- triates	Total		
	N	%	N	N	N	%	N	%
Königsberg (city)	60,897	36	15,039	2,901	17,940	30	42,957	70
Fischhausen	18,240	11	1,512	466	1,978	11	16,262	89
Heiligenbeil	5,426	3	813	183	996	18	4,430	82
Königsberg (distr.)	8,050	5	668	424	1,092	14	6,958	86
Kreuzburg	5,818	3	802	340	1,142	20	4,676	80
Labiau	9,568	6	1,150	414	1,564	16	8,004	83
Tapiau	7,222	4	1,852	690	2,542	35	4,680	65
Henrichswalde	6,305	4	583	60	643	10	5,662	90
Insterburg (distr.)	5,349	3	656	168	824	15	4,525	85
Insterburg (city)	12,884	7	5,545	2,694	8,239	64	4,645	36
Ragnit and Tilsit	12,817	7	7,112	446	7,558	59	5,259	41
Darkehmen	2,566	2	290	261	551	22	2,015	78
Gumbinnen	4,979	3	1,470	719	2,189	44	2,790	56
Pillkallen	3,781	2	1,389	–	1,389	37	2,392	63
Stallupönen	1,907	1	362	63	425	22	1,482	78
Without indicating the district	4,500	3	4,500	–	4,500	–	–	–
Total	170,309	100	43,743	9,829	53,572	31	116,737	69

11 GARF, Fund A-262, inv. 2, d. 131, p. 14.

The direct result of the evacuation of East Prussian inhabitants and mass flight was a great loss of labour for the restoration and agricultural work. For this reason, already in 1945, the first 1,000 specialists from the USSR arrived to work in the region according a special order of GKO. In the same year and later on, specialists used to come to the region annually according to the directives of different ministries and departments. E.g. in May 1946 alone, 4,000 arrived.

On 1 June 1946, there were over 170,000 inhabitants in the region. 36 percent of the population, that is 61,000, lived in Königsberg. 108,900 (37,525 men, 71,372 women) were living in the cities, 61,000 (20,957 men, 40,165 women) in the country. The majority of the inhabitants, that is 69 percent (or 116,737 persons), were Germans. 53,572 Soviet citizens (31 percent) were registered. 9,829 persons were Soviet repatriates.¹² Two thirds of all inhabitants were women. A normal demographic age balance was only constant among children and teenagers (table 2).

Table 2: Distribution of the Civilian Native Population by Gender and Age, 1 June 1946

Age	Total		Males		Females	
	N	%	N	%	N	%
< 7	13,676	12	6,875	50	6,801	50
7–9	9,901	8	4,900	49	5,001	51
10–15	14,709	13	7,580	51	7,129	49
16–17	5,711	5	2,360	41	3,351	59
18–39	25,025	21	2,994	12	22,031	88
40–59	30,351	26	8,079	27	22,272	73
> 60	17,364	15	7,335	42	10,029	58
Total	116,737	100	40,123	34	76,614	66

The Gravest Condition

The most painful problem of the first postwar year was the food supply. This issue arose just after the occupation of Königsberg because food supply for civilian inhabitants was not provided by the intendant department of the Red Army. On 22 April 1945, the Commander of the rear of the Byelorussia Front, Major General Rozhkov, issued the following order: »All food and forage found in the city must be put at the disposition of the Front intendant de-

¹² GAKO, Fund R-514, inv. 1, dossier 1.

partment. The German population has to be fed with the flour from the sunken barges, from the city storage, frozen carcasses from freezers«. Königsberg commandant Major General M.V. Smirnov stresses to all commandants of the eight districts: »I draw your attention to the importance of organizing supplementary farms, because the maintenance of the city garrison as well as of the working inhabitants must be managed from local resources.«

The lack of food was felt more and more as the number of inhabitants grew in the region. During the winter, the situation became almost catastrophic. The local authorities assumed responsibility to improve the situation. On 29 January 1946, the regional Military Council resolved »to organize 30 supplementary farms at the commandant's headquarters. The following goals were set for 1946: winter crops – 40,000 ha [or 100,000 acres]; corn – 8,500 ha; potatoes – 6,000 ha; cabbage – 1,500 ha. The expected yield from one ha was: winter crops and corn – 350 kg, corn – 400 kg, potatoes – 5,000 kg, cabbage – 10,000 kg.« The new farms were provided with 300 tractors, 5,500 working horses, 300 trucks, cattle-forage, and seed. On 6 February 1946, the regional Military Council passed a special resolution to establish supplementary food sources for local inhabitants. Resolution no. 3 concerned the distribution of plots for private kitchen-gardens for both Russian and German inhabitants and obligated all categories of inhabitants to sow kitchen-gardens of 0.15 ha size.

Russian inhabitants had to be given land near their living places. »To the Germans land was dispensed in the general massif near settlements »for the prevention of harvest«. The resolution indicated the amount and kind of crop. Russians were obligated to sow up 500 sq.m. with cabbage, 300 sq.m. – potatoes, 250 sq.m. – cucumbers, 200 sq.m. – red beets, 100 sq.m. – carrots, 100 sq.m. – garden radishes, 25 sq.m. garlic, and 25 sq.m. – onions. Germans were also allowed to sow 500 sq.m. red beets, corn and kohlrabi.«¹³

In addition, the 11th Army Commander Colonel General K.N. Galitzky passed a resolution »On the supplying of Germans« on 15 February 1946. The resolution went into detail describing the breeding of poultry. It was ordered to bring chicken incubators and distribute them among the Germans. Moreover, commandants of cities and villages were obligated to strengthen the safety of inhabitants' property and to guarantee inviolability of person.¹⁴ These resolutions were not announced to Germans. Moreover, food norms in gram per month were assigned to working people (the first – for professionals, mostly Soviet people, the next – for native workers): meat-fish products: 5,850, 1,800; fat: 1,200, 400; grain-macaroni: 3,600, 1,200; sugar-confection-

13 GAKO, Fund R-332, inv. 1, d. 1, p. 22.

14 Ibid., pp. 25f.

eries: 750, 400; bread: 600, 400; flour: 300, no data; tea: 30, no data; salt: 300, no data. The unemployed, aged and disabled were provided with 300 gr. of bread per day for the moment.¹⁵ These were the official measures in order to supply the region's population with food.

However, there was a shortage of food. Its quality turned worse and worse. These circumstances caused such phenomena as described in the following document: »Secret. Addressed to Stalin and Molotov. 6 May 1946. According to the USSR Ministry of Internal Affairs – State security ministry commissioner for East Prussia Trophimov reports that people were arrested for the sale of human flesh in Königsberg city: N.G., born in 1885, German, education 8 classes, worked as a guard in the cemetery; L.K., born in 1875, German, craftsman, weaver of baskets, unemployed since February 1946. The inquest showed that N.G. systematically cut off the legs of corpses, and used to sell the flesh to Germans through his accomplice, N.G. In L.'s flat, several barrels were found where L. stored human flesh prepared for sale. After the exhumation of corpses, fifteen corpses were found with their legs cut off. According to Trophimov's report, German inhabitants were inadequately supplied with food in the territory of East Prussia. The cards for Germans who worked in state industrial enterprises were supplied with 50 percent and less of the needed food. In March and April, Germans who worked for local industrial and communal organizations and supplementary farms did not receive any ration cards at all. Unemployed Germans were unsystematically provided with 200 gr. of bread a day by the war commandant's headquarters. Starvation caused bad labour productivity and an increase in mortality and crimes committed by German inhabitants. Minister of Internal Affairs S. Kruglov.«¹⁶

When a traditional Soviet historian analyzes one of the most threatening factors of the war, that is shortage of food and even famine, such causes are indicated in most cases: the destruction of agriculture because of military actions, and the lack of labour. This is also characteristic, but not quite exact, for the Königsberg-Kaliningrad region. This is why there is a need to discuss it in greater detail. First, at the arrival of the Red Army in East Prussia, the removal of the remaining agricultural equipment and livestock to the USSR started. Even people without any close contact to agriculture noticed the devastation and destruction of the formerly rich and large farms. Here is an extract from the letter of Third Air Forces Procurator assistant justice Major N. Romantchikov addressed to the Central Committee of the CPSU in late October 1945: »In East Prussia, there had been crop rotation, and productive farms flourished. At the moment, all of it is destroyed. Everyone sows ac-

15 GАРF, Fund A-262, inv. 3, d. 131, p. 13.

16 GАРF, Fund R-9401, inv. 2, d. 136, p. 185.

ording to the principle ›divide et impera‹. Everyone who managed to occupy some lands continues his ›undertaking‹ – just to fulfill his plan. The many-field system and rotation are destroyed in a barbaric and predatory way. The weedy fields will cause a poor harvest. Moreover, the drained land is particularly capricious for such a big amount of rainfall as it exists in East Prussia. Urgent measures must be taken. The territory must be settled with Soviet people. Germans must be evicted. Local administration organs must be organized (this would put an end to anarchy). There must be organized collective Soviet farms and Machine and Tractor Stations in the supplementary farm base of military sub-units. This promising land must be turned into the granary of the USSR – the second Ukraine. It is known to everyone that this year we have lost thousand tons of grain unharvested in fields. While passing along the fields one could see unharvested places which causes tears of pity in my eyes«.¹⁷

In that way, the Königsberg-Kaliningrad region's farming land (and also industry) was not only destroyed by military actions but also plundered and destroyed, militarized, and mismanaged. The expected results were neither met by the supplementary farms nor by the establishment of individual kitchen-gardens. It is also worth remembering that in 1945/46, almost the whole USSR experienced a bad harvest and drought. In this way, many reasons are blamed for the lack of food. In the end, starvation threatened both losers and winners. Evaluating the above-mentioned facts, it is only logical to arise the question whether the postwar famine was an objective inevitability? Or maybe it was predestined by Stalin's destructive and misanthropic nature and hidden by the official propaganda?

The Influx of Newcomers

It became necessary to establish order in the economic and social life. During the first postwar years, the lack of specialists and workers in all spheres of economy was one of the most acute problems. In 1946, the first official directive documents on the settlement of the region were issued. The mass resettling in the region began in August 1946 and was finished in 1950. The arrival of newcomers was strictly planned. The major part of the newcomers had to establish collective farms according to the Soviet example. The newcomers were purposely selected from different regions and districts of the RSFSR and from various Soviet republics. Thus the background of the contemporary Kaliningrad population is multiethnic.

Already on 23 August, the first echelon of newcomers (no. 357) arrived from the Briansk region to Gumbinnen. It brought 570 persons. The following

17 P. Knyshevskij, *Dobycha*, Moscow 1994, pp. 32f.

day, the echelon no. 367 from Velikije Luki arrived at Insterburg station, and on 25 August, the third echelon (no. 375) came from the Kirov region. This was the beginning of the settlement of the Kaliningrad region. The process continued very actively and was very well organized. A special committee of five persons led the reception and accommodation of the newcomers. Minister of Internal Affairs, S. Kruglov, reported to J. Stalin, L. Berija, and V. Molotov on the course of the settlement:

- on 1 September, 2,990 families arrived;
- on 1 October: 8,795 families;
- on 1 November: 11,675 families.¹⁸

In 1946, immigration to the whole region exceeded the plan: 12,115 families which had arrived from different regions of the USSR founded 295 farms. In the first half of 1947, 3,105 more families arrived. 1,686 families established 47 new farms. Moreover, demobilized soldiers were accepted on the developing farms. They could invite their relatives thereafter. But not everyone could adapt to that land. On 1 August 1947, there were 530 families (about 4 percent) which moved back. Separately, according to orders of the central government, fishery farms were founded. The three-year resettlement of new settlers in the Kaliningrad region showed the results given in table 3.

Table 3: Dynamic of Newcomers' Arrival

	Settled Families				
	1946	1947	1948	Locals	Total
Collective farms	12,115	3,004	2,632	661	18,412
Soviet agricultural farms	–	4,106	4,634	235	8,975
Farms of fishery	–	618	136	–	754
Other organizations	–	–	328	–	328
Total	12,115	7,728	7,730	896	28,469

Source: RCCHIDNI (Research and Preservation Center holding Documentation of Russia Federation), Fund 17, inv. 8, d. 921.

In all of those newly settled families (28,469), there were 73,912 able-bodied persons. And still it is worth mentioning that the foundation of the farming system in the region neither turned the land into ›a granary, the second Ukraine‹ nor did it solve the main problem, that was the supply of food for the inhabitants. There is other evidence from another angle. Head of the migration department of the Pskov region Executive Committee, Alyochin,

18 GARF, Fund R-9401, inv. 2, d. 139, pp. 103, 194, 399.

adds in his report concerning the resettlement of farmers-fishermen out of the region in 1948: »The letter of the resettled person says that all the newcomers at the fishery farms ›Putj v kommunizm‹ [›The way to Communism‹] located in Primorsk region [situated in the Curonian Spit, A.A.] [...] live like Leningradians during the blockade period. There is no way to support oneself. People live on mushrooms. No wages are paid.«¹⁹

The resettlement of the newcomers changed the national and social structure of the region's population. Moreover, one of the circumstances that must be evaluated is the collision of two former enemies in a closed area. The psychological discomfort on both sides has to be discussed separately.

»They Must Be Evicted«

In 1947, the Germans of the Kaliningrad region encountered great changes. On 31 January, V. Molotov signed the document concerning the deportation to Germany of German family members living in the Kaliningrad region. Regarding the document, on 14 February a deputy of Minister of Internal Affairs, Colonel I. Serov, gave order to the head of the regional militia department Major General Trophimov to transfer a part of the Germans to their relatives in the Soviet occupation zone in Germany. Between 2 and 30 April alone, 265 such permissions were issued.

In his report no. 00515, Trophimov informed Minister S. Kruglov about the reactions and mood of the Germans: »There were numerous requests of Germans for the permission to leave for Germany. The requests were motivated not only by the reunion of families but also by the difficult material conditions in the Kaliningrad region. On 15 April, 110,217 Germans were registered, among them 36,201 were children and teenagers up to 16 years old. There were 31,112 men and 42,806 women. Most of those Germans were not capable of working because of physical exhaustion [...]. The other part, 36,600 persons, works either in the Soviet farms of the Ministry of military forces, in the meat and dairy industry, or in other industries and agriculture objects [...]. Cases of sabotage are noticed among the employed Germans [...]. The unemployed Germans, except for the disabled ones and those from children's homes, are not supplied with any food and became even more exhausted. The crime rate among Germans increased. Crimes like stealing food, robberies, and even murders occur more often. Moreover, in the first half of 1947, 12 cases of cannibalism are registered. Not only the meat of corpses is eaten, but also relatives and children are killed for the same purpose. There are four cases of murder for cannibalism. The presence of Germans in the region depraves not only the immature Soviet civilian inhabitants, but also

19 GАРF, Fund A-327, inv. 2, d. 569, p. 3.

spreads venereal diseases among the troops and military personnel of the army and navy. The involvement of Germans in Soviet households is too widely practiced for poor or no pay service. That creates good conditions for spying.«²⁰ Major General Trophimov draws a conclusion generalizing and reflecting the opinion of the region authorities: »Germans [...] influence the adoption of the Soviet region negatively. I state firmly that the issue concerning their organized transportation to the Soviet occupation zone in Germany is essential.«

Was the issue about the transportation of the Germans raised while considering the resolutions? A positive answer is very probable. But the official opinion was not clear at that time. Major General Djomin, who replaced Trophimov, encountered the problem of the deportation of Germans in the summer of the same year. The Administration head of commandant's department of the Soviet occupation forces, Gorochov, appealed to him with the request to get permission for the exit of 292 Germans to Brandenburg. A novice in regional problems, Djomin, asked I. Serov for advice. The latter's answer was: »There is no need.« But the question was raised, and it had to be solved. The way the issue was discussed in the highest layers of government and what pro- and contra-arguments appeared are beyond the scope of investigation. The decision became known on 11 October as secret resolution no. 3547-1169 by the Council of Ministers of the USSR ›On the deportation of Germans from the Kaliningrad region to the Soviet occupation zone in Germany‹. Immediately, official directives which detailed the process of deportation appeared. The first of them was the secret order no. 001067 by the Minister of Internal Affairs Colonel General S. Kruglov on 14 October.²¹ Major General Djomin was obligated by the order to transfer 30,000 people to Germany in 1947. One third of them had already to be moved out in October.

First of all, the Germans from Baltijsk (Pillau) and the coast line had to be transferred, then the disabled and children from the children's homes. The order regulated the amount of personal property which they were allowed to take with them (that was 300 kg for a family). The rest of the property had to be handed over to the local Executive Committee. Lieutenant General Stachanov, who was empowered to organize the deportations and to arrange for militia groups of the region and districts to fulfill the task, was urgently sent from Moscow to assist Djomin. For the completion of the task the minister suggested to involve not only functionaries of the Ministry of Internal Affairs, but also officers of the NKVD forces. The functions of those groups were to register the deportees, gather them, transport and deliver them to the chiefs of the echelons.

20 J. Bujda, *Vostochnaja Prussija: 1947–1948*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 13.5.1993, p. 5.

21 GARF, Fund R-9401, inv. 1 ›A‹, d. 229, pp. 104–106.

For the security of each echelon, twelve guards, sergeants and soldiers were planned. The above-mentioned order also provided for food supply (iron ration for 15 days according to the norms of industry workers), petrol, and medicine. All details were provided. I. Serov was appointed for the whole transportation process of German people from the Kaliningrad region. On 16 October, the region's strategic group led by Djomin was organized. The Germans were recounted. The total number of them was 105,558 in the entire region. They were located as follows: 37,795 in Kaliningrad city, 23,192 in four coastline localities, 44,571 in the other fourteen districts.

The first echelon departed on 22 October, then 24, 26, 28, and 30 October. 11,352 persons were deported in October. Ten echelons left in November. The destination was Pasewalk (Polish border) for all of them. On 30 December 1947, the results of the process were reported to Moscow by S. Kruglov: »In total, 30,282 persons are deported from the region: 335 from Baltijsk city, 9,756 from the Baltic sea coastline, 7,602 from Kaliningrad city, 7,610 from other regions, 3,933 from children's homes and other reception-delivery posts, 764 from the elderly people house, and 283 members of medical, pedagogical and other service personnel from various places. According to the directives, all German inhabitants who lived in Baltijsk city and on the Baltic coastline were deported. From other regions, unemployed families, those who did not perform any useful work, children from children's homes, and aged people from the disabled homes were selected and deported.«²²

In 1948, Germans were recounted in the entire region again. Over 70,000 of them were found. There were 28,387 persons in the rural areas alone.

In that year, the deportation was arranged in two stages, in spring and in summer. At first, over 18,000 inhabitants of Kaliningrad city were deported in eight echelons, starting on 15 March and leaving every second day. The other five echelons brought out people from rural districts. In March and April, over 26,000 people were deported from the region. In the autumn, the deportation started on 10 August and finished on 21 October. In that period, 21 echelons transported 42,215 persons, namely 9,051 men, 21,267 women, and 11,897 children. On 18 November 1948, Djomin reported to S. Kruglov about the fulfillment of the process (report no. 3/00767): »The total number deported by 48 echelons to Germany consists of 102,125 persons: 17,521 men, 50,932 women, 33,622 children. 95,671 were transferred from Kaliningrad and regions, 4,536 from children's homes, 797 from the elderly people's homes, 45 from hospitals, and 1,076 from Soviet Lithuania. During the transportation, 33 persons died (26 from exhaustion, 6 senility, 1 heart attack) in 1947; in 1948, 15 people died (5 from senility, 3 from tuberculosis, 3 children from

22 GARF, Fund R-9401, inv. 2, d. 171, pp. 513ff.

pneumonia, the rest from diarrhea). The financial records disclose that food was sold for 3 million 82 thousand rubles to the transferred. 17,647 persons were given relief which included 641,221 rubles by the districts Executive Committee.«²³ On 30 November 1948, S. Kruglov reports to J. Stalin about the completion of the deportation.

Together with the reports concerning the deportation, there were many other documents of different character on the minister's table. Those were ›Thank You‹ letters addressed to J. Stalin. There were 248 of them. Some of them were signed by the heads of echelons, Friedrich Arnds, Peter Franz, Wolfgang Salaber, Heinz Reinke, Wilhelm Benesh and others. Other letters were written »in the name of the whole family«. Some of the deportation details were enlightened in those letters, e.g.: »On 11 November 1947, the militia transmitted the message that we had to be ready at 7 o'clock next morning«; »Everyone received 3 loaves of bread, fat, meat, sugar, and other food«; »Every echelon contained about 2,000 people. There were 45 people in each carriage« and so on.²⁴ It is hard to believe that a person who was driven out of the native country could write such letters. There is another example: »In this letter we express our hearty gratitude to the Soviet Union for taking care of us, while living under Your leadership. We had worked with Russian friends in understanding and friendship. We also want to thank the militia organs for a well-organized transportation to Germany and help for the destitute. There was enough food. With great thankfulness we bade farewell to the Soviet Union. The carriage no. 10.«²⁵ There is no doubt that these letters belonged to those organized by the ›propaganda section«.

In the autumn of 1949, the Kaliningrad region was ›cleaned‹ of German inhabitants for the last time. On 19 November, the echelon no. 97390 took out the last group of deportees (1,384 persons) from Kaliningrad. They were 509 people from the Klaipėda region, 147 persons from other parts of Lithuania, 20 persons from Slavsk (former Henrichswalde) camp, 17 orphans and single Germans. Later the trace of the native inhabitants of former East Prussia leads to Lithuania. In the Königsberg-Kaliningrad region, no traces are left.

In Lithuania. The Year 1951

People from the Kaliningrad region fled to Lithuania because of the famine and in search of a job or bread. How many of them were there? There is a hypothesis that there were 5–7,000 or even more. They had no documents, no permanent place to live, no job, no bread. They had no human rights. They

23 Eberhard Beckherrn/Alexej Dubatov, *Die Königsberg-Papiere: Schicksal einer deutschen Stadt. Neue Dokumente aus russischen Archiven*, München 1994, pp. 216–218.

24 GARF, Fund R-9401, inv. 2, d. 171, pp. 518–522.

25 Ibid.

roamed about in Lithuania in the search of it. We can only wonder how the ethnic inhabitants of East Prussia managed to survive in Lithuania where the NKVD army raged and mass deportations to Siberia took place.

There is one most typical life story of ›Kalininingrad Germans‹: »FRIZE FRIDA PAULIUS, born in 1911, East Prussia, Bartenstein. Between 1945 and 1947, she worked in the collective farm ›Nesselbeck‹. In 1947, she arrived in Marijampolė through Kaunas, together with her daughter, looking for work and food. When she learned that there is a prisoner war camp in Klaipėda, she went there with her daughter on foot. Her husband Fritz Walter was found and a meeting with him was arranged. Since March 1948, his residence was unknown. After the disappearance of her husband, she, her daughter and an infant son reached Panevėžys. She found a shelter with people, did not work and walked to different villages looking for bread. She only possessed a certificate issued in Königsberg in 1946.«²⁶

After the eviction of the ethnic inhabitants from the Königsberg-Kaliningrad region, the KGB started looking for them in the neighbouring republics. At the end of 1949, the Head of the militia department of the KGB ordered the organs of Soviet Lithuania to register ›Germans and persons who were native inhabitants of the Kaliningrad region‹ and also to investigate their situation. So, the official term ›Kalininingrad Germans‹ appears. Thus during 1949/50, the Lithuanian KGB and militia succeeded in registering former ›Kalininingrad Germans‹. Here the same situation as in the Königsberg-Kaliningrad region appears: The number of people under the observation of the militia was fluctuating. On 10 May 1950, there were 3,274 Germans born in East Prussia (2,139 adults, 770 children and orphans) in the register of the militia organs. But after the order to register them was issued, only 2,816 of them were found.

The situation of those people is expressively described by the repatriation inspector Eidukaitis of the Klaipėda Executive Committee. He reported on 14 December 1950: »After my arrival at Pagėgiai, the chairman of the region suggested to me to appoint a commission and then visit the Germans' ›camp‹. I invited a commissioner of the MGB, senior lieutenant Čiurbanov. Čiurbanov was entrusted with the care of those Germans. Chairman Bučys, called out sanitary inspector of the Pagėgiai district, doctor Menžinskaitė. The three of us went to the camp. After the observation of the situation at the camp we drew up a report: There are 215 people in the camp, including children. The situation is unbearable, it couldn't be worse. The inhabitants do not resemble people. They are dirty and dressed in rags. They live only on begging. Diseases rage. Five persons are already in the hospital. Besides that,

26 The archives of the Migration department of the Lithuania, file no. 25272/5. Klaipėda prisoner war camp no. 57 had been disbanded in 1948.

during our visit we found two sick people whom we brought to the hospital. In total there are 415 Germans citizens in Pagėgiai district. Almost one third of them is unable to work. They are not even able to live on begging and no one is taking care of them. In Telsiai district there are about 100 German citizens. Their living conditions are the same as in Pagėgiai. Over 100 German citizens are in the Šiauliai district. I cannot tell anything concerning their living conditions. All the German citizens are asking the Soviet authorities to help them and to take them to Germany as quickly as possible. Is it possible to transport the people [to Germany] in such a condition?«²⁷

The Head militia department of the KGB initiated the transfer of the Kaliningrad Germans from Lithuania to the GDR. The Council of Ministers of the USSR passed the resolution no. 78-34 on 10 January 1951, which permitted the Committee the deportation and planned the process. The Council of Ministers of Soviet Lithuania provided for the financial maintenance of the deported Germans by the secret resolution no. 246 of 31 March 1951. But the estimate soon was reconsidered and confirmed on 27 April (secret resolution no. 350) for the number of people was unexpectedly large.

In 1951, the deportation of the Kaliningrad Germans was performed by KGB second department of Soviet Lithuania (head Major Vasev). It was under the supervision of the USSR KGB 2nd department's head, Colonel Vasenkov, and Soviet Lithuania KGB ›A‹ department's head Lieutenant Colonel Grishin. In order to gather the Kaliningrad Germans for deportation in the republic, eight posts were organized: in Vilnius, Kaunas (the biggest one), Marijampolė, Šiauliai, Panevėžys, Šilutė, Pagėgiai, Tauragė. In Vilnius as well as in Šiauliai, the deportees from Byelorussia, the Ukraine, and from Latvia were gathered. Between 25 and 30 April, there were orders to gather and deliver all deportees to the posts where they were examined by a physician, cleaned and dressed up, and fed once a day. From 5 to 11 May, all of them received iron rations for five days in the posts and for five days of travel. The deportees' documents were examined for the last time. There were different cases of inhabitants of former Klaipėda or other districts who claimed German birth. Lithuanians used to cheat deliberately by indicating East Prussia as their birth place, mixed marriages, children adoption and so on. Some of those were arrested as traitors of their motherland.²⁸

27 LCVA (The State Central archives of Lithuania), Fund R-754, inv. 4, d. 2353, pp. 104–106. Pagėgiai: small town in the Klaipėda region.

28 Ibid., inv. 13, d. 307, p. 39; LVOA (The archives of public organizations of the Lithuania), Fund 1771, inv. 108, d. 18, p. 265.

Table 4: Deportation of the Kaliningrad Germans from Lithuania to the German Democratic Republic, 10–12 May 1951

From :	Lithuania	Other regions	Total amount
Confirmed personal records	3,487	275	3,762
Deported persons	3,415	275	3,690
Among them:			
Men	804	108	912
Women	1,640	114	1,754
Children up to 16	971	53	1,024
Among them:			
Families	669	30	699
Members of families	1,836	88	1,924
Single adults	1,385	173	1,558
Orphans up to 16	194	14	208
Refused	18	–	18
Vanished from sight	24	–	24
Left in the USSR for various reasons	30	–	30

Three echelons were prepared for departure: in Kaunas – from Vilnius, Kaunas, Marijampolė; in Kaunas – from Kaunas, Panevėžys, Šiauliai; in Pagėgiai – from Pagėgiai, Šilutė, Tauragė, Šiauliai and Kaliningrad region. The destination of the echelons was Chernyakhovsk. The echelons departed from Lithuania on 10–12 May 1951. From Kaunas, echelon no. 1 (head major Iljinov) carried 1,213 persons, from Pagėgiai, echelon no. 2 (head major Grigoryev): 1,153, from Kaunas, echelon no. 3 (head colonel Michailov): 1,329 persons. The total number was 3,695 persons (919 men, 1,755 women, 1,021 children). According to the former residence: from Soviet Lithuania 3,450 (from Klaipėda region: 963, Kaunas: 1,576, Šiauliai: 637, Vilnius: 244), from Kaliningrad region: 190, Latvia: 62, the Ukraine: 14, Byelorussia: 9.²⁹ At the Chernyakhovsk railroad station, the echelons were met by representatives of the GDR who took over the deportees. There was one ridiculous moment: When the deported people reached Germany, the Germans were very surprised that all the orphans were without underwear. The Soviet authorities and KGB had >forgotten< that part of clothing. On 21 May 1951, Vasev's report no. 2/3888 reached Moscow, announcing that the operation was finished.

The investigation of the echelons' lists proved that about 40 percent of the deportees were born in Königsberg, about 50 percent in East Prussia or

29 LVRMA (The special depositories of the Ministry of Internal Affairs of the Lithuania), Fund 135, inv. 7, d. 327, pp. 18, 134ff.

other parts of Germany. A part of the children was born in Lithuania during the wandering period. The family names show that there were also Lithuanians who were born in Germany among the groups of the transferred. For example, there was a ›single Albinas, son of Juozas, family name not known, born in 1938, in Tapiau‹ in the first echelon.³⁰ For those children, the birth place was the only character to indicate their further life. That was the way how Stalin's regime got rid of the people who were ideologically unacceptable. Nevertheless, a great number of the orphans from the Königsberg-Kaliningrad region stayed in Lithuania. People called them the ›Wolves' children‹ (›*Wolfskinder*‹). Many of them were adopted by Lithuanian families. Today, they have established the organization of the ethnic East Prussians in Lithuania ›*Edelweiss*‹. After the collapse of the USSR and the restoration of the independence of Lithuania, most of them found their relatives in Germany.³¹

Conclusions

1. In the Potsdam Conference, there was no discussion of the status of those German civilians who ended up in the Königsberg region. J. Stalin gave a hint to the Allies that no civilians were left in the region. In that way, some thousands of civilians were excluded from the scope of the Potsdam Treaty. Truly the USSR had no responsibility for the left civilians to the Allied Powers. Consequently, the fate of those people depended on the new administration and even on the personal plan of J. Stalin.
2. After the fall of Königsberg, the spontaneous militarisation of the region began, and only later did it become centralized and specific. The matters of the civilian population were not addressed by the central government before 1946. At that moment, the pressure on the local administration increased. Over 100 diverse resolutions for the region were passed in the period between 1946 and 1948.
3. Did J. Stalin have any preconceived intention towards the civilian population? The facts are subject to various interpretations. It is unclear why the matter of the civilian German inhabitants was not considered by J. Stalin up to 1947 and what conditions forced him to make a decision. It is difficult to find any substantiated explanation why Stalin did not solve the problem of the Königsberg-Kaliningrad Germans for so long.
4. All data about the civilian population change in the region over the years 1945–1947 are approximate and, as a rule, are obtained by estimation. Strict registration of the population flow was not introduced before 1948.

30 Ibid., d. 338, pp. 92ff.

31 More details can be found in: Ruth Kibelka, *Wolfskinder. Grenzgänger an der Memel*, Berlin 1996.

- Generalized statistic data allow to elicit the regional distribution of the migrants during 1948–1950 and to calculate the number of those who left the region in the same period.
5. The civilians who survived in the region were labeled ›German‹ in the archives' documents; this is right with regard to their citizenship, but not to their nationality. This labeling according to the national principle was unfair in respect to other nationalities, in particular Lithuanians, natives of East Prussia. Even those who escaped to Lithuania were believed to be ›Kaliningrad Germans‹ – an official term in later directive documents.
 6. We must take into account the importance of an impartial assessment of the civilian population's living standards in the period from 1945 to 1948. Lack of food and famine are widely known. However, the author finds it false and biased to impute the destruction of the economic infrastructure in the region only to military operations.
 7. Although medical and educational institutions, destined exceptionally for German inhabitants, were starting to be established in the region, clubs were created, three registered religious communities (Evangelical, Catholic, Baptist) functioned, and a newspaper ›*Neue Zeit*‹ was published, in reality all those means were a hidden disintegration, which became obvious after the new inhabitants had come.
 8. The mass resettling in the region began in the first five postwar years and was finished in 1950. After this period, the influx of newcomers into the region dropped sharply. Besides, by the early 1950s the deportation of 102,500 Germans had been completed and the population of the region became homogenously Soviet. Both arrival of the new settlers and deportation of the native inhabitants took place at the same time, were intensive and organized. Both processes were forced actions and were based not so much on political, but on economic aims to adapt to the new territory.
 9. It is important to differentiate between state politics and the actions of repressive organs. The sequence of events, reconstructed with the help of the documents, is only a skeleton of the reality which was both prosaic and tragic. The approximate number of those who were deported to work to other USSR regions, who died of hunger, sickness, and shortage, who were raped and disabled, will hardly ever be discovered. Such statistics is missing.
 10. The principal result of the deportation of the Königsberg-Kaliningrad region's native (ethnic) inhabitants was not only political exclusion of East Prussia from the world map, but also the conscious destruction of their ethnic culture. Moreover, the skills of farming under local conditions were gone together with the inhabitants. Königsberg and East Prussia (in the broadest sense) remained only as a fact of history.

Henk L. Wesseling

Migration and Decolonization: the Case of the Netherlands

The expansion of Europe meant many things to many people. It included the expansion of the European economy into a world economy. It brought with it the expansion and interaction of ideas, values, habits and life styles. It led to the expansion of European state power over vast portions of Asia and Africa. And it included many other things as well. But the expansion of Europe was first and foremost the expansion of people.

During the course of the great world historical process that began in the 1490s with the voyages of Columbus and Vasco da Gama and ended in the 1960s with the end of empire, millions of people travelled or were transported to various parts of the world. Millions of Europeans moved to the New World, sometimes as indentured labour, later on and more often as emigrants. Six million Africans were shipped as slave labour across the Atlantic to the Caribbean and parts of the America's. Europeans founded settler colonies in North and South Africa. Chinese people spread all over South-East Asia as well as over some regions of Africa and America. In the wake of decolonization millions of people from the former tropical colonies, both whites and non-whites, found their way to Europe.

These are all well-known facts but when one goes a little deeper into them, one is confronted with many questions and problems that, surprisingly, have hardly been studied – questions, for example concerning the exact numbers in these movements. At first sight this simply seems to be a matter of archival research, but it is not all that easy. The figures are often very difficult to trace back, and many questions of methodology and terminology arise. Also important and difficult to answer are questions concerning the motivations for departure – such as push and pull factors – and the adaptation to the new circumstances. Indeed there are many other questions as well. Thus, when in 1986 the European Science Foundation (ESF) founded a Network for the History of European Expansion, of which I had the pleasure of becoming chairman, and whose goal was to study European expansion from a long-term perspective and in a comparative way, one of the first issues we decided to look at was the subject of migration and expansion. Research groups were set up, conferences were organized and all these activities resulted in a number of publications.

The first of these was a general book of essays under the title ›European Expansion and Migration‹, edited by my Leiden colleague and long-term collaborator (also within the context of this ESF Network) Pieter Emmer, together with our Swedish colleague Magnus Mörner.¹ The book dealt with the entire classical period of European expansion, that is to say from the fifteenth to the twentieth century and with all types of emigration, including also some forms that were not related to colonialism. Thus the Scandinavian, German and Italian emigration, basically an emigration to America, also received attention. The German situation was analysed by Klaus J. Bade. Although the early period was also dealt with, the emphasis of this volume was on the nineteenth century.

The book had some interesting conclusions. One of the editors, Pieter Emmer, pointed out that the European participation in intercontinental migration was very high and amounted to 80 percent of the total.² Even today the emigration of Europeans is higher than that from the other continents. Another of Emmer's conclusions was that Europe had benefited from it in many ways: The emigrants lived longer and better than their fellow Europeans who stayed behind, while they were also relieving the population pressure that resulted from the strong demographic growth in Europe.

As the emigration of the Ancien Régime was somewhat neglected in that volume it was decided that a special volume should be devoted to this subject alone. This resulted in an important book of essays, edited by Nicholas Canny under the title ›Europeans on the Move. Studies on European Migration, 1500–1800‹.³

While much was known about European migration in the period before the end of Empire, it became increasingly clear that we knew relatively little of the so-called return migration to Europe, which took place after decolonization. It is of course well-known that there was such a movement. Colonial civil servants, military men and other Europeans connected to the colonial system returned to the motherland, as also did colonists, like the Portuguese from Angola and Mozambique and even more famously or infamously the French *pieds noirs*. There were also the many coloured people holding European passports and living in the West Indies and elsewhere, who came to Europe.

-
- 1 Pieter C. Emmer/Magnus Mörner (eds.), *European Expansion and Migration. Essays on the Intercontinental Migration from Africa, Asia, and Europe*, New York/Oxford 1992.
 - 2 Pieter C. Emmer, *European Expansion and Migration: The European Colonial Past and Intercontinental Migration. An Overview*, in: *ibid.*, pp. 1–12, here p. 11.
 - 3 Nicholas Canny (ed.), *Europeans on the Move. Studies on European Migration, 1500–1800*, Oxford 1994.

The problem here is not only that little research has been done, but also that statistics are often lacking because there was little interest in these matters when they were taking place, that is to say during the period of decolonization. There are also problems of definitions, due, among other things, to the fact that an initial migration to Europe was sometimes followed by a later return migration to the colonies and then, finally, again by a definitive migration to the metropolis. There are also phenomena like the return of Greek emigrants that would easily escape attention because Greece never was a colonial power. The research group that was set up presented its results in 1994 in a book published in French, ›L'Europe retrouvée. Les migrations de la décolonisation‹, edited by Jean-Louis Miège and Colette Dubois, both at the University of Aix-en-Provence.⁴

Migration and Decolonization: Facts and Figures

The book offers some fundamental research and as far as I know it is the first to give exact numbers and figures on the migration movements that resulted from or were connected with decolonization, not only for the colonial powers but also for other nations like Greece. The chapter on the Netherlands was written by my Leiden colleague Herman Obdeijn. I would first like to present some of his quantitative data before discussing the social, political and psychological results of decolonization and return migration for the Netherlands.

As I have already said about figures in general, one is surprised to see how difficult – even in our contemporary age of statistics and computers – it is to come up with reliable answers to such simple questions as: How many people came to Holland as a result of decolonization? When? From where et cetera? The basic facts, however, are simple. The Netherlands possessed two colonies: the East and the West Indies. The East Indies, which is now known as Indonesia, was of course by far the most important of these possessions. The total population of Indonesia before the Second World War amounted to some 60 million people. There were three official categories of population: the Europeans, the so-called ›Foreign Orientals‹ (such as the Chinese and the Indians) and the indigenous. The group of Europeans that amounted to about 300,000 people included also the Japanese, a small number of Chinese and some Indonesians, as well as Germans and English (see figure 1).

The majority of these, however, were Dutch. But there was ›Dutch‹ and ›Dutch‹, and the majority (170,000) of the ›Dutch‹ in Indonesia were in reality those of mixed blood. They were known as Indo-Europeans. The majority of them returned to the Netherlands after decolonization, although return is per-

4 Jean-Louis Miège/Colette Dubois (eds.), *L'Europe retrouvée. Les migrations de la décolonisation*, Paris 1994.

Figure 1: Population of the Netherlands Indies According to the 1930 Census

›Europeans‹	240,417	
of whom:	2,400	British
	6,900	Germans
	7,200	Japanese
	8,948	›Assimilated‹ Indonesians
	300	›Assimilated‹ Chinese
	214,669	Dutch and others
›Foreign Orientals‹	1,339,000	
of whom:	1,233,000	Chinese
	106,000	Indian, Arabic and others
›Indigenous‹	59,138,000	
Total	60,717,417	

Source: Census of the Netherlands Indies, 1930.

Figure 2: Immigration into the Netherlands from the Former Dutch Colonies

	Netherlands Indies	Moluccan Isles	Surinam	Dutch Antilles
1945–1949	45,000			
1950–1951	68,000	12,500		
1952–1957	72,000			
1958–1963	70,000			
1964–1969	15,000			
before 1966			13,000	
1966–1970			9,000	
1969–1980	10,000			
before 1972				10,000
1971–1974			48,000	3,000
1975			40,000	1,700
1976–1980			37,000	12,000
1981–1985			9,000	9,000
1986–1990			22,000	21,000
Total	280,000	12,500	178,000	56,700

Source: Herman Obdeijn, *Vers les bords de la Mer du Nord. Les retours aux Pays-Bas induits par la décolonisation*, in: Miège/Dubois (eds.), *L'Europe retrouvée*, pp. 49–74, here p. 69.

haps not exactly the right term because the great majority of them (75 per cent) had been born in the East and most of them had never previously seen the Netherlands. Altogether some 280,000 of these people came to the Netherlands, mostly between 1945 and 1963. As I have already said, the statistical evidence is by no means impeccable, but I do not want to go into the technical details of these calculations and would rather prefer to simply accept the figures given by Obdeijn which, on the whole, are the most reliable figures we have (see figure 2).

The Moluccan Question

One particular group of immigrants from Indonesia were not Europeans but belonged to the indigenous population. They are known as the Moluccans. Their coming to the Netherlands can only be explained by their historical role in the Netherlands Indies and by the policy followed by the Dutch government with relation to Indonesia's independence.

By the Linggadjadi Agreement of 15 November 1946, the Netherlands recognized the Republic of Indonesia as the government which exercised *de facto* power over Java and Sumatra. But Indonesia consisted of many other regions as well, and in various parts of the huge archipelago Dutch power had already been re-established at an early stage. Wishing to maintain its influence in Indonesia in so far as possible, the Netherlands' government found it necessary to restrict the power of the Republic by means of the so-called ›federal solution‹. Indonesia would become a federation, in which the Republic of Indonesia (consisting of Java and Sumatra) would be no more than one state among others. Numerous states were to be created (eventually there were sixteen) and the whole federation together would form the United States of Indonesia, which in turn would be linked to the Netherlands by the Dutch Indonesian Union. At the time of independence, sovereignty was handed over to these ›United States of Indonesia‹.

Predictably, the nationalist movement of the Republic considered the Dutch federal policy simply as a strategy of ›divide and rule‹. They were therefore not particularly inclined to respect the federal structure and, immediately after the transfer of sovereignty, a strong drive towards unification developed, which found a general echo among the people of Indonesia. The Moluccans, however, who lived in the Federal State of East Indonesia showed a decided resistance to the loss of their independent rule to the government of the Republic. When it became obvious that the Federal State of East Indonesia was to be eliminated, the Moluccans set up the Republic of the South Moluccans on the island of Ambon on 25 April 1950. Many fierce battles were fought until eventually the area was occupied during 1950/51 by the central Indonesian government.

The resistance of the Moluccans arose from their historical ties with the Dutch government. They had long provided many of the soldiers for the Netherlands Indies Army. At the time of the Moluccan uprising this army had practically been disbanded, but there were still 4,000 Moluccan soldiers awaiting discharge. Understandably they did not want to submit to the Indonesian government fearing that they would be considered traitors, and a Dutch judge ruled that they could not legally be forced into this position. The Moluccans wished to move to New Guinea (at that time still a Dutch possession, and now known as Irian Barat) or Ceram, one of the Moluccan islands which continued to fight the central government. But neither alternative was acceptable to the Indonesian, nor therefore to the Dutch government. The only remaining choice for these people was to depart for the Netherlands, a decision taken in February 1950.

I shall return to the subject of the integration, or rather the lack of it, of the Moluccans into Dutch society later, as I would first like to finish the statistical overview and give you the figures for the West Indies. The Dutch West Indies included two parts, Surinam, or Dutch Guyana, on the South American continent, and the Dutch Antilles, in the Caribbean. In every respect their importance was very small as compared to the East Indies and particularly in so far as population is concerned. The total population of Surinam in 1971 was approximately 385,000 people and of the Netherlands Antilles approximately 250,000. There was massive immigration into the Netherlands from Surinam in the 1970s. It was hoped that this would come to a halt with the coming of Surinamese independence in 1975. But this was not to happen. The Surinamese emigration continued and was reduced only after 1980 by some new restrictive measures by the Dutch. The Antilles have continued to be part of the kingdom of the Netherlands, and a continuing emigration is taking place from there into the Netherlands although this is largely only for temporary reasons, like study and temporary employment.

An element which had less to do with decolonization than with general economic and demographic developments after 1945, was the opposite phenomenon, that of an important emigration from the Netherlands, particularly in the 1950s. About 150,000 people left the country. They did not go to the overseas possessions and former colonies but went mostly to America, Canada, Australia and New Zealand. In 1960, with the beginning of the economic boom in Europe, this movement came to a rather abrupt standstill.

In conclusion we can say that from the present-day Dutch population of some 15 million people, approximately 407,000 immigrated from the former colonies while another 405,000 are descendants of these. The geographical breakdown of this group is to be seen in figure 3.

Figure 3: Dutch Citizens Having a Link with one of the Former Dutch Colonies

	Dutch East Indies	Moluccan Archipelago	Surinams	Dutch Antilles
Country of birth	175,000	10,000	163,000	59,000
Country of birth of at least one parent	250,000	40,000	87,000	28,000
Total	425,000	50,000	250,000	87,000

Source: Obdeijn, *Vers les bords de la Mer du Nord*, p. 71.

Let us now have a look at the way these immigrants were received in the Netherlands and discover what happened to them.

Return and Re-adaptation

I shall begin with one group that I have not yet mentioned because, strictly speaking, they were not immigrants although they also returned from the Indies. This is the group of some 100,000 conscripts who had served in the Indies during the process of decolonization. Little is known about their adaptation at home. No doubt their overseas experiences have affected these men, generally very young, who had seen guerrilla warfare, had been in contact with an alien society, and borne isolation and enforced idleness. Occasionally, stories of incidents and excesses came to light, but there was never any question of a public discussion of – let alone an inquiry into – the conduct of the soldiers in the Indies. Nor was any general concern shown as to their reception and re-adaptation at home. Perhaps the most marked result of their service in the East Indies is the popularization of Indonesian dishes in the Netherlands. There had, of course, always been returned expatriates, but they were too few and too localized to influence Dutch eating habits. The influx of some 100,000 people from the Indies brought with it a passion for Indonesian food and Indonesian restaurants. Nasi (fried rice), bami (noodles) and loempiah's (egg-rolls) have become an integral part of Dutch culture. Once or twice a week many a Dutch housewife prepares an Indonesian meal (or what she believes to be such a meal) and there are now no less than 2,180 Chinese-Indonesian restaurants to be found throughout the country.

A second, even larger, body of repatriates were the Indonesian Dutch of which I already have given some general figures. They came in waves, the first of which occurred between 1945 and 1948. Members of the first group, in

many cases, came to the Netherlands for rest and rehabilitation, but did not intend to remain there. The second wave, which developed in 1949–1951 as a result of the transfer of sovereignty, consisted mainly of civil servants and military personnel. Neither they nor the group arriving between 1952 and 1955 proposed to return to the East. The latter, somewhat lower in social status than the earlier repatriates, were often Eurasians or Europeans who had never been in the Netherlands; these people had waited to see which way the wind would blow. A fourth and last wave came in 1957/58 as a result of the Indonesian nationalization of Dutch businesses. Included in this group were the *spijtoptanten*, those who had at first opted for the Indonesian nationality, but subsequently felt that they were not treated as full citizens, and so came to Holland, having *spijt* that is to say regretting their initial option.

Little is known about how these people fared. Economically, hardships were few: Jobs were easy to find in these years of increasing prosperity. Socially, however, the repatriates encountered many problems, such as the loss of status and the difficulties of adaptation to a different and often simpler way of life, apart from adapting to our cold climate. The greatest difficulties were probably experienced by the ›stayers‹ – Dutchmen born and raised in the Indies – to whom the Netherlands were an unknown foreign country. They included many Eurasians who had problems in finding social acceptance as they also had had within the framework of the colonial society. In contrast, the higher-ranking, academically-trained colonial civil servants had few problems. These mostly took up satisfactory second careers in the Netherlands' civil service, administration, judiciary and universities. Their numbers, however, were very small.

The fate of the third group, the Moluccans, was very different. It was presumed that the Moluccans would only remain in the Netherlands temporarily, as is obvious from the fact that the 4,000 families, 12,500 people in all, were housed in camps. This group, therefore, stayed together in the camps, was cared for by the government, was not permitted to work and remained completely isolated from Dutch society, awaiting a return to Indonesia and dreaming of an independent republic. In the 1950s, this situation began to change. Increasing prosperity made it possible for the Moluccans to take part in the work process, a return to the East Indies became less realistic as the relationship with Indonesia deteriorated. Instead of the camps, residential areas in various Dutch towns were made available for housing. This group of Moluccans, about 90 percent of whom are Christians and belong to the Evangelical Moluccan Church, now numbered 32,000. They enjoyed the benefits of a flourishing economy and an emerging welfare state. Nevertheless, the nucleus of the problem remained. The Dutch government considered the Moluccan question to be a social problem, a matter for the Minister of Social

Welfare. The Moluccans considered it as a political problem, the responsibility of the Minister of Foreign Affairs. In 1975, impatient with the attention of social workers only, they turned to more up-to-date methods of terrorism. On three occasions, in 1975, 1977 and 1978, they occupied a school, a train, an embassy, a consulate and a county house, killing several people in the process. The Dutch government developed unexpectedly successful tactics – persuasion, exhaustion and military power – to end these actions. Dumbfounded, the Dutch watched their television screens, as jets dived over one of their trains and tanks attacked one of their schools. The indiscriminate killing of Dutch citizens did indeed draw attention to the cause of the Moluccans but hardly gained public sympathy for it. The result of these activities is that the Moluccan question is now considered more seriously, but not that their political aims have been accepted by the Dutch government.

The first Moluccan terrorist action occurred in 1975, the same year in which immigration from Surinam reached its zenith, in anticipation of the colony's independence which was to be granted in November 1975. Thereafter the Surinam people could indeed enjoy the vast sums in development aid which the Netherlands were to pay as an alimony in this divorce, but they could no longer expect the extremely favourable social benefits available to Dutch citizens. The lure of these fabulous payments was great. In 1973, 11,000 Surinamese came to the Netherlands, in 1974 almost 18,000 came and in 1975, when independence was breathing down their necks, nearly 40,000 took one-way tickets to Amsterdam Airport. At least, the Dutch felt not without some relief, there could never come more than 385,000 immigrants, since that was the total population of Surinam. By 1975, a total of 115,000 Surinamese had settled in the Netherlands. Not only was this a very large group for such a densely-populated country – it just about compensated for the total emigration number of the 1950s – but it also involved a group of easily recognizable coloured people. The Dutch realised in 1975 that they had in their midst not only a dissatisfied Moluccan population – 32,000 strong – but also over 100,000 potentially dissatisfied and poorly-adapted Surinamese. The 280,000 repatriated Indonesian-Dutch had been smoothly assimilated into Dutch society. But now it suddenly became clear that the inheritance of the colonial past also included some 150,000 coloured inhabitants. This belated discovery that the Netherlands had become a multi-racial, or as we now say a multicultural, society caused the country its first true imperial hangover.

It is apparent that decolonization had several unfavourable effects in the Netherlands' collective psychology⁵: Various sectors of commerce recovered only partially or not at all from the shock; the trauma of the loss of Em-

5 For a more extensive discussion of the problems mentioned in this section see Henk L. Wesseling, *Post-Imperial Holland*, in: idem, *Imperialism and Colonialism. Essays on the History of European Expansion*, Westport, Conn./London 1997, pp. 126–140.

pire had a negative influence on Dutch politics; failure to settle the Moluccan question has saddled the country with a dangerous inheritance. On the whole, however, the shock was absorbed without too much trouble. The feared economic disintegration never occurred; on the contrary, prosperity increased as never before. Adaptation to the new state of international affairs proceeded fairly smoothly. The assimilation of 280,000 Indonesian Dutch was barely noticed. When in 1969 the economic historian Henri Baudet published an article about ›The Netherlands after the Loss of Empire‹, he could justifiably argue that, for the Dutch, colonization appeared to be a turned page, the past a closed book.⁶

Ten years later, however, the picture looked somewhat different. In the course of the 1970s, there were several crude reminders of the imperial past, not only the activities of the Moluccans and the arrival of the Surinamese but, even earlier, heated discussions on the behaviour of Dutch troops in Indonesia. Until then the history of the Dutch war in the Indies had received virtually no attention at all: no institute, no television series, no scholarly articles, official or unofficial. In contrast to the stream of literature about the Second World War, there existed only a few unread novels and some forgotten memoirs. Colonial history was also out of favour: At the universities, it attracted very few students. In short there existed no historical view of colonization and decolonization; no-one needed it; it was the past, but it had not become history. It had simply been pushed aside, obliterated, wiped out. Of course many war veterans knew that many atrocious things had happened, but only a few of them had actually fouled their hands with these acts. The rest knew what had happened, but they kept quiet and accepted no criticism from outsiders. There was in fact almost no criticism.

In 1969, public opinion was shocked by the so-called Hueting affair. The Hueting affair developed from a television programme on 17 January 1969 in which a veteran of the colonial war, the psychologist J.E. Hueting, revealed details of excesses by Dutch troops in Indonesia. This really was a bomb-shell, and reactions ranged from angry denials by former soldiers to demands that the guilty should stand trial. The government did what it had to do: It ordered an investigation. The report, which appeared very quickly, was vague and said little, restricting itself to recording a few incidents. These affairs like other ones illustrate the *crises de conscience* which appeared so frequently in the Netherlands in the 1970s – but not only in the Netherlands. The entire western world was to learn this need for adaptation, purification and catharsis, with Vietnam and Watergate as the symbols of moral issues in foreign and domestic politics.

6 Henri Baudet, The Netherlands after the Loss of Empire, in: Journal of Contemporary History, 4, 1969, pp. 127–141.

These developments also affected the historical profession. In the Netherlands, the interest for the colonial past was to develop slowly, but when, in 1975, we founded in Leiden the Centre for the History of European Expansion, the interest among students for this subject was definitely growing and since then it has indeed become a rather popular subject, particularly at Leiden but also at the university of Utrecht. At least some 50 overseas historians work at Dutch universities and research institutes. There also is a constant stream of Ph.D. students and post-docs. The number of publications is vast and many historians reach a wider audience with books that are accessible to the general public.

This is not to say that the colonial past has now been digested. On the contrary, on various occasions, for example with the case of a former defector of the Netherlands Army in the Indies who wanted to come to the Netherlands, or with the official state visit of the Queen to Indonesia in 1995, the sentiments immediately became very heated again, and for a time public opinion was concerned by some aspect or other of the colonial past and the decolonization period. The same is true for the history of the Second World War and the German occupation. We see similar developments in France à propos of the Algerian War of decolonization and the process of Maurice Papon. And in America concerning the Vietnam War. The past needs much time to become history.

Michael Bommès

Zweites DFG-Graduiertenkolleg ›Migration im modernen Europa‹ am IMIS eröffnet

Das von der DFG geförderte Graduiertenkolleg ›Migration im modernen Europa‹ wird am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück seit dem 1. Oktober 1995 durchgeführt. Die zweite Förderperiode begann am 1. Januar 1999 und wurde offiziell am 6. Mai 1999 mit einer kleinen Feier eröffnet, auf der Prof. Dr. Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, Zürich, den Festvortrag zum Thema ›Probleme der internationalen Migration‹ hielt, der nachfolgend abgedruckt ist.

Im Graduiertenkolleg ›Migration im modernen Europa‹ werden unter Beteiligung verschiedener Fachdisziplinen Migrationsprozesse und Wanderverhalten, Formen und Folgen der Einbeziehung bzw. Ausgrenzung von Migranten sowie Traditionen, aktuelle Verhaltensweisen und Regeln des Umgangs mit Zu- und Einwanderern in europäischen Staaten vergleichend untersucht. Die Fragestellungen des Graduiertenkollegs betreffen historische, aktuelle und zukünftige Entwicklungen und Probleme von Migration und Integration in einzelnen europäischen Regionen, Ländern und in Europa insgesamt. Der Untersuchungsraum umfaßt die Staaten der Europäischen Union und ihrer assoziierten Mitglieder bei Berücksichtigung auch der Staaten, deren Einbeziehung auf mittlere Sicht zu erwarten ist. Fragestellungen, in denen kulturelle Lebensformen und interkulturelle Probleme im Eingliederungsprozeß von Bedeutung sind, berücksichtigen ebenso Aspekte der Herkunftsländer der zugewanderten Bevölkerungen.

Die Promotionsvorhaben im Graduiertenkolleg sind mit ihren speziellen Fragestellungen schwerpunktmäßig einer der drei miteinander zusammenhängenden Leitperspektiven des Kollegs – ›Ethnizität‹, ›Stratifikation‹, ›kulturelle Lebensformen und Geschlechterverhältnisse‹ – zugeordnet, die für die Einzeluntersuchungen bei aller notwendigen Spezifizierung theoretische Rahmenbezüge umschreiben und damit als Folie für ein adäquates Reflexionsniveau dienen sollen. In diesen Bezugsrahmen bearbeiten die Promotionsvorhaben Problemstellungen der Migration selbst, der Eingliederung von Migranten und der Gestaltung von Migrationsbedingungen. Diese Forschungsfelder – Migration, Eingliederung und Gestaltung – stehen für die Prozesse der Ablösung aus der Herkunftsgesellschaft und der Bewegung in die Aufnahmegesellschaft, für die Auseinandersetzungsformen und das Ausmaß des Einbezugs in gesellschaftliche Teilsysteme und schließlich für

die Bedingungen, Chancen und Grenzen insbesondere politischer Beeinflussungs- und Steuerungsversuche von Migration und ihren Folgen.

Forschungsfelder ⇒ Leitperspektiven ⇓	Migration	Eingliederung	Gestaltung
Ethnizität			
Stratifikation			
Kultur/Geschlechterverhältnisse			

Migration als Zentralbereich der *conditio humana* ruft die verschiedensten Humanwissenschaften auf den Plan, sofern Migranten durch geographische Mobilität regional ungleich verteilte Teilnahmechancen an Ökonomie, Recht, Politik, Ausbildung und Gesundheit wahrzunehmen versuchen. Migranten treffen auf etablierte soziale Strukturen, die sie auf der Basis gelernter Handlungsformen nutzen und modifizieren, die sie aber auch an der Wahrnehmung von Chancen hindern. Die Migrationsforschung ist insofern ein prädestiniertes Feld für interdisziplinäres wissenschaftliches Arbeiten. Die im Graduiertenkolleg vertretenen Fachgebiete und Forschungsrichtungen umfassen Demographie, Erziehungswissenschaften, Geographie, Geschichtswissenschaft, Geschlechterforschung, Psychologie, Rechtswissenschaften, Soziologie und Sprachwissenschaft. Sie thematisieren Bestimmungsfaktoren, Begleitumstände, Rahmenbedingungen, Formen, Verlauf und Folgen von Migration unter den sie kennzeichnenden disziplinären Gesichtspunkten.

Die Arbeiten der ersten Förderperiode vom Wintersemester 1995/96 bis zum Sommersemester 1998 sind zum Teil abgeschlossen oder stehen vor dem Abschluß. Es handelt sich vor allem um empirische Arbeiten, von denen etwa die Hälfte Eingliederungsprozessen der Arbeitsmigranten unter den Gesichtspunkten von Ethnizität, Stratifikation oder kulturellen Lebensformen gilt. Es handelt sich, so viel kann man heute zu den Ergebnissen dieser ersten Förderperiode sagen, um konsolidierende Beiträge zur etablierten Migrations- und Integrationsforschung, die in den Herkunftsdisziplinen dieser Graduierten, der Sozialgeographie, der Ethnologie, der Geschichtswissenschaft, der Politikwissenschaft, der Soziologie und der Erziehungswissenschaft Forschungslücken schließen oder weiterführende Diskussionen anstoßen. Die erste fertiggestellte Dissertation von S. Devetzi wurde im September 1999 mit dem Förderpreis des Deutschen Sozialrechtsverbandes ausgezeichnet.

Vor diesem Hintergrund wurde für die zweite Förderperiode eine Verschiebung der Schwerpunktsetzungen vorgenommen. Drei Forschungsperspektiven werden zentral weiter verfolgt: *Ost-West-Wanderungen*, *Süd-Nord-Wanderungen* sowie *Migration und Organisation*.

Die Anfang der 1990er Jahre politisch befürchtete (und auch wissenschaftlich oftmals leichtfertig prognostizierte) große Ost-West-Wanderung ist ausgeblieben. Die Aussiedlerzuwanderung als Teil der ethnischen Wanderungen im Gefolge der post-sowjetischen Staatsbildungsprozesse, die Arbeitskräftewanderungen auf der Basis von Werkverträgen, saisonale Wanderarbeit und illegale Zuwanderung zeigen, daß nicht nur Deutschland als Land mit der größten EU-Grenze nach Osten hin betroffen ist von der Herausbildung neuer (nicht ausschließlich auf diese Region begrenzter) Ost-West-Wanderungssysteme. Mit Bezug auf diese Entwicklung, das voraussichtliche Fortschreiten der Integration der EU und ihre Erweiterung nach Osten liegt ein Schwerpunkt der Promotionsvorhaben auf *Osteuropa*.

Einen zweiten Schwerpunkt bildet neben der Ost-West- die *Süd-Nord-Achse*. In diesem Schwerpunkt geht es darum, die unterschiedliche Relevanz der Süd-Nord-Wanderungen in verschiedenen europäischen Ländern zu untersuchen, genaueres Licht auch auf die neuen Immigrationsländer in Südeuropa (vor allem Italien, Spanien) zu werfen, die dort relevanten Formen und Prozesse der Immigration und Eingliederung, des Ausschlusses und die Möglichkeiten der Gestaltung zu analysieren sowie umgekehrt auch die Herkunftsräume und die dort bestehenden Wanderungsursachen in ihrer Relevanz für die Entstehung transnationaler Wanderungsnetze bis nach Europa zu untersuchen. Mit solchen Forschungen wird für Europa eine Entwicklung nachvollzogen, die in den USA und Australien in der wissenschaftlichen Diskussion seit einiger Zeit verstärkt Beachtung findet und auch für die europäische Integration an Bedeutung gewinnen wird, nämlich Geschichte und Gegenwart transnationaler Wanderungsräume und -netze, die sich den üblichen Einteilungen sozialen Geschehens entlang politischer und nationaler Grenzen und damit auch amtlichen Datenbilanzen entziehen. Ihre Auswirkungen auf die innereuropäischen Wanderungsströme und auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen werden untersucht, z.B. die Rückwirkung auf familiäre Verhältnisse, die nicht mehr auf der Basis lokaler Haushalte gestaltet, sondern von übergreifenden sozialen Netzen getragen werden.

Den dritten Schwerpunkt bildet das Feld *Migration und Organisation*. Migrantinnen und Migranten treffen in Europa auf eine Gesellschaft, in der der kompetenten Teilnahme an Organisationen eine zentrale Bedeutung für die Lebensführung zukommt. Organisationen vermitteln Lebenschancen in allen wesentlichen Bereichen, und die durch sie regulierten Teilnahmechancen für Individuen kennzeichnen die sozialen Strukturen der modernen Gesellschaft. Bei ihren Versuchen der Teilnahme an Organisationen treffen Migranten in den für ihre Lebensumwelten relevanten Ausschnitten auf Strukturen und Prozesse mit oft sehr spezifischen Verhaltenserwartungen, die sie zu erkennen und zu verstehen lernen müssen. In diesem Bereich geht es um den Zusammenhang von Organisationsprozessen, sozialen Strukturen und

Migrationsprozessen, um fördernde oder beeinträchtigende Bedingungen in Organisationen für die Eingliederung von Migranten und um organisations-spezifische Wahrnehmungs- und Konstruktionsweisen von Migration.

Mit diesen veränderten Schwerpunktsetzungen bleibt der ursprüngliche Themenrahmen des Graduiertenkollegs ›Migration im modernen Europa‹ erhalten, aber die Gewichte werden gegenüber der bisherigen Arbeit verschoben, indem einerseits stärker auf neuere Entwicklungen reagiert und andererseits der Akzent auf die Folgen von Migration und die strukturellen Möglichkeiten der Reaktion auf Migration gelegt wird. Die neuen Schwerpunktbereiche haben sich aus der bisherigen Arbeit im Kolleg ergeben und reagieren zugleich auf aktuelle Entwicklungen. Sie zielen nicht nur darauf, die aktuellen Ost-West- und Süd-Nord-Wanderungsverhältnisse in ihren historischen und internationalen Dimensionen mit der genannten Akzentverschiebung zum Thema zu machen. Sie erlauben auch, interdisziplinär bedeutsame Entwicklungen und Konzepte (wie die neuere Organisationsforschung, die Diskussion um Weltgesellschaft und Globalisierung, die Zukunft von Nationalstaaten als beinahe alternativlos etablierte und zugleich hoch fragile Form der Politik, Formen und Bedingungen nationaler und internationaler Sozialpolitik, Transformationsprozesse und die Reichweite sozialwissenschaftlicher Theoriebildung) für die Forschungsfragen im Bereich Migration fruchtbar zu machen und hier zugleich einem Bewährungstest in der empirischen Forschung auszusetzen.

Die im Graduiertenkolleg laufenden Dissertationsprojekte stammen aus sieben verschiedenen Disziplinen (Demographie, Erziehungswissenschaft, Geschichtswissenschaft, Psychologie, Sozialgeographie, Soziologie, Sprachwissenschaft). Das Kolleg ist also auch in seiner jetzigen Zusammensetzung durch eine große disziplinäre Breite ausgezeichnet, fast alle durch die Lehrenden repräsentierten Disziplinen sind vertreten. Mit Blick auf die strukturellen Zielsetzungen des Kollegs kann man eine vorläufige Systematisierung der Dissertationsprojekte vornehmen: Sechs Arbeiten aus den Bereichen der Psychologie, Sprachwissenschaft, Geschichte, Erziehungswissenschaft und Demographie befassen sich mit Zuwanderungsprozessen aus Osteuropa. Es geht dabei unter anderem um die Prognose künftiger Zuwanderungen, psychologische Eingliederungsprobleme von Zuwanderern, den historischen Vergleich von Eingliederungsbedingungen in den beiden deutschen Staaten, Akkulturationsprozesse von Jugendlichen und den Sprachkompetenzerwerb von Kindern. Aus soziologischer, sprach-, politik- und geschichtswissenschaftlicher Perspektive gelten fünf Arbeiten den Süd-Nord-Wanderungen und ihren Folgen. Zwei davon befassen sich mit der Einwanderung im sogenannten neuen Einwanderungsland Spanien, eine thematisiert Elitenwanderungen aus Afrika nach Europa und zurück. In zwei Projekten geht es um die zunehmend relevante Zuwanderung von Marokkanern nach Spanien und

Deutschland. Schließlich befaßt sich eine Arbeit aus politikwissenschaftlicher Sicht mit der Frage der betrieblichen Inklusion von ausländischen Arbeitnehmern und thematisiert dabei die politisch rechtlichen Randbedingungen des Einbezugs von Migranten in Organisationen. Das Verhältnis von Migration und Organisation ist darüber hinaus in vier der bereits genannten Arbeiten von großer Bedeutung. Schließlich bearbeitet ein Dissertationsprojekt in vergleichender Absicht die Rückwirkungen des europäischen Einigungsprozesses auf bislang staatlich strukturierte Grenzziehungsprozesse, die Konzepte nationaler Staatsbürgerschaften in den Ländern Italien, Frankreich und Deutschland und die darüber vermittelten Strukturen der politischen Inklusion bzw. Exklusion unterschiedlicher Migrantenkategorien.

Gute wissenschaftliche Absichten lassen sich nur realisieren, wenn man Graduierte findet, die in dem gesetzten Rahmen eine Möglichkeit sehen, ihre Forschungsinteressen umzusetzen sowie bereit und fähig sind, sich den Anforderungen eines interdisziplinär arbeitenden Kollegs zu stellen. Dies bedeutet, sich darauf einzulassen, eigene wissenschaftliche Zielsetzungen in der Auseinandersetzung mit anderen, dazu keineswegs immer kongruenten wissenschaftlichen Perspektiven und Schwerpunktsetzungen zu verfolgen und dabei unter Umständen erhebliche Modifikationen am eigenen Vorhaben zu riskieren. Die Lehrenden des Kollegs haben sich daher mit der Auswahl von Graduierten einige Mühe gemacht und sind davon überzeugt, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten mit interessanten Forschungsvorhaben gefunden zu haben.

Die Themen der Dissertationsprojekte im einzelnen

Frauke Bastians (Psychologie)

Die Bedeutung sozialer Netzwerke für die Integration von Aussiedlerinnen und Aussiedlern am Arbeitsplatz – Copingstrategien zur Bewältigung von Problemen

Ziel der Arbeit ist die empirische und theoretische Klärung der Bedeutung sozialer Netzwerke für die soziale und berufliche Integration von Aussiedlerinnen und Aussiedlern, insbesondere für die Bewältigung von Schwierigkeiten am Arbeitsplatz. Besonderes Augenmerk wird dabei den Copingstrategien gewidmet, die Aussiedlerinnen und Aussiedlern zur Streß- und Problembewältigung am Arbeitsplatz entwickeln und einsetzen. Der Zuschnitt der Untersuchung, die Erfassung von Korrelationen zwischen Integrationserfolg und Netzwerkeigenschaften sowie die Erhebung und Darstellung spezifischer Problemsituationen, soll nicht nur einen Einblick in die spezifischen Problemfelder der Integration am Arbeitsplatz erlauben. Auf der Basis der Auswertung der erhobenen Daten wird auch eine Theorie über den Zusammenhang zwischen sozialen Netzwerken, Coping und Integration formuliert.

Alexandra Budke (Sozialgeographie)

Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster im Kulturkontakt – Studien über Austauschstudenten in wechselnden Kontexten

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen das Studienverhalten ausländischer Studenten und ihre sozialen Kontakte. Die Variablen, die dieses Verhalten beeinflussen, werden mit einer Fragebogenerhebung unter ERASMUS-Studenten zu Einstellungen und Erfahrungen am Studienort an drei deutschen Universitäten untersucht, mit Hilfe derer das Ausmaß des Einflusses dieser Variablen auf das Studienverhalten empirisch bestimmt werden soll. Darüber hinaus soll der Inhalt von Deutschland- und Heimatbildern untersucht und ihre vermutete Abhängigkeit von der Art der sozialen Kontakte der ausländischen Studenten überprüft werden. Der Vergleich von ausländischen Studierenden und deutschen Studierenden im Ausland an verschiedenen Studienorten soll empirisch zugänglich machen, ob und in welcher Weise deren Verhalten von den sozialen Bedingungen am Studienort abhängig ist, und in welchem Ausmaß Ähnlichkeiten oder Differenzen in den Verhaltensweisen, Erfahrungen und Einstellungen der Studenten damit erklärt werden können.

Mustapha Fathi (Sprachwissenschaft)

Das Sprachverhalten marokkanischer Migrantenkinder in der Bundesrepublik Deutschland als Spiegel ihrer Integration in die Gesellschaft

Die Untersuchung beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von sprachlichen und sozialen Faktoren beim Zweitspracherwerb marokkanischer Migrantenkinder in der Bundesrepublik Deutschland. Sie untersucht empirisch das wechselseitige Bestimmungsverhältnis von Beherrschung der Sprache des Einwanderungslandes und erfolgreicher sozialer Integration. Im Mittelpunkt des Vorhabens stehen Untersuchungen zur phonetischen Realisierung bzw. Reproduktion von vokalischen Sprachlauten, die im Deutschen, nicht aber in den ›Muttersprachen‹ der marokkanischen Migrantenkinder vorhanden sind. Es wird davon ausgegangen, daß die Migrantenkinder aufgrund dieser vokalischen Differenz zwischen den verschiedenen Sprachsystemen zu – linguistisch-systematisch betrachtet – sogenannten radikalen Lösungen greifen und daß die Struktur dieser Lösungen und damit die vokalischen Realisierungen im Deutschen systematisch abhängig von der sozialstrukturellen Integration der Kinder variieren.

Nicole Hirschler-Horáková (Geschichtswissenschaft)

Die ›Repatriierung‹ Deutscher aus der Sowjetunion in die DDR – Familienzusammenführung im innen- und außenpolitischen Spannungsfeld

Angesichts der großen wissenschaftlichen Aufmerksamkeit, die sich auf die zugewanderten Aussiedler bzw. Spätaussiedler und ihre Integrationspro-

bleme in der Bundesrepublik und im vereinigten Deutschland richtet, fällt auf, daß über die – deutlich kleineren – Zuwanderungen dieser Art in die Deutsche Demokratische Republik bislang wenig bekannt ist. Anhand der Akten der am Prozeß der ›Familienzusammenführung‹ beteiligten DDR-Ministerien, des SED-Parteiparates und der Massenorganisationen der DDR sowie der Akten ausgewählter Landkreise und Bezirke soll diese Forschungslücke geschlossen werden. Die Geschichte der Zuwanderung und Eingliederung der im Westen ›Aussiedler‹ genannten Gruppe in der DDR wird im Vergleich zu den entsprechenden Entwicklungen im Westen behandelt. Es geht vor allem um den Vergleich der einschlägigen Verwaltungspraxis vor dem Hintergrund des unterschiedlichen Verständnisses von ›Familienzusammenführung‹ im Osten und ›Aussiedlerzuwanderung‹ im Westen zur Zeit des Kalten Krieges.

Günter Hinken (Politikwissenschaft)

Zum Verhältnis von betrieblicher Inklusion und politischer Exklusion – Die Bedeutung des Betriebsverfassungsgesetzes für die betriebliche Inklusion ausländischer Arbeitnehmer in deutschen Wirtschaftsunternehmen

Die Situation der Ausländer in Deutschland ist gekennzeichnet durch eine Disparität zwischen betrieblicher Inklusion und politisch-gesellschaftlicher Exklusion. Formal findet diese Ambivalenz ihren Ausdruck darin, daß Ausländer frühzeitig arbeits- und sozialrechtlich mit Deutschen gleichgestellt wurden, ihnen jedoch der Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit bis Ende der 1980er Jahre weitgehend vorenthalten wurde. Während sich vor diesem Hintergrund die Forschung seit geraumer Zeit auf die Frage nach der politischen Partizipation von Einwanderern in Deutschland konzentriert, spielt die betriebliche Integration von ausländischen Arbeitnehmern keine große Rolle. Die betriebliche Stellung ist aber ein entscheidender Verankerungspunkt der Existenz von Zuwanderern in einer Marktgesellschaft. Das Dissertationsprojekt fragt nach der Verbindung zwischen den beiden Integrationsbereichen und untersucht die Auswirkungen der betrieblichen Inklusion ausländischer Arbeitnehmer auf die politisch-gesellschaftliche Inklusion der Einwanderer in Deutschland.

Rosa Jiménez Laux (Soziologie)

Biographie und Erfahrung mit Staatlichkeit: eingewanderte Frauen aus Marokko in Spanien und ihr Umgang mit staatlichen Institutionen

Das soziologisch-ethnographische Dissertationsvorhaben beschäftigt sich mit der Situation eingewanderter marokkanischer Frauen in Südspanien und ihren Erfahrungen mit marokkanischen und spanischen staatlichen Einrichtungen. Es soll untersucht werden, ob und wie sich im Verlauf der Migra-

tionsbiographien dieser Frauen die Sichtweisen und Umgangsformen mit staatlichen Institutionen entwickeln und in welcher Beziehung sie zu den Lebensentwürfen der Frauen stehen. Die Untersuchung will herausfinden, wie sich der illegale oder unsichere Status dieser Migrantinnengruppe und die mögliche oder reale Konfrontation mit Vertretern staatlicher Institutionen auf die Handlungsmuster, die Lebensentwürfe und die biographischen Selbstpräsentationen dieser Frauen auswirken. Die Arbeit ist konzipiert als ein Beitrag zur soziologischen Diskussion über die Bedeutung von Lebenslauf und Biographie in der modernen Gesellschaft und fragt nach dem Zusammenhang von Migration, Geschlecht, der Erfahrung von Staatlichkeit und der Relevanz biographischer Kommunikationsformen.

Matthias Liedtke (Soziologie)

Grenzen der Freizügigkeit in Europa – Die Auswirkungen supranationaler Inklusions- und intergouvernementaler Exklusionspolitik auf die Staatsbürgerschafts- und Asyltraditionen in Deutschland und Frankreich

Die europäisch-emphatische Zugehörigkeitsformel ›Unionsbürgerschaft‹ zeichnet sich nicht nur durch ihre positive Funktion der politischen Inklusion aus, sondern wird auch durch ihre negative Funktion der Exklusion von Nicht-EU-Bürgern bestimmt. Diese Entwicklung, die Bestimmung sowohl europäischer Bürger als auch europäischer Grenzen, berühren Kernbereiche nationalstaatlicher Souveränität. Denn mit der Einrichtung der Freizügigkeit innerhalb der EU geht es um die Etablierung einer über die Asyl- und Fluchtproblematik hinausreichenden EU-Migrationspolitik und eine damit verbundene Institutionalisierung europäischer Inklusions- und Exklusionsstrukturen. Die Arbeit fragt nach den Rückwirkungen einer solchen europäischen Zugehörigkeits- und Ausschlußpolitik auf verschiedene nationale Traditionen der Grenzziehung. Am Beispiel von Frankreich und Deutschland wird das politische Spannungsfeld untersucht, das sich aus den unabdingbaren politischen Bemühungen um eine europäische Koordination der aus verschiedenen nationalstaatlichen Traditionen resultierenden Positionen zum Einbezug und Ausschluß von Migranten ergibt.

Tatiana Mikhailopoulo (Sprachwissenschaft)

Veränderung der Sprachverhältnisse durch Migration – Die Sprachkompetenz von Aussiedlerjugendlichen und ihre Probleme bei der Aneignung der Sprache des Einwanderungslandes

Zureichender Spracherwerb ist eine Voraussetzung der sozialen Integration im Eingliederungsprozeß. Im Mittelpunkt dieser sprachwissenschaftlichen Untersuchung steht die Textproduktion der Jugendlichen als fremdsprachliche Tätigkeit. Als Datenquellen sollen zunächst die mündliche Erzählung

einer Bildergeschichte sowie die anschließende Verschriftung dieser Erzählung durch jugendliche Probanden jeweils in der Muttersprache und auf Deutsch dienen. Auf der Basis dieser Daten wird die mündliche Kompetenz der Jugendlichen mit ihren schriftlichen Fähigkeiten verglichen. Im zweiten Schritt werden vergleichbare Daten von einsprachigen deutschen und russischen Jugendlichen gleichen Alters in Deutschland und Rußland erhoben. Diese Kontrollgruppen sind im Unterschied zu der Hauptgruppe der Probanden, den Aussiedlerjugendlichen, keinen wanderungsbedingten Belastungen ausgesetzt. Ihre Textproduktionen sollen als Vergleichsgrundlage dienen, da sie als orientierendes Modell für die Erzählstrategien der Aussiedlerjugendlichen aufgefaßt werden können. Die Analyse der Sprachkompetenz berücksichtigt im einzelnen unter anderem folgende Aspekte: Umfang des Lexikons und Strategien, die beim Fehlen eines fremdsprachlichen Ausdrucks benutzt werden; die Fähigkeit, zeitliche und räumliche Zusammenhänge sprachlich auszudrücken sowie kausative Verbindungen zwischen Ereignissen herzustellen. Die mündliche Form des Erzählens soll mit der schriftlichen Texterstellung unter den Gesichtspunkten der Komplexität und Differenziertheit syntaktischer und lexikalischer Strukturen verglichen werden. Die Auswertung soll auch zeigen, wie weit die Beherrschung der sprachlichen Formen bei den Jugendlichen nach einer bestimmten Aufenthaltszeit in der Bundesrepublik Deutschland fortgeschritten ist und in welcher Weise die produzierten Strukturen von der Muttersprache beeinflusst sind.

Michael Schubert (Geschichtswissenschaft)

Der schwarze Fremde: Struktur und Wandel des Bildes vom Schwarzafrikaner in der parlamentarischen und publizistischen Diskussion in Deutschland von den ›Schutzgebieten‹ bis zur ›Dritten Welt‹

Es geht um die Analyse der Bedeutung und Funktion von Fremdwahrnehmungen und Fremdbildern am Beispiel der Bilder von Schwarzafrikanern in der parlamentarischen und publizistischen Diskussion in Deutschland seit der Zeit der ›Schutzgebiete‹ bis zur politischen Konstitution der ›Dritten Welt‹. Dabei werden Fremdbilder als komplex strukturierte Ideensysteme verstanden, welche durch Ideologien (z.B. Rassismus, Kulturalismus) konstituiert sind. Es wird davon ausgegangen, daß sich trotz aller historischen Brüche in den Vorstellungen von Schwarzafrikanern in Deutschland ein eurozentrisch-kolonialer Blick auf Afrika erhalten hat, der Schwarzafrikaner kulturalistisch und/oder rassistisch qualifiziert – und damit von der kulturalistischen Legitimation der kolonialen Intervention in Afrika im späten 19. Jahrhundert bis zur unter anderem kulturalistischen Legitimation der postkolonialen humanitären und/oder wirtschaftlichen Nichtintervention in Afrika des späten 20. Jahrhunderts reicht.

Sandra Strahler (Erziehungswissenschaft/Geschlechterforschung):

Jugendliche Aussiedlerinnen und Aussiedler in ländlichen Regionen – Kultur- und geschlechtsspezifische Aspekte der Bedeutung, Ausgestaltung und Aneignung von Räumen

Ziel der Arbeit ist die Erforschung der Auswirkungen der sozialen Wohnlage von Aussiedlerjugendlichen in ländlich geprägten Regionen auf ihre Chancen der sozialen Integration und auf ihre Erfahrungsweise dieser Chancen. Es wird davon ausgegangen, daß der soziale ›Raum‹ in vielfacher Hinsicht eine Bedeutung für Sozialisationsprozesse hat. Durch die räumlichen Bedingungen des Aufwachsens sind Möglichkeiten, Chancen und auch Einschränkungen vorgegeben. Teil der Sozialisation ist dementsprechend die Raumaneignung als Umweltaneignung. Vor diesem Hintergrund wird danach gefragt, ob und wie das Raumverhalten von Jugendlichen verschiedener (kultureller und regionaler) Herkunft sowie unterschiedlichen Geschlechts differiert. Für die Aussiedlerjugendlichen stellt sich die Frage, ob aus der Migration und den Bedingungen der Integration Veränderungen des im (urbanen oder ländlichen) Herkunftskontext gelernten Raumverhaltens resultieren. In erziehungswissenschaftlicher Perspektive wird zudem gefragt, welche Konsequenzen aus einer kultur- und geschlechtsspezifisch differierenden sozialen Raumaneignung in Migrations- und Integrationsprozessen für pädagogische Versuche der Integrationsbeförderung von Migrantenjugendlichen in Schule und Jugendarbeit zu ziehen sind.

Kerstin Ströker (Soziologie/Demographie)

Zur Bedeutung der künftigen EU-Osterweiterung für Ost-West-Migrationsprozesse nach Deutschland

Mit der beabsichtigten Integration der potentiellen Beitrittskandidaten Estland, Polen, Tschechische Republik, Slowenien und Ungarn in die EU ist die Partizipation dieser Länder an der uneingeschränkten Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit für Arbeitnehmer verbunden. Diese wahrscheinliche Veränderung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen Personen aus diesen Ländern migrieren können, ist die Grundlage der für die hier geplante Untersuchung zentralen Annahme, daß weitere Ost-West-Wanderungen und ein Wandel der bisherigen Struktur und Verläufe von Ost-West-Migrationsprozessen zu erwarten sind. Ein zentrales Ziel der Arbeit ist es daher, solche Wandlungen der Migrationsprozesse herauszuarbeiten und die Migrationspotentiale der o.g. zukünftigen osteuropäischen Beitrittsländer zur EU für das Zielland Deutschland prognostisch zu schätzen. Auf der Basis solcher Schätzungen sollen dann die strukturellen Auswirkungen der zu erwartenden Migrationen für die Herkunftsländer (die potentiellen Beitrittskandidaten) und das Zielland Deutschland untersucht werden. Die Untersuchung ist methodisch makroanalytisch angelegt. Im

Mittelpunkt steht die Entwicklung eines Szenarienmodells, mit dessen Hilfe Aussagen über bestehende Migrationspotentiale einzelner Beitrittsländer mit Ziel Deutschland ermöglicht werden sollen. Mittels solcher Migrationsszenarien können durch Variation der Ausgangsannahmen unterschiedliche Entwicklungsverläufe von Migrationsprozessen modelliert werden, was angesichts des Sachverhalts, daß die Beitrittskandidaten sich auch zum Zeitpunkt ihrer Integration in die EU noch in einem Transformationsprozeß befinden werden, für Prognosen und Planungsversuche von großer Relevanz ist.

Patrick Wurster (Politikwissenschaft)

Süd-Nord-Süd-Elitemigrationen und soziale Inklusion. Netzwerkstabilisierung und Klientelismus im afrikanischen Staat – eine Fallstudie zu Togo

Die Untersuchung stellt am Beispiel Togo die Frage, welche Bedeutung der Bildungsmigration nach Europa für die Reproduktion der alten ›euroafrikanischen‹ Eliten zukommt. Es soll versucht werden, empirisch zu klären, wie im politischen System und seinen staatlichen Organisationen in Togo Klientelnetzwerke durch das Phänomen der Eliten-Bildungsmigration perpetuiert bzw. stabilisiert werden. Entscheidend scheint hierbei die Beziehung zwischen den (europäische) Bildung und Ausbildung ermöglichenden Migrations- und Klientelnetzwerken. Leitfragen sind unter anderem: Welches sind die Bestimmungsfaktoren für Süd-Nord-Süd-Migrationen? Welche Rolle spielen hierbei klientelistische Strukturen und Netzwerke im Ausgangsraum? Wie wandeln sich die Zusammensetzung der Führungseliten und ihre Klientelbeziehungen zu der Bevölkerung aufgrund des Migrationsverlaufs? Empirisch stützt sich die Arbeit auf eine mehrmonatige, qualitative und quantitative Feldstudie zu Netzwerken und zu Bildungs-, Migrations- und Berufsbiographien togoischer Eliten.

Amy Alrich (Geschichtswissenschaft; kooptiertes Mitglied)

The Resilience of ›Prussia‹: Integration Experiences of Expellees and Refugees in the GDR and FRG

Die Arbeit beschäftigt sich mit der Eingliederung der Vertriebenen aus Ostpreußen, Westpreußen und Pommern in der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen ›Umsiedler‹ aus den gleichen Gebieten in der Deutschen Demokratischen Republik. Ziel ist der Milieuvvergleich der alltäglichen Integrationsverfahren in den beiden deutschen Staaten mit ihren grundlegend unterschiedlichen und weithin gegensätzlichen Integrationspolitiken. Die Vergleichbarkeit der untersuchten Gruppen wird unter anderem dadurch gewährleistet, daß Personen der gleichen Altersgruppe (Jahrgänge 1925–1930 und 1931–1945) aus vergleichbaren ländlichen und städtischen Herkunftsorten mit vergleichbaren Zuwanderungshintergründen untersucht werden.

Axel Kreienbrink (Geschichtswissenschaft; kooptiertes Mitglied)

Migrationspolitik in Spanien zwischen ›Hispanidad‹ und Europa

Spanien hat sich seit den 1980er Jahren vom Auswanderungsland zum ›neuen Einwanderungsland‹ entwickelt. In Politik und kollektivem Gedächtnis spielen ethno-nationale Vorstellungen der ›Hispanidad‹ bei den Haltungen zu diesem Wandel eine zentrale Rolle. Die Arbeit fragt nach der ›Hispanidad‹ als ethno-nationaler Konstruktion der spanischen Migrationsgeschichte und nach ihrem Einfluß auf die politische und publizistische Diskussion von Einwanderungsfragen und europäischer Migrationspolitik seit Mitte der 1980er Jahre. Sie positioniert zugleich die spanische Migrationspolitik im Kontext der Migrationspolitiken der anderen Länder der euromediterranen Zone, die sich, wie Spanien, von ›Entsendeländern‹ zu Aufnahmeländern von Zuwanderungen gewandelt haben.

Andrea Riecken (Psychologie/Geschichtswissenschaft; kooptiertes Mitglied)

Psychische Erkrankungen im Migrations- und Integrationsverlauf – Flüchtlinge, Vertriebene und Aussiedler im Niedersächsischen Landeskrankenhaus Osnabrück 1945–1996

Daß sich mit Migration meist eine umfassende Veränderung der Lebenssituation verbindet, ist ein Gemeinplatz und wissenschaftlich unbestritten. Weniger eindeutig sind die Forschungsergebnisse über psychosoziale Folgen von Migrations- und Integrationsprozessen. Die Annahme eines allgemein höheren Erkrankungsrisikos für Migranten konnte trotz einer Vielzahl empirischer Studien bisher nicht uneingeschränkt belegt werden. Die Untersuchung nähert sich dieser Problemstellung in einer historisch angelegten Arbeit auf andere Weise: Sie untersucht das Zusammenspiel zwischen den Herkunfts-, Aufnahme- und Integrationsbedingungen, wie es im Rahmen von Einrichtungen zur Geltung kommt, die mit psychosozialen Folgen von Migration und Integration befaßt sind. Im Zentrum der historisch-psychologischen Längsschnittuntersuchung steht die Geschichte der Aufnahme und Behandlung von psychisch erkrankten Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern im Niedersächsischen Landeskrankenhaus Osnabrück, einer zentralen Einrichtung des Gesundheitswesens.

Abgeschlossenes (erstes) Graduiertenkolleg

Andreas Demuth: Ethnic Self-Definition and Nation-Building in Post-Soviet States as a Question of International Relations: the Case of the Ethnic Russians in Independent Estonia

Stamatia-Despina Devetzi: Die Normen über das anwendbare Recht des europäischen Sozialrechts

Ute Koch: Roma in einer westdeutschen Großstadt: eine ethnographische Feldstudie

Enver Muti: Zur Bedeutung ethnischer Binnendifferenzierung der türkischen Minderheit in Deutschland

Martina Nebel: Migration und Entwicklung – Die Integration von Akademikerinnen und Akademikern sub-saharischer Herkunft in Deutschland und Frankreich

Andreas Pott: Sozialer Aufstieg in der zweiten Migrantengeneration: eine Fallstudie zur Relevanz von Ethnizität und Raum im Kontext von Migration und Bildungsaufstieg

Kathrin Prümm: Die Bedeutung von Staatsbürgerschaft für Migrantinnen und Migranten türkischer Herkunft in Deutschland

Ulrich Maria Rüssing: Ethnisierungs- und Migrationsprozesse in der Transformationsgesellschaft Kasachstan am Beispiel der russischen Emigration

Thomas Scheffer: Verrechtlichung. Eine analytische Ethnographie des Asylverfahrens

Gaby Straßburger: Partnerwahl junger Frauen und Männer türkischer Herkunft in der Bundesrepublik Deutschland

Steffen Unverfehrt: Gehen, Bleiben, Schreiben – eine Korrespondenzanalyse zur Emigration deutscher Juden aus NS-Deutschland

Cordula Weißköppel: Identitätsmanagement im Alltag einer ethnisch gemischten Realschulklasse

Yasemin Karakasoglu-Aydin (kooptiert): Religiöse Orientierungen und Einstellungen. Eine empirische Studie an türkischen Lehramt- und Pädagogikstudierenden im Ruhrgebiet

Corrado Meroni (kooptiert): Emigration as a Qualification Strategy. The Emigration of German White Collar Workers to Western European Countries before World War I

Livia Novi (kooptiert): Lebenswelt und Migration: Italienische Migranten in Deutschland

Nicholas White (kooptiert): Interkulturalität als Unterricht. Eine ethnographische Untersuchung zur Bedeutung von Interkulturalität im schulischen Unterrichtsalltag

Lehrende des Graduiertenkollegs

Prof. Dr. Klaus J. Bade

Neueste Geschichte, Universität Osnabrück

Priv.Doz. Dr. Michael Bommès (Sprecher)

Soziologie, Universität Osnabrück

Prof. Dr. Peter Graf

Interkulturelle Pädagogik, Universität Osnabrück

Prof. Dr. Siegfried Greif

Arbeits- und Organisationspsychologie, Universität Osnabrück

Apl. Prof. Dr. Leonie Herwartz-Emden

Allgemeine Pädagogik/Frauenforschung, Universität Augsburg

Dr. Beate Lohnert

Sozialgeographie, Universität Osnabrück

Prof. Dr. Utz Maas (Stellv. Sprecher)

Allgemeine und Germanische Sprachwissenschaft, Universität Osnabrück

Priv.Doz. Dr. Klaus Manfrass

Neueste Geschichte, Deutsches Historisches Institut, Paris

Dr. Peter Marschalck

Demographie/Sozialgeschichte, Universität Osnabrück

Dr. Hannelore Oberpenning

Neueste Geschichte, Universität Osnabrück

Dr. Jochen Oltmer

Neueste Geschichte, Universität Osnabrück

Prof. Dr. Dietrich Thränhardt

Politikwissenschaft, Universität Münster

Prof. Dr. Albrecht Weber

Öffentliches Recht, Universität Osnabrück

Prof. Dr. Hans-Joachim Wenzel

Sozialgeographie, Universität Osnabrück

Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny

Aspekte der internationalen Migration

I

Karl Marx konnte noch behaupten – als Nicht-Historiker, der er war, sei ihm dies vergeben –, »die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte der *Klassenkämpfe*«. Richtiger – obwohl natürlich auch noch reduktionistisch – ist dagegen wohl die Aussage, die Geschichte der Menschheit sei eine Geschichte der *Wanderungen*. Und die Wanderungsbewegungen in den neunziger Jahren dieses Jahrhunderts lassen es vielleicht sogar nicht übertrieben erscheinen, von »neuen Völkerwanderungen« zu sprechen. Deshalb glaube ich auch kaum, daß die Historiker – sagen wir in der Mitte des 21. Jahrhunderts – feststellen werden, diese Behauptung sei genau so falsch gewesen wie jene von Marx. Da der kritische Rationalist nach Popper allerdings nicht die *Bestätigung*, sondern die *Falsifikation* einer Hypothese anstreben soll, würde mich die *Widerlegung* meiner Prognose nicht erschüttern, denn damit wäre ich ja zumindest in meinem Wissenschaftsverständnis bestätigt worden.

Wie dem auch sei: Wir verzeichnen weltweit eine Zunahme der Migrationsbewegungen, die – im Vergleich mit der jüngsten Vergangenheit – strukturell wie kulturell ihren Charakter geändert haben:

1. Die ethnische und nationale Zusammensetzung der Einwanderung wird sichtbar heterogener, d.h. Menschen aus zunehmend *mehr* Teilen der Welt nehmen am Wanderungsgeschehen teil. Während wir es bis unlängst in der Schweiz fast ausschließlich mit Einwanderern aus den vier angrenzenden Ländern zu tun hatten, finden wir heute in Zürich z.B. Menschen aus mehr als einhundert Ländern aus allen Kontinenten. Für die Bundesrepublik Deutschland gilt das Gleiche.
2. Die »neue Völkerwanderung« nimmt Züge einer *Binnenwanderung* an, einer *Weltbinnenwanderung*. Die *internationalen* Wanderungen der 1960er Jahre nach Europa waren dadurch gekennzeichnet, daß der *Einwanderungskontext* unter potentiellen *Migranten* ausgewählt hat: Nach Nation, Qualifikation, Geschlecht usw. bis hin zum Gesundheitszustand. Heute hat sich dies umgekehrt. Analog zur Binnenwanderung wählen auch *internationale* Migranten unter potentiellen *Einwanderungskontexten* aus: nach Offenheit, z.B. dem Grad der Rigidität von Asylverfahren, nach dem Umfang der Wohlfahrtsleistungen, nach dem Vorhandensein von ethni-

schen Brückenköpfen usw. bis hin zu den Wegen, die Schlepperorganisationen gebahnt haben.

3. Nicht wenige der ›neuen‹ Migranten kommen nicht wie der ›alte‹ Gastarbeiter mit der Motivation, praktisch jede – und zwar einfache und harte – Arbeit anzunehmen und durch große Sparsamkeit und Genügsamkeit eine bessere Existenz aufzubauen. Sie weisen vielmehr häufig eine ›konsumistische‹ Einstellung auf, die auch im äußeren Erscheinungsbild zum Ausdruck kommt (Stichwort: Armani Jeans). Sie tendieren zu einem Lebensstil, der mit den ihrer (geringen) Qualifikation entsprechenden Beschäftigungen nicht zu finanzieren ist. Während das Aspirationsniveau der ›alten‹ Einwanderer am Auswanderungsland orientiert war, ist das eines Teiles der ›neuen‹ an der »leisure class«/»Theorie der feinen Leute« (Veblen) der Einwanderungsgesellschaft ausgerichtet.
4. Das Wandern ist teurer geworden: Während der klassische Gastarbeiter aus Bari nur ein Zweiterklassebillett der italienischen Staatsbahnen lösen mußte, um nach Zürich oder Osnabrück zu reisen, entrichtet ein Albaner jetzt 1.000 Dollar an Schlepper, um nur nach Bari zu gelangen. Ein Migrant aus China zahlt vielleicht 25.000 Dollar, um in die USA eingeschleust zu werden, und ein Russe mehrere tausend Dollar/Mark für ein gefälschtes Volkszugehörigkeitszeugnis, das ihn zum ›Deutschen‹ oder ›Juden‹ macht.
5. Während ich noch Ende der 1980er Jahre in einer großangelegten vergleichenden Untersuchung feststellen konnte, daß eine nennenswerte soziale Entmischung von Stadtquartieren in der Schweiz trotz einer ganz massiven Zuwanderung (in erster Linie von Italienern) nicht stattgefunden hatte, verzeichnen wir heute in Zürich, wie eine große linksliberale Tageszeitung titelte, eine eigentliche ›Flucht‹ von Einheimischen (zusammen mit mobilitätsorientierten Ausländern) aus bestimmten Stadtteilen, in denen jüngst zugewanderte ausländische Kinder und Jugendliche bis zu 90% der Schülerschaft stellen. Ghettoisierung und Verslummung sind nicht mehr zu übersehende Phänomene.
6. Die Konstituierung von Einwanderern als ethnische Gemeinschaften mit einem zunehmenden Weberischen ›Gemeinsamkeitsglauben‹ schreitet voran und reduziert die eh schon eingeschränkten Chancen einer Integration und Assimilation.
7. Mächtige ethnische Organisationen kontrollieren ›ihre‹ Gemeinschaften und haben zum Teil eine Art von Staat im Staate etabliert, mit eigenem Gewaltmonopol und dem ›Recht‹ auf Einzug von ›Steuern‹. In handfesten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen gleicher Nationalität (Türken/Kurden, Serben/Kosovo-Albaner) werden Konflikte der Herkunftsgesellschaften in den Einwanderungsländern ausgetragen.

8. Ausländer-Kriminalität, die zu Zeiten der ›Gastarbeiter‹-Wanderung kein Thema war, steht heute ganz zuoberst auf der Agenda der Ängste und der Diskussion.
9. Ältere ökonomische Theorien, die einen engen Zusammenhang zwischen der konjunkturellen Lage, der Lohnhöhe und den verfügbaren Arbeitsplätzen auf der einen und der Zahl der Einwanderer auf der anderen Seite postulierten, sind weitgehend obsolet geworden.

Ich könnte diese Liste noch verlängern, die aber nur verdeutlichen soll, was ich mit dem einleitenden Satz meinte, daß wir es mit einer strukturell und kulturell gewandelten Situation zu tun haben – jedenfalls im Vergleich mit der Einwanderung in das Europa der 1960er Jahre.

II

Wie ich an anderer Stelle ausführlicher dargelegt habe, wird die moderne Massenwanderung bzw. das Massenwanderungspotential im internationalen System zentral von der Tatsache bestimmt, daß die Formel von der ›einen Welt‹, der Welt als *Weltgesellschaft*, in zunehmendem Maße Realität wird. Dies ist das Ergebnis einer ›Kolonisierung‹ der Welt durch die hochentwickelten Nationen, wertneutraler formuliert: der Diffusion des Struktur- und Kulturmodells, das wir nach Max Weber (1864–1920) der zum »Geist des Kapitalismus« transformierten »protestantischen Ethik« verdanken.

›Kolonisierung‹ ist hier übrigens nicht unbedingt wörtlich im Sinne des historischen Phänomens zu nehmen. Der genannte Diffusionsprozeß wurde durch ihn allenfalls beschleunigt, hätte aber wohl auch ohne staatliche Okkupation stattgefunden und ist auch heute noch keineswegs gebrochen, selbst wenn sich hier und dort z.B. ›fundamentalistische‹ Rückwendungen und (wahrscheinlich erfolglose) Abwendungen vom westlichen Modell abzeichnen.

Was heißt die Formel von der ›einen Welt‹, die wir als Ergebnis eines heute ›Globalisierung‹ genannten Prozesses bezeichnet haben, konkret, wenn wir sie mit der Frage nach dem Migrationspotential in Beziehung setzen? Die internationalen Wanderungen bzw. das weltweit latent oder manifest vorhandene Wanderungspotential werden primär von zwei Faktoren determiniert, nämlich (1) dem *Entwicklungsgefälle* zwischen den nationalen Einheiten als *strukturellem*, und (2) der weltweiten *Wertintegration*, die den Anspruch auf soziale Mobilität legitimiert, als *kulturellem* Moment. Sekundär ist die demographische Entwicklung zu berücksichtigen.

Das Entwicklungsgefälle bedeutet, daß die Weltgesellschaft hinsichtlich ihrer *Struktur* durch eine Art von Ungleichheit charakterisiert ist, die es aus soziologischer Sicht nahelegt, sie als eine ›geschichtete‹ Gesellschaft zu bezeichnen (wer eine andere Terminologie bevorzugt, kann auch den Begriff ›Klassengesellschaft‹ verwenden). Das erlaubt es z.B., von einer internatio-

nenalen Unterschicht, einer internationalen Mittelschicht und einer internationalen Oberschicht zu sprechen.

Das Schichtkonzept impliziert eine im Prinzip ›offene‹ Gesellschaft, d.h. eine Gesellschaft, die (im Gegensatz zur ständisch-feudalen oder Kastengesellschaft) soziale Mobilität erlaubt, die ihrerseits oft an geographische Mobilität geknüpft ist. Soziale *Mobilität* kann prinzipiell auf zwei Wegen vonstatten gehen: auf dem der *individuellen* oder dem der *kollektiven* Mobilität. Im ersten Falle wird versucht, die individuelle Lage gleichsam im Alleingang zu verbessern, z.B. auf dem Weg über eine Auswanderung. Der zweite Fall liegt vor, wenn die individuelle Situation durch eine Veränderung der Position des Kollektivs, dem man angehört, erreicht wird, z.B. bezogen auf eine Region oder Nation, durch erfolgreiche Entwicklungsanstrengungen. Die Wanderungen aus den weniger entwickelten Teilen Europas sowie aus den Entwicklungsländern (bzw. die zum Teil verzweifelten Versuche dazu) lassen erkennen, daß Abermillionen von Menschen nicht länger bereit sind, auf den Erfolg *kollektiver* Bemühungen zu warten, sondern durch die *Auswanderung* eine Verbesserung ihrer *individuellen* Lebenslage zu erreichen suchen.

Das *Entwicklungsgefälle*, wenn wir es lediglich als objektiv mittels ökonomischer, sozialer und demographischer Indikatoren meßbare *strukturelle Distanz* zwischen Nationen ansehen, reicht allerdings allein nicht aus, die internationalen Wanderungen und das internationale Wanderungspotential zu erklären. Der Begriff ›Entwicklung‹ wäre sogar sinnlos, wenn es in der Welt als *einer* Gesellschaft nicht *gemeinsame Vorstellungen* von Wohlstand, Wohlfahrt, sozialer Gerechtigkeit, Mobilität, Demokratie, universellen Menschenrechten usw. gäbe, die offenbar in universalem Umfang als erstrebenswerte Ziele angesehen werden. Mit anderen Worten: Die *zweite* wichtige Voraussetzung und Determinante von Wanderungen ist eine Werthomogenisierung oder *kulturelle Integration* der Welt, die erst die Schichtung des internationalen Systems – und die damit bezeichnete Ungleichheit – im individuellen Bewußtsein ihren Niederschlag finden läßt. Als Folge der Wertdiffusion ist eben dies inzwischen weitgehend geschehen, und dies wiederum hat – zusammen mit der strukturellen Expansion der westlichen Gesellschaften – nicht zuletzt mit der liberalen Doktrin (als kulturellem) und den damit verbundenen ökonomischen Interessen (als strukturellem Faktor) zu tun.

Diese Doktrin, die der kapitalistischen Gesellschaft zugrunde liegt, postuliert für den Bereich des Marktes bekanntlich die freie Zirkulation von Gütern, Dienstleistungen sowie Kapital, und im *nationalen* Rahmen auch für Arbeit. Im politischen Raum – und zwar sowohl national wie international gesehen – erweitert sich die genannte Doktrin zur Ideologie des liberalen Rechtsstaates (mit den Werten ›Demokratie‹, ›Gleichheit‹, ›soziale Gerechtigkeit‹ usw.) und einer liberalen Weltordnung und umfaßt dann unter ande-

rem die allgemeinen Menschenrechte, den ungehinderten Austausch von Informationen, das Recht auf freie Meinungsäußerung u.a.m.

Nimmt man die liberale Doktrin aber wirklich ernst und als Ganzes, so ist im Prinzip nicht einzusehen, warum der weltweite freie Austausch nur für Güter, Dienstleistungen und Kapital (im Bereich der Wirtschaft) und für Informationen (im politischen und kulturellen Bereich), aber nicht für den Faktor Arbeit (sprich: Arbeitskräfte) oder für Menschen generell gelten soll. Wie wir wissen, sperren sich aber alle Länder der entwickelten Welt zunehmend mehr und zunehmend vehementer gegen den Zustrom von Einwanderern, verstoßen damit also massiv gegen die liberale Doktrin als Wirtschafts- wie als politische Ideologie. Daß darin eine gewisse Schizophrenie und Doppelmoral zum Ausdruck kommt, ist wohl kaum zu übersehen.

III

In dem IMIS-Graduiertenkolleg ›Migration im modernen Europa‹ wird ein eindrücklicher Katalog von detaillierten Forschungsthemen bearbeitet. Leider ist es nicht möglich – was ich sehr gerne tun würde –, darauf im einzelnen einzugehen. Ich muß mich deshalb auf einige allgemeine Bemerkungen zu den Promotionsvorhaben beschränken.

Diese vermitteln den Eindruck, die geplanten Forschungen seien sehr ›down to earth‹.

Sie werden ohne Zweifel unser empirisches Wissen über mit der Migration verbundene Phänomene erweitern. Und das ist wichtig genug. Allerdings bin ich nicht sicher, ob nicht die Gretchenfrage: »Sag mir doch Heinrich, wie hast du's mit der Religion?« variiert hier gestellt werden muß: »Sagt mir, wie habt ihr's mit der Theorie?« Diese Frage wird wahrscheinlich von Ihnen befriedigender beantwortet als Heinrich Faust es tat. Ich möchte im folgenden einige Aspekte der Theorie ansprechen und schließlich noch auf weitere Forschungsdesiderate oder -lücken hinweisen.

Die Forschungsthemen und Forschungsfragen der Migrationsforschung können – konventionellerweise – in die Bereiche *Grundlagenforschung* einerseits und *angewandte Forschung* andererseits aufgegliedert werden. Daß beide nur analytisch, nicht immer aber in der Forschungspraxis, trennscharf unterschieden werden können, ist selbstverständlich; aber: Ohne Grundlagenforschung, bei der die Theorie im Mittelpunkt steht, ist angewandte Forschung blind; und angewandte Forschung, soweit sie theoriegeleitet ist, ist immer auch ein Testfall für die Theorie.

Die *Grundlagenforschung* widmet sich zentral der Entwicklung erklärungskräftiger Theorien des Untersuchungsgegenstandes – Theorien, die näherhin auf zwei zentrale Phänomene bezogen sind: Die *Determinanten* der Migration einerseits und deren *Konsequenzen* andererseits. Dabei lassen sich mehrere – sich zum Teil überschneidende – Typen von Theorien unterschei-

den (denen im Zusammenhang der je verschiedenen Anwendung unterschiedliche Funktionen zukommen). Ich möchte *allgemeine* und *spezielle* sowie *fachübergreifende* und *fachspezifische* Theorien unterscheiden.

Allgemeine Theorien beanspruchen, einen weiten Bereich von Phänomenen aus bestimmten universellen Prämissen ableiten und damit erklären zu können. Sie können im Verhältnis der Konkurrenz oder der gegenseitigen Ergänzung stehen. In bezug auf die Migrationsforschung stellt sich damit die Frage, ob und in welchem Maße allgemeine Theorien einer je spezifischen Disziplin es erlauben, auch die Sachverhalte der Determinanten der Migration und ihrer Konsequenzen zu erklären (und damit auch zu prognostizieren).

Spezielle Theorien beanspruchen Geltung für nur einen bestimmten engen Sachverhaltsbereich. Verschiedene spezielle Theorien der Migration wollen ausschließlich den sie beschäftigenden Tatbestand erklären und bieten alternative oder komplementäre Erklärungen dafür an. Der *Vorteil* spezieller gegenüber allgemeinen Theorien ist ihre größere Nähe zur Empirie, ihr *Nachteil* eine Verengung des Blickfeldes.

Fachübergreifende Theorien sind (allgemeine) Erklärungsansätze, die in verschiedenen Disziplinen verwendet werden. Beispiele dafür sind die Systemtheorie oder der rational-choice Ansatz, die unter anderem in der Ökonomie, der Soziologie oder der Psychologie als allgemeine Theorien verwendet werden. Theorien dieser Art sind besonders geeignet, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu fördern.

Da Wanderungen und die damit verbundenen Phänomene nicht mehr isoliert, sondern nur noch in einem weltweiten Zusammenhang sinnvoll analysiert werden können, haben dementsprechend *spezielle* Theorien der Migration (insbesondere wenn sie zudem *fachspezifisch* sind) an Bedeutung eingebüßt. Daraus ergibt sich als erste konkrete Empfehlung für die *Grundlagenforschung*, den allgemeinen (und fachübergreifenden) Theorien besonderes Augenmerk zu widmen. Da die Prozesse, in welche die heutigen und die zukünftigen Wanderungen eingebettet sind, langfristiger und dauerhafter Natur sind, ist zum zweiten zu fordern, die *Grundlagenforschung* konzeptueller und theoretischer Natur *langfristig* anzulegen.

IV

Migrationsforschung, insbesondere mit Bezug auf die *Konsequenzen* der Einwanderung (denen anscheinend die Mehrheit der Arbeiten des Kollegs gewidmet sind), wäre unvollständig, wenn sie nicht auch den Einwanderungskontext selbst, den sich darin vollziehenden strukturellen und kulturellen Wandel sowie die sich damit verändernde Situation der *einheimischen Bevölkerung* fortlaufend beobachten würde. In diesen Entwicklungen liegen zentrale Faktoren zur Erklärung und zum Verständnis von Prozessen wie etwa der

›Minorisierung‹ von Einwanderergruppen, Minderheits-/Mehrheits-Konflikten oder der Veränderung der Integrierungs- und Assimilierungskapazität des Aufnahmekontextes. Die diesbezügliche Forschung könnte sich zum Teil des Instruments der Sekundäranalyse bedienen. Daß die eben erwähnten ›Fähigkeiten‹ und ›Kapazitäten‹ in engstem wechselseitigen Zusammenhang stehen, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Mit Blick auf die Struktur der ›Weltgesellschaft‹ – und darin die Positionen der *Ein-* und *Auswanderungsländer* (als faktische oder potentielle) – sind aber auch prozeßproduzierte wie andere Daten von größter Wichtigkeit, die die verschiedenen internationalen Organisationen erheben, aufbereiten und publizieren (UNO, UNPFA, IMF, World Bank, FAO, UNHCR, WTO, OECD, EU etc.). Unter Verwendung dieser Daten wären insbesondere die Entwicklung struktureller Distanzen (Entwicklungsgefälle) sowie der Verlauf der kulturellen Integration der Weltgesellschaft zu verfolgen, nicht zuletzt auch, um die Wirksamkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen hinsichtlich einer Zunahme oder Abnahme von Migrationspotentialen beurteilen zu können.

Neben den Sekundäranalysen besteht zum anderen ein großer Bedarf an *Primärforschung*, die ebenfalls Elemente einer *Dauerbeobachtung* enthalten sollte, um bestimmte Trends – und zwar wiederum auf seiten der autochthonen wie auf seiten der eingewanderten Bevölkerung – frühzeitig identifizieren zu können. Interessant ist insbesondere der Zusammenhang zwischen den strukturellen Veränderungsfolgen raschen sozialen Wandels und dem Aufkommen fremdenfeindlicher Deutungskonfigurationen.

›Anomie‹ ist unter anderem ein zuverlässiger Indikator für die Existenz von strukturellen und kulturellen Spannungen als Folgeerscheinungen des sozialen Wandels. Sind Anzeichen von anomischen Spannungen festzustellen, so kann dies bei den davon Betroffenen zu erhöhter Sensibilisierung bezüglich Minderheiten führen. Mehrheitsangehörige stoßen sich in solchen Situationen erneut oder vermehrt an *alten* Minderheiten und schätzen *neue* Minderheiten als Gefahr für sich und die Mehrheitsgesellschaft ein. Identitätskrisen führen dadurch zur Neudefinition der gesellschaftlichen Loyalitätserwartungen. Es ist somit ein Zusammenhang zwischen dem Grad der Desorientierung der Individuen (Betroffenheit durch gesellschaftlichen Wandel) und der Wahrnehmung von Minderheiten respektive deren Bedrohungsgehalt auf der einen Seite und der Bereitschaft zur Diskriminierung auf der anderen Seite zu erwarten.

Nun sind jedoch nicht alle Individuen im selben Ausmaß vom sozialen Wandel betroffen, so daß gerade auch die Partizipation am sozialen Wandel, dessen Perception und entsprechende Veränderungen adäquat empirisch erfaßt werden müssen. Hierzu wären Panel-Untersuchungen durchzuführen. Der Verlauf von Prozessen wie Integration/Desintegration, Assimilation/

Dissimilation (Verringerung oder Vergrößerung der kulturellen Distanz), Ghettoisierung/Dispersion etc., ist ebenso eingehend zu verfolgen wie Perzeptionen von Ausgrenzung und Diskriminierung, Reaktionen darauf, Individualisierung oder Kollektivierung von Anomie, Rückwanderungsabsichten etc. Daß hier ebenfalls Panel-Untersuchungen außerordentlich wichtig wären, sei durch Verweis auf die Konzepte ›social monitoring‹ und ›early warning‹ unterstrichen.

Neben Untersuchungen, die am Individuum ansetzen, wären auch Studien verschiedenster *sozietales* (Politik, Ökonomie, Recht, Bildung, Medizin) und *sozialer* Teilsysteme (Stadt, Quartier, Nachbarschaft, Familie) sowie sozialer Bewegungen auf *nationaler* Ebene vorzusehen (und zwar sowohl auf seiten der Einwanderer als auch der Einheimischen). Auf *internationaler* Ebene müssen wanderungsrelevante politische Entwicklungen (Konfliktpotentiale, Demokratisierung, Status der Menschenrechte) kontinuierlich beobachtet werden. Kurz: Allein Multi-Ebenen- und multidisziplinäre (einschließlich interdisziplinärer) Untersuchungen entsprechen der Komplexität unseres Forschungsfeldes.

Die Frage, wie man die Bearbeitung der im vorhergehenden skizzierten Forschungsthemen und Forschungsfragen im einzelnen institutionalisieren könnte, ist ein eigenes großes Thema. Multidisziplinäre Graduiertenkollegs scheinen mir jedenfalls *eine* Antwort auf diese Frage zu sein.

Die Autoren

Arūnė Liucija Arbušauskaitė, Dr. rer. soc., Associate Prof. für Soziologie, Universität Klaipėda, Litauen. Publikationen zu Ethnizität und Zwangswanderungen in Ostpreußen/Litauen, u.a.: Demographische Veränderungen auf der Kurischen Nehrung nach 1945, in: *Annaberger Annalen*, 1. 1993, S. 61–83; Einige Aspekte der nationalen Selbsteinschätzung bei der Bevölkerung der Kurischen Nehrung nach 1945, in: ebd., 2. 1994, S. 65–76; Das tragische Schicksal Ostpreußens, in: ebd., 3. 1995, S. 6–19; The Situation of the Klaipėda Region Natives under Soviet Occupation 1945–1960, in: *Tiltai. Bridges. Brücken*, Klaipėda Univ., 1998, H. 2/3, S. 87–97.

Michael Bommers, Dr. phil. habil., Priv.Do. für Soziologie und Mitglied des Vorstandes des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Univ. Osnabrück; Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs ›Migration im modernen Europa‹. Publikationen zu Migrationssoziologie, Sprachsoziologie, Jugend- und Kultursoziologie, Soziologie der Sozialen Arbeit und Methodologie, u.a.: Interessenvertretung durch Einfluß. Ausländervertretungen in Niedersachsen, 2. Aufl. Osnabrück 1992; Migration und Sprachverhalten. Eine ethnographische Fallstudie, Wiesbaden 1993; (Hg. zus. m. Jost Halfmann), Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und vergleichende Untersuchungen (IMIS-Schriften, Bd. 6), Osnabrück 1998; Migration und nationaler Wohlfahrtsstaat. Ein differenzierungstheoretischer Entwurf, Wiesbaden [1999].

Steve Hochstadt, Ph.D., Prof. für moderne europäische Geschichte, Bates College, Lewiston, Maine/USA; Direktor des Shanghai Jewish Community Oral History Project; Vice-President des Holocaust Human Rights Center of Maine (1995–1999); Mitglied des Board of Directors, Sino-Judaic Institute (seit 1997). Publikationen zur Geschichte der Migrationen in Deutschland und zu den Juden in Shanghai, u.a.: Migration and Industrialization in Germany: 1815–1977, in: *Social Science History*, 5. 1981, S. 445–468; Migration in Preindustrial Germany, in: *Central European History*, 16. 1983, S. 195–224; Städtische Wanderungsbewegungen in Deutschland 1850–1914, in: Ralph Melville u.a. (Hg.), *Deutschland und Europa in der Neuzeit*, Halbbd. 2, Stuttgart 1988, S. 575–598; Memories of Shanghai, in: *Jewish History*, 10. 1996, S. 113–117; The Social History of Jews in the Holocaust: The Necessity of Interviewing Survivors, in: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung*, 22. 1997, S. 254–274; Mobility and Modernity: Migration in Germany 1820–1989, Ann Arbor 1999.

Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, Dr. phil. habil., Prof. für Soziologie und Direktor des Soziologischen Instituts der Univ. Zürich. Publikationen zur allg. soziologischen Theorie, zum sozialen und kulturellen Wandel, zu strukturellen und kulturellen Ursachen und Folgen demographischer Prozesse, zu Migration, Minderheiten und Einwanderungspolitik sowie zur Soziologie der Familie, der Frau und der Geschlechterrollen, u.a.: Migration – ein Beitrag zu einer soziologischen Erklärung, Stuttgart 1970; Soziologie des Fremdarbeiterproblems – eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz, Stuttgart 1973; (Hg. zus. m. Karl Otto Hondrich), Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz – Segregation und Integration: Eine vergleichende Untersuchung, Frankfurt a.M. 1982; Chancen und Risiken multikultureller Einwanderungsgesellschaften, Bern 1992; Weltgesellschaft, internationale Migration und Wohlfahrtssysteme, in: Michael Bommers/Jost Halfmann (Hg.), Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und vergleichende Untersuchungen (IMIS-Schriften, Bd. 6), Osnabrück 1998, S. 297–302.

Walter D. Kamphoefner, Ph.D., Prof. für Geschichte, Texas A&M Univ., College Station/USA; Fulbright Gastprofessor am IMIS 1998/99. Publikationen zur transatlantischen Migrationsgeschichte, Urbanisierung in transatlantischer Perspektive und Akkulturation der Deutschamerikaner, u.a.: Westfalen in der Neuen Welt: Eine Sozialgeschichte der Auswanderung im 19. Jahrhundert, Münster 1982; The Westfalians: From Germany to Missouri, Princeton 1987; (Hg. zus. m. Wolfgang Helbich u. Ulrike Sommer), Briefe aus Amerika: Deutsche Auswanderer schreiben aus der Neuen Welt, 1830–1930, München 1988 (engl. Übers.: News from the Land of Freedom: German Immigrants Write Home, Ithaca 1991); German-American Bilingualism, Cui Malo? Mother Tongue and Socioeconomic Status among the 2nd Generation in 1940, in: International Migration Review, 28. 1994, S. 846–864.

Magnus Mörner, Dr. phil., Prof. em. für Geschichte, Univ. Göteborg. Publikationen zur Lateinamerikanischen Sozialgeschichte und zur Migrationsgeschichte, u.a.: Adventurers and Proletarians. The Story of Migrants in Latin America, Pittsburgh/Paris 1985; The Swedish Migrants to Texas, in: The Swedish American Historical Quarterly, 38. 1987, H. 2, S. 49–74; (Hg. zus. m. Pieter C. Emmer), European Expansion and Migration. Essays on the International Migration from Africa, Asia and Europe, New York/Oxford 1991; Spanish Historians on Spanish Migration to America during the Colonial Period, in: Latin American Research Review, 30. 1995, H. 2, S. 251–267; für weitere Titel s. Bibliography of Magnus Mörner 1947–1999, Stockholm 1999.

Jochen Oltmer, Dr. phil., Wiss. Assistent (Neueste Geschichte) am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Univ. Osnabrück; Mitglied des IMIS-Vorstandes. Publikationen zur Geschichte von Arbeitsmarkt, Wanderungen und Wanderungspolitik im 19. und 20. Jahrhundert sowie zur Historischen Regionalforschung der Neuzeit, u.a.: Bäuerliche Ökonomie und Arbeitskräftepolitik im Ersten Weltkrieg. Beschäftigungsstruktur, Arbeitsverhältnisse und Rekrutierung von Ersatzarbeitskräften in der Landwirtschaft des Emslandes 1914–1918, Sögel 1995; Zwangsmigration und Zwangsarbeit: Ausländische Arbeitskräfte und bäuerliche Ökonomie im Deutschland des Ersten Weltkriegs, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 27. 1998, S. 135–168; (Hg. zus. m. Klaus J. Bade), Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa (IMIS-Schriften, Bd. 8), Osnabrück 1999.

Hans-Åke Persson, Dr. phil., Assistant Prof. für Geschichte und Leiter des Arbeitsbereichs European Studies, Univ. Malmö. Publikationen zur internationalen Migration und zu Fragen der Ethnizität, u.a.: German Refugees After 1945: A British Dilemma, in: Anna Bramwell (Hg.), Refugees in the Age of Total War, London 1988, S. 164–183; The Legacy of the Past, Political Culture and Right-Wing Populist in Germany and Austria: A Comparison, in: Scandina, 62. 1996, H. 1; Rhetorik und Realpolitik. Großbritannien, die Oder-Neiße-Grenze und die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, Potsdam 1997; (Hg.), Encounter with Strangers: The European Experience, Lund 1997; Homecoming and the End of Diaspora: The Case of Israel and Germany, in: Migrants and the Homeland – A Global Perspective, Uppsala 1999; Viadrina to the Oder-Neisse: Historical Evolution and the Prospects of Regional Cooperation, in: Sven Tägil (Hg.), Regions on the History of Central Europe, London 1999.

Henk L. Wesseling, Dr. phil., Prof. für allgemeine Geschichte, Univ. Leiden; Rektor des Netherlands Institute for Advanced Study (NIAS), Wassenaar; Fellow des Maison des Sciences de l'Homme, Paris (1971/72) und des Institute for Advanced Study, Princeton (1980/81); Mitglied der Königlichen Niederländischen Akademie der Wissenschaften, Amsterdam, und der Academia Europaea, London. Publikationen zur europäischen und Überseegegeschichte, u.a.: (Hg.), Expansion and Reaction. Essays on European Expansion and Reactions in Asia and Africa, Leiden 1978; (Hg. zus. m. J.A. de Moor), Imperialism and War. Essays on Colonial Wars in Asia and Africa, Leiden 1989; Divide and Rule. The Partition of Africa, 1880–1914, Westport, Conn./London 1996 (dte. Übers.: Teile und Herrsche. Die Aufteilung Afrikas 1880–1914, Stuttgart 1999); Imperialism and Colonialism. Essays on the History of European Expansion, Westport, Conn./London 1997.

SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR MIGRATIONSFORSCHUNG UND INTERKULTURELLE STUDIEN DER UNIVERSITÄT OSNABRÜCK (IMIS-SCHRIFTEN), herausgegeben vom Vorstand des Instituts

- 1 Klaus J. Bade (Hg.), Migration – Ethnizität – Konflikt. Systemfragen und Fallstudien, Osnabrück 1996, 458 S. (ISBN 3-930595-36-2)
- 2 Adolf Wennemann, Arbeit im Norden. Die Italiener im Rheinland und Westfalen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Osnabrück 1997, 224 S. (ISBN 3-930595-37-0)
- 3 Klaus J. Bade (Hg.), Fremde im Land. Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg, Osnabrück 1997, 336 S. (ISBN 3-930595-39-7)
- 4 Eberhard Eichenhofer (Hg.), Social Security of Migrants in the European Union of Tomorrow, Osnabrück 1997, 135 S. (ISBN 3-930595-38-9)
- 5 Albrecht Weber (Hg.), Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union. Gestaltungsauftrag und Regelungsmöglichkeiten, Osnabrück 1997, 384 S. (ISBN 3-930595-84-2)
- 6 Michael Bomes/Jost Halfmann (Hg.), Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und vergleichende Untersuchungen, Osnabrück 1998, 309 S. (ISBN 3-932147-20-0)
- 7 Eberhard Eichenhofer (Hg.), Migration und Illegalität, Osnabrück 1999, 237 S. (ISBN 3-932147-21-9)
- 8 Klaus J. Bade/Jochen Oltmer (Hg.), Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa, Osnabrück 1999, 323 S. (ISBN 3-932147-40-5)

STUDIEN ZUR HISTORISCHEN MIGRATIONSFORSCHUNG (SHM)

herausgegeben von Klaus J. Bade

- 1 Volker Ackermann, Der »rechte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961, Osnabrück 1995, 318 S. (ISBN 3-930595-32-X)
- 2 René Del Fabbro, Transalpini. Italienische Arbeitswanderung nach Süddeutschland im Kaiserreich 1870–1918, Osnabrück 1996, 320 S. (ISBN 3-930595-40-0)
- 3 Axel Lubinski, Entlassen aus dem Untertanenverband. Die Amerika-Auswanderung aus Mecklenburg-Strelitz im 19. Jahrhundert, Osnabrück 1997, 328 S. (ISBN 3-930595-41-9)
- 4 Hannelore Oberpenning, Migration und Fernhandel im »Tödden-System«. Wanderhändler aus dem nördlichen Münsterland im mittleren und nördlichen Europa des 18. und 19. Jahrhunderts, Osnabrück 1996, 424 S. (ISBN 3-930595-34-6)
- 5 Uwe Reich, Aus Cottbus und Arnswalde in die Neue Welt. Amerika-Auswanderung aus Ostelbien im 19. Jahrhundert, Osnabrück 1997, 272 S. (ISBN 3-930595-42-7)
- 6 Piet Lourens/Jan Lucassen, Arbeitswanderung und Berufsspezialisierung. Die lippischen Ziegler im 18. und 19. Jahrhundert, Osnabrück 1999, 206 S. (ISBN 3-930595-58-3)
- 7 Georg Fertig, Lokales Leben, atlantische Welt. Die Entscheidung zur Auswanderung vom Rhein nach Nordamerika im 18. Jahrhundert, Osnabrück 1999 (ISBN 3-392147-17-0)